

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1976

MONTAG, 15. NOVEMBER 1976

Nr. 46

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 10. 1976 bis 28. 10. 1976	2026	
Der Hessische Minister des Innern		
Tarifverträge mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden im öffentlichen Dienst (GGVöD) und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (GÖD); hier: Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 26. 11. 1975 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 9. 12. 1974	2026	
Organisation der Schutzpolizei im Hochtaunuskreis; hier: 1. Verlegung des Sitzes der bisherigen Polizeistation Kronberg nach Königstein, 2. Umbenennung dieser Dienststelle ..	2026	
Richtlinien des Bundesministers des Innern über die Gewährung von Lehrentschädigung und Lehrvergütung vom 27. 6. 1972; hier: Anwendung auf die Lehrkräfte der Katastrophenschutzschulen in den Ländern	2027	
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	2027	
Der Hessische Kultusminister		
Errichtung einer Evangelischen Kirchengemeinde Ruttershausen im Evangelischen Dekanat Kirchberg ..	2027	
Beiträge der Studenten für die Studentenschaft der Fachhochschule Wiesbaden	2027	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik		
Abschlussprüfung nach § 34 BBiG; hier: Anträge auf Zulassung zum Prüfungstermin Winter 1976/77	2027	
Handvorschüsse (Dauervorschüsse) ..	2028	
Widmung von Neubaustrecken, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3386 sowie Umstufung von Teilstrecken der Kreisstraßen 35, 37 und 44 in der Gemarkung Vellmar, Landkreis Kassel	2028	
Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3050 in der Gemarkung Weidenhausen der Stadt Gladenbach, Landkreis Marburg-Biedenkopf	2028	
Der Hessische Sozialminister		
Kriegsopferfürsorge; hier: Erholungsfürsorge nach § 27 a Abs. 2 BVG	2029	
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt		
Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei Ausübung öffentlicher Gewalt und die hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften ..	2029	
Flurbereinigung Griesheim-Süd, Landkreis Darmstadt	2029	
Flurbereinigung Friedewald-Lautenhausen, Krs. Hersfeld-Rotenburg	2030	
Flurbereinigung Schmalnau, Krs. Fulda	2031	
Flurbereinigung Hosenfeld, Krs. Fulda	2031	
Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstausweises für Forstbeamte	2031	
Personalnachrichten		
Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	2031	
Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	2032	
Im Bereich des Hessischen Kultusministers	2034	
Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt	2037	
Rergierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Schlitz/Stadteil Rimbach, Vogelsbergkreis	2037	
Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 851 in der Gemarkung Ostheim der Stadt Nidderau, Main-Kinzig-Kreis	2040	
Vorhaben der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt (Main)	2040	
Hinweis: Vorhaben der Firma Kalle, Wiesbaden, bereits in StAnz. 45/1976 S. 2004 veröffentlicht		
KASSEL		
Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraßen 35 und 44 in der Gemarkung Vellmar, Landkreis Kassel	2040	
Buchbesprechungen	2040	
Öffentlicher Anzeiger		
Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Abraham-Lincoln-Straße 38—42, Wiesbaden	2052	
Zusammensetzung des Aufsichtsrates der HLT Gesellschaft für Forschung, Planung, Entwicklung mbH, Abraham-Lincoln-Straße 38—42, Wiesbaden	2052	
Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden für das Haushaltsjahr 1976	2052	
Widmung der Neubaustrecke „Körperner Talweg“ zur Kreisstraße 767 im Hochtaunus- und Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt	2052	
Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Königstein nach Frankfurt (Main)	2053	
Erweiterung des Linienverkehrs innerhalb des Stadtgebietes Bad Hersfeld	2053	
Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen in Bad Orb	2053	
Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Melsungen nach Eschwege	2053	
Haushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Haushaltsjahr 1977	2053	
Jahresrechnung des Wasserverbandes Kinzig — Körperschaft des öffentlichen Rechts —, Frankfurt (Main) ..	2053	
Widmung einer Neubaustrecke zur Kreisstraße 94 in der Gemarkung Rüdighelm der Stadt Amöneburg, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Kassel	2053	

1464

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes
in der Zeit vom 13. 10. 1976 bis 28. 10. 1976

	Preis DM		Preis DM
Staat und Wirtschaft in Hessen	1,50	F II 1 — m 8/76	1,—
Heft 10 Oktober 1976, 31. Jahrgang		Erteilte Baugenehmigungen in Hessen im August 1976	
Inhalt:		H I 1 — m 7/76	1,50
Die Wahl zum Achten Deutschen Bundestag in Hessen		Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 1976	
Die Lederindustrie in Hessen (1975/1970)		H I 1 — m 8/76	1,—
Der Wohnungsbau in Hessen 1975 mit Vorschau auf 1976		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im August 1976 — Vorläufige Zahlen	
Struktur und Entwicklung der Heilbäder in Hessen		H I 2 — hj 2/76	1,50
Die Inlandschulden von Land und Gemeinden am 31. 12. 1975		Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhän- gern mit amtl. Kennzeichen in Hessen am 1. Juli 1976	
Die Hochschulfinanzen 1974		H I 4 — m 8/76	1,—
7.9 Mill. Tonnen im innerhessischen Güterverkehr		Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im August 1976	
Hessischer Zahlenspiegel		H II 1 — m 8/76	1,50
Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet		Binnenschifffahrt in Hessen im August 1976	
Buchbesprechung		L I 1 — m 9/76	1,—
Beiträge zur Statistik Hessen		Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im September 1976	
Nr. 82. Neue Folge	8,—	M I 2 — m 9/76	3,—
Straßenverkehrsunfälle 1975		Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im September 1976	
Statistische Berichte		M I 4 — vj 3/76	2,60
A IV 5 — j/75	3,—	Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke im August 1976	
Die Tuberkulose in Hessen 1975		Z 1 — hj 1976 — 2	2,50
B II 1 — j/75	6,—	Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik Wiesbaden, 29. 10. 1976	
Die beruflichen Schulen in Hessen Schuljahr 1975/76			
C II 2 — S 1	1,—		
Die Getreide- und Kartoffelernte 1976 in Hessen			
C IV 3 — m 9/76	1,—		
Ergebnisse aus betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen, Berichtsmonat September 1976			
E I 1 — E I 2 — m 8/76	2,—		
Die Industrie in Hessen im August 1976			
F I I F I 3 — m 8/76	1,50		
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 1976			

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 231 — 77 a 241/76
StAnz. 46/1976 S. 2026

1465

Der Hessische Minister des Innern

Tarifverträge mit der Gemeinschaft von Gewerkschaften und
Verbänden im öffentlichen Dienst (GGVöD) und der Gewerk-
schaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund
Deutschlands (GÖD);

hier: Änderungsstarifvertrag Nr. 1 vom 26. November
1975 zum Manteltarifvertrag für Auszubildende
vom 9. Dezember 1974

Bezug: Meine Bekanntmachung vom 16. März 1976 (StAnz.
S. 622)

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deut-
scher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeit-
geberverbände haben mit der GGVöD und der GÖD den Än-
derungsstarifvertrag Nr. 1 vom 26. November 1975 zum
Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 9. Dezember 1974
vereinbart (vgl. hierzu StAnz. 1976 S. 588).

Hinsichtlich der Rechtsnatur und des Wortlauts des o. a. Än-
derungsstarifvertrages verweise ich auf die diesbezüglichen
Erläuterungen in meiner Bekanntmachung vom 16. März
1976.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 28. 10. 1976

Der Hessische Minister des Innern
I B 43 — P 2033 A — 85
StAnz. 46/1976 S. 2026

1466

Organisation der Schutzpolizei im Hochtaunuskreis;

hier: 1. Verlegung des Sitzes der bisherigen Polizei-
station Kronberg nach Königstein
2. Umbenennung dieser Dienststelle

Zur Verbesserung des polizeilichen Schutzes der Bevölkerung
im Hochtaunuskreis wird gemäß § 66 Abs. 5 HSOG folgendes
bestimmt:

(1) Zum 1. November 1976 wird der Sitz der bisherigen Poli-
zeistation Kronberg des Landrats des Hochtaunuskreises nach
Königstein verlegt. Ihr Dienstbezirk bleibt unverändert.

(2) Von dem gleichen Zeitpunkt an führt diese Dienststelle
die Bezeichnung

Der Landrat des Hochtaunuskreises
— Polizeistation Königstein im Taunus —

und ist wie folgt zu erreichen
Mammolshainer Weg
6240 Königstein im Taunus
Telefon: (06174) 10 35

Wiesbaden, 28. 10. 1976 Der Hessische Minister des Innern
III B 51 — 21 b 02
StAnz. 46/1976 S. 2026

1467

Richtlinien des Bundesministers des Innern über die Gewährung von Lehrentschädigung und Lehrvergütung vom 27. Juni 1972;

hier: Anwendung auf die Lehrkräfte der Katastrophenschutzschulen in den Ländern

Bezug: Meine Erlasse vom 7. 5. 1973 (StAnz. S. 942), vom 3. 8. 1973 (StAnz. S. 1508) und vom 15. 3. 1976 (StAnz. S. 624)

Das Ausbildungspersonal der Katastrophenschutzschule Hessen ist zwischenzeitlich nach den Richtlinien über die Eingruppierung des im Angestelltenverhältnis beschäftigten Ausbildungspersonals an den Katastrophenschutzschulen in den Ländern in der Fassung des Beschlusses der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder vom 4. 3. 1976 eingruppiert worden. Nach Abschnitt III dieser TdL-Richtlinien ist hinsichtlich des hier angesprochenen Personenkreises ein Anspruch auf Lehrentschädigung nicht mehr gegeben und Abschnitt B der Richtlinien des Bundesministers des Innern über die Gewährung von Lehrentschädigung und Lehrvergütung vom 27. Juni 1972 (vgl. Anlage zum Erlaß vom 7. 5. 1973) nicht mehr anwendbar, weil bei der Neubewertung der Tätigkeiten des Ausbildungspersonals an den

Katastrophenschutzschulen in den Ländern die Lehrtätigkeit bereits ausschlaggebend berücksichtigt worden ist.

Der Bundesminister des Innern hat aus diesem Grunde die Einstellung der Zahlung der Lehrentschädigung an die hauptamtlichen Lehrkräfte der Katastrophenschutzschulen in den Ländern aus Mitteln des Bundes mit Ablauf des Monats Oktober 1976 verfügt.

Ich hebe deshalb Abschnitt I meines Erlasses vom 7. 5. 1973 auf.

Wiesbaden, 29. 10. 1976

Der Hessische Minister des Innern

VI 31 — 24 t 08 — 09 — 4

StAnz. 46/1976 S. 2027

1468

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der Dienstausweis Nr. 20 — A des Angestellten Dr. Andreas Sonnberg, ausgestellt am 12. 1. 1976 vom Hessischen Landeskriminalamt, ist abhanden gekommen.

Der Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 27. 10. 1976

Hessisches Landeskriminalamt

VII/2 — 7 d 14

StAnz. 46/1976 S. 2027

1469

Der Hessische Kultusminister**Errichtung einer Evangelischen Kirchengemeinde Ruttershausen im Evangelischen Dekanat Kirchberg****Urkunde**

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau — Kirchenleitung — hat nach Anhörung der Beteiligten und des Dekanatsynodalvorstandes des Evangelischen Dekanates Kirchberg folgendes beschlossen:

§ 1

Die im Ortsteil Ruttershausen der Kommunalgemeinde Lollar wohnenden evangelischen Gemeindeglieder der Evangelischen Kirchengemeinde Kirchberg, Dekanat Kirchberg, werden aus der Evangelischen Kirchengemeinde Kirchberg ausgemeindet und zu einer Evangelischen Kirchengemeinde Ruttershausen zusammengeschlossen.

§ 2

Die Evangelische Kirchengemeinde Ruttershausen wird mit der Evangelischen Kirchengemeinde Lollar pfarramtlich verbunden.

§ 3

Diese Urkunde gilt mit Wirkung vom 1. September 1976. Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 26. 10. 1976

Der Hessische Kultusminister

I B 6.1 — 881/01

StAnz. 46/1976 S. 2027

1470

Beiträge der Studenten für die Studentenschaft der Fachhochschule Wiesbaden

Bezug: Erlaß vom 28. 7. 1976 (ABl. S. 468 = StAnz. S. 1466)

Das Studentenparlament der Studentenschaft der Fachhochschule Wiesbaden hat auf seiner Sitzung am 25. 3. 1976 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Beiträge der Studenten für die Studentenschaft der Fachhochschule Wiesbaden werden ab Wintersemester 1976/77 bis auf Widerruf auf 15,— DM je Student und Semester festgesetzt.“

Auf Grund des § 36 Abs. 1 Nr. 6 des Hochschulgesetzes vom 12. 5. 1970 (GVBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 6. 1973 (GVBl. I S. 202), wird ab Sommersemester 1977 bis auf Widerruf die Festsetzung der Beiträge für die Studentenschaft der Fachhochschule Wiesbaden in Höhe von 15,— Deutsche Mark je Student und Semester genehmigt. Hinsichtlich des Wintersemesters 1976/77 wird auf den Bezugserlaß vom 28. 7. 1976 verwiesen.

Wiesbaden, 1. 11. 1976

Der Hessische Kultusminister

V B 4 — 485/140 — 34

StAnz. 46/1976 S. 2027

1471

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**Abschlußprüfung nach § 34 BBiG;**

hier: Anträge auf Zulassung zum Prüfungstermin Winter 1976/77

In den Ausbildungsberufen Kulturbautechniker, Kartograph/Landkartentechniker, Straßenbautechniker, Straßenwärter, Vermessungstechniker, werden in der Zeit von Ende Januar bis Ende März 1977 Abschlußprüfungen durchgeführt.

Dazu sind anzumelden

1. Auszubildende, deren Ausbildungszeit spätestens am 31. Mai 1977 endet,
2. Wiederholer, die in einem vorangegangenen Prüfungstermin die Abschlußprüfung nicht bestanden haben,

3. Auszubildende, die die Abschlußprüfung vorzeitig abzulegen beabsichtigen,

4. Bewerber, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 2 oder 3 BBiG erfüllen.

Die vorzeitige Zulassung setzt voraus, daß im Einzelfall in der verkürzten Ausbildungszeit das Ausbildungsziel erreicht wird. Sie kommt nur dann in Betracht, wenn der Auszubildende in den Leistungsfächern der Berufsschule und der Leistungsbeurteilung der Ausbildungsstätte eine Durchschnittsnote von mindestens „gut“ erreicht (Beschuß des Hess. VGH v. 4. 6. 1971 — II IG 42/71). Bestätigungen über das Vorliegen dieser Voraussetzungen seitens der Ausbildungsstätte sind dem Antrag auf vorzeitige Zulassung beizufügen.

Die Bestätigung über die schulischen Leistungen wird von hier aus eingeholt.

Die Anmeldungen zu dem eingangs genannten Prüfungstermin sind mir nach dem Muster der Anlage 2 meines RdErlases vom 19. 4. 1972 (StAnz. S. 1029) unter Beifügung der in § 10 Abs. 4 der Prüfungsordnung vom 28. 3. 1972 (StAnz. S. 737) genannten Unterlagen bis zum 10. Dezember 1976 einzureichen.

Wiesbaden, 27. 10. 1976 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**
I c 4 — 8 e 04
StAnz. 46/1976 S. 2027

1472

Hessisches Landesamt für Straßenbau
Hessisches Oberbergamt
Hessisches Landesvermessungsamt
6200 Wiesbaden

Hessische Eichdirektion
6100 Darmstadt

Handvorschüsse (Dauervorschüsse)

Bezug: VV zu § 79 LHO (StAnz. 1976 S. 166)

Gemäß Nr. 15.1 der Anlage zu den VV zu § 79 LHO (StAnz. 1976 S. 173) übertrage ich Ihnen die Bewilligung von Handvorschüssen bis zum Betrag von 200,— DM.

Ich bitte, dafür zu sorgen, daß die Zahlstellenbestimmungen (Z Best) beachtet werden.

Wiesbaden, 29. 10. 1976 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**
I c 5 — 16 p 06
StAnz. 46/1976 S. 2028

1473

Widmung von Neubaustrecken, Umstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3386 sowie Umstufung von Teilstrecken der Kreisstraßen 35, 37 und 44 in der Gemarkung Vellmar, Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3386 in der Gemarkung Vellmar im Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel, neugebauten Strecken

von km 0,563 neu (bei km 0,644 der L 3234)
bis km 1,557 neu (bei km 0,298 der K 35 alt) = 0,994 km
von km 1,582 neu (bei km 0,324 der K 35 alt)
bis km 1,813 neu (bei km 1,359 der K 44 alt) = 0,231 km
und

von km 1,852 neu (bei km 1,398 der K 44 alt)
bis km 2,153 neu (bei km 2,159 der L 3386 alt) = 0,301 km

werden mit Wirkung vom 1. November 1976 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3386 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der Kreisstraße 35

von km 0,298 alt (bei km 1,557 der L 3386 neu)
bis km 0,324 alt (bei km 1,582 der L 3386 neu) = 0,026 km
und die Teilstrecke der Kreisstraße 44
von km 1,359 alt (bei km 1,813 der L 3386 neu)
bis km 1,398 alt (bei km 1,852 der L 3386 neu) = 0,039 km

haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt und werden mit Wirkung vom 1. November 1976 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft (§ 5 HStrG). Sie werden als Teilstrecken der Landesstraße 3386 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestuften Strecken geht zum gleichen Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§ 41 Abs. 1 HStrG).

3. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3386

von km 3,025 alt (bei km 0,971 der L 3234)
bis km 4,500 alt (= km 1,950 alt) = 1,475 km
und
von km 1,950 alt (= km 4,500 alt)
bis km 2,159 alt (bei km 2,153 der L 3386 neu) = 0,209 km
zusammen 1,684 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. November 1976 wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

- a) Die Teilstrecke
von km 3,347 alt
bis km 3,553 alt (bei km 0,003 der K 37) = 0,206 km
wird in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft und als Teilstrecke der Kreisstraße 37 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 5 und § 3 Abs. 3 HStrG).
Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Landkreis Kassel über.
- b) Die Teilstrecken
von km 3,025 alt
bis km 3,347 alt = 0,322 km
und
von km 3,553 alt
bis km 3,867 alt = 0,314 km
werden in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).
Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Vellmar über (§ 43 HStrG).
- c) Die Teilstrecke
von km 3,867 alt
bis km 4,500 alt (= km 1,950 alt) = 0,633 km
und
von km 1,950 alt (= km 4,500 alt)
bis km 2,159 alt = 0,209 km
zusammen 0,842 km

ist für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und wird eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

4. Die Gemeindestraße (Nordstraße)

von km 3,198 (bei km 0,781 der L 3386 neu)
bis km 3,348 (bei km 3,347 der L 3386 alt) = 0,150 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße erlangt und wird mit Wirkung vom 1. November 1976 als Teilstrecke der Kreisstraße 37 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 5 und § 3 Abs. 3 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Landkreis Kassel über.

5. Die bisherige Teilstrecke der Kreisstraße 35

von km 0,005 alt (bei km 3,867 der L 3386 alt)
bis km 0,282 alt = 0,277 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. November 1976 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Vellmar über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 10. 1976 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**
IV a 2 — 63 a 30
StAnz. 46/1976 S. 2028

1474

Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3050 in der Gemarkung Weidenhausen der Stadt Gladenbach, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Landesstraße 3050 in der Gemarkung Weidenhausen der Stadt Gladenbach im Landkreis Marburg-

Biedenkopf, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Teilortsumgehung Weidenhausen

von km 0,153 neu (bei km 0,153 alt)
bis km 1,192 neu (bei km 1,572 alt) = 1,039 km

wird mit Wirkung vom 1. November 1976 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3050 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3050
von km 0,153 alt (bei km 0,153 neu)
bis km 0,351 alt (= km 0,432 alt) = 0,198 km
und
von km 0,432 alt (= km 0,351 alt)
bis km 1,300 alt = 0,868 km
zusammen 1,066 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. November 1976 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 5 Abs. 1 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Gladenbach über (§ 43 HStrG).

3. Die bisherige Teilstrecke der Landesstraße 3050

von km 1,300 alt
bis km 1,572 alt (beie km 1,192 neu) = 0,272 km

ist für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. November 1976 eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 26. 10. 1976

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV a 2 — 63 a 30

StAnz. 46/1976 S. 2028

1475

Der Hessische Sozialminister

Kriegsopferfürsorge;

hier: Erholungsfürsorge nach § 27 a Abs. 2 BVG

Bezug: Mein Erlaß vom 7. 11. 1974 (StAnz. S. 2179)

Auf Grund des gestiegenen durchschnittlichen Tagessatzes in den Vertragshäusern im Sommererholungsprogramm 1976 auf 23,99 DM habe ich keine Bedenken, wenn auch der durchschnittliche Tagessatz für selbstgewählte Erholungsaufenthalte von bisher 22,— DM auf 24,— DM angehoben wird. Ich bitte

daher, vom 1. 1. 1977 an bei der Berechnung der Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach § 27 a Abs. 2 BVG einen Tagessatz von 24,— DM zugrunde zu legen.

Mein Erlaß vom 7. 11. 1974 wird hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 22. 10. 1976

Der Hessische Sozialminister
II A 2 a — 51 k 02

StAnz. 46/1976 S. 2029

1476

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei Ausübung öffentlicher Gewalt — UZwG — und die hierzu ergangenen Verwaltungsvorschriften

Bezug: 1. Erlaß vom 21. September 1972 (StAnz. S. 1852)

2. Erlaß vom 30. April 1976 (StAnz. S. 946)

Durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361) wurden die §§ 5 und 8 des UZwG erheblich geändert, so daß eine Neufassung des mit Erlaß vom 21. September 1972 herausgegebenen Taschenbuches notwendig wurde.

Das neue Taschenbuch kann zum Preis von 0,50 DM je Stück — soweit eine kostenlose Lieferung nicht möglich ist — unter der Bestellnummer 9.30 bei der Landesbeschaffungsstelle Hessen, Humboldtstraße 14, 6200 Wiesbaden, bezogen werden. Bezieher ist der im Erlaß vom 21. 9. 1972 genannte Personenkreis.

Ich bitte zu veranlassen, daß die alten Taschenhefte eingezogen und vernichtet werden.

Dem Hessischen Waldbesitzerverband wird die Landesbeschaffungsstelle demnächst eine entsprechende Anzahl von Heften gegen Rechnung zustellen.

Wiesbaden, 15. 10. 1976

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
III A 5 — 679 — J 07

StAnz. 46/1976 S. 2029

1477

Flurbereinigung Griesheim-Süd, Landkreis Darmstadt

1. Änderungsbeschuß

Auf Grund des § 8 Abs. 2 des Flurbereinigungsgesetzes vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 546) wird in dem Flurbereinigungsver-

fahren Griesheim-Süd, Landkreis Darmstadt, folgender Änderungsbeschuß erlassen:

1. In dem Flurbereinigungsverfahren Griesheim-Süd werden die nachstehend genannten Flurstücke zugezogen:

Gemarkung Griesheim

Flur 13 Nr. 563 und 565,

Flur 39 Nr. 1—17, 45—62, 63/1, 63/2, 63/3, 64—81, 82/1, 82/2, 83—89, 94—167, 168/1, 168/2, 169—171, 173, 174, 178—180, 181/1, 181/2, 182—192, 194, 195,

Flur 40 Nr. 1—26, 107—111, 113—115, 121—131, 133/1, 133/2, 134—149, 152, 153,

Flur 42 Nr. 35—44, 45/1, 45/2, 46—73, 98—119, 470/1, 483, 486, 488, 489, 491, 492, 514—516, 520.

Gemarkung Eschollbrücken

Flur 4 Nr. 180,

Flur 5 Nr. 114.

Gemarkung Goddelau

Flur 5 Nr. 9/1, 55,

Flur 6 Nr. 44.

Gemarkung Pfungstadt

Flur 33 Nr. 147.

In dem Flurbereinigungsverfahren Griesheim-Süd werden die nachstehend genannten Flurstücke ausgeschlossen:

Gemarkung Griesheim

Flur 24 Nr. 658—675, 712—722, 723/1, 723/2, 724—754, 841, 845, 847, 851, 853—855.

Die Verfahrensfläche ändert sich somit von 706 ha auf 789 ha. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf

der Gebietskarte*), die ein Bestandteil dieses Änderungsbeschlusses ist, durch einen durchgezogenen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

1478

Flurbereinigung Friedewald-Lautenhausen, Kreis Hersfeld-Rotenburg

Flurbereinigungsbeschluss

Auf Grund der §§ 87 ff. des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) in der Neufassung vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 547) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Flurbereinigung von Teilen der Gemarkungen Lautenhausen, Friedewald und Herfa in den Gemeinden Friedewald und Heringen, Kreis Hersfeld-Rotenburg, wird hiermit angeordnet.

Die Bundesrepublik Deutschland — Bundesstraßenverwaltung — beabsichtigt die Verlegung und den Ausbau der Bundesstraße 62 in den Gemarkungen Friedewald und Lautenhausen mit Anschluß der Kreisstraße 12. Gemäß § 88 Ziffer 1 des Flurbereinigungsgesetzes wird darauf hingewiesen, daß das Flurbereinigungsverfahren dem besonderen Zwecke dient, den durch das Vorhaben der Straßenbauverwaltung entstehenden Landverlust auf einen größeren Teil von Eigentümern zu verteilen und Nachteile für die allgemeine Landeskultur zu vermeiden.

2. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die nachstehend aufgeführten Grundstücke:

a) Gemeinde Friedewald — Gemarkung Lautenhausen

alle Grundstücke der Flur 1 mit Ausnahme der Flurstücke 27/2, 28/1, 29 bis 35, 52/10, 53/1, 53/2, 53/3, 54/1, 55, 61/54, 66/28, 67/54, 68/54 und 69/54;

aus Flur 2 die Flurstücke 24/1, 25 bis 33, 35/1, 38 bis 41, 43 bis 46, 47/1, 53 bis 56, 57/1, 65, 73 bis 76, 79, 80, 82 bis 87, 89/1, 90 bis 104, 106/1, 107 bis 129, 192/1, 193 bis 195, 197/2, 198, 199, 201/2, 203, 204, 208 bis 212, 233/42, 234/42, 235/64, 236/64, 237/64, 238/70, 239/69, 240/69, 241/70, 242/71, 243/72, 244/72, 245/71, 248/34, 249/34, 250/34, 251/51, 252/52, 253/52, 254/51, 255/51, 256/52, 258/66, 259/66, 260/66, 261/66, 295/81, 296/81, 297/202, 298/201, 299/201, 300/81, 301/201, 302/77, 303/200, 304/149, 305/200;

b) Gemeinde Friedewald — Gemarkung Friedewald

Flur 20, Flurstücke 25/1, 27/1, 27/2, 28/1, 28/2, 30/1, 31 bis 37, 39 bis 45, 47, 48/1, 48/2, 70 bis 74, 75/3, 92/2, 102/38, 103/38, 105/22, 115/49, 116/49, 118/49, 119/48, 124/49, 125/49, 130/49, 131/48, 132/23, 133/23 und 137/75;

c) Gemeinde Heringen — Gemarkung Lautenhausen

Flur 1, Flurstück 98/23;

d) Gemeinde Heringen — Gemarkung Herfa

Flur 11, Flurstücke 2/1, 3/1, 11/2, 12/1, 15/2, 15/3, 15/4, 15/5, 15/6, 15/7, 15/9, 15/10 und 16/2.

Die Abgrenzung des Flurbereinigungsgebietes ist auf der Karte*), die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch orangefarbige Umrandung kenntlich gemacht.

Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt eine Fläche von 144 ha.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer im Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Friedewald-Lautenhausen, Kreis Hersfeld-Rotenburg,

mit dem Sitz in Friedewald. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Bad Hersfeld anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85 Ziffer 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

a) wenn die Nutzung der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderun-

2. Nach § 34 bzw. § 85 Abs. 5 FlurbG gelten von der Bekanntgabe dieses Änderungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes folgende Einschränkungen:

2.1 In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören.

2.2 Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.

2.3 Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange — insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege — nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden. Andere gesetzliche Vorschriften über die Beseitigung von Rebstöcken und Hopfenstöcken bleiben unberührt.

2.4 Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen, bedürfen der Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur Darmstadt.

Sind entgegen den Vorschriften der Absätze 2.1 und 2.2 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben.

Das Hessische Amt für Landeskultur Darmstadt kann den früheren Zustand gemäß § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift 2.3 vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Darmstadt Ersatzpflanzungen anordnen.

Sind Holzeinschläge entgegen dem Absatz 2.4 vorgenommen worden, so kann das Hessische Amt für Landeskultur Darmstadt anordnen, daß derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder gelichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

3. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Darmstadt anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines von der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

4. Vorstehender Beschluss wird in der Stadt Griesheim und in den Nachbargemeinden

Büttelborn, Crumstadt, Darmstadt, Dornheim, Eschollbrücken, Goddelau-Wolfskehlen, Pfungstadt, Weiterstadt öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Stadtverwaltung Griesheim und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang in den Dienststunden ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Änderungsbeschluss kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden zu erklären.

Wiesbaden, 8. 10. 1976

Landeskulturamt Hessen
DF 500 — Griesheim-Süd
Gesch.-Nr.: 17 317/76

StAnz. 46/1976 S. 2029

*) hier nicht veröffentlicht

*) hier nicht veröffentlicht

gen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;

- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnlichen Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen zulässig, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in den Gemeinden Friedewald und Heringen öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Gemeindeverwaltungen in Friedewald und Heringen zwei Wochen lang ausgelegt.

7. Gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. 1. 1960 (BGBl. I S. 17) wird die sofortige Vollziehung des Flurbereinigungsbeschlusses angeordnet, da die Vollziehung im öffentlichen Interesse geboten ist.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 28. 9. 1976

Landeskulturamt Hessen
F 719 — 16 901/76
StAnz. 46/1976 S. 2030

1479

Flurbereinigung Schmalnau, Kreis Fulda

Der Flurbereinigungsbeschluß für die Gemarkung Schmalnau vom 25. 9. 1969 (StAnz. S. 1890) wird aufgehoben.

1482

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Ministerium

ernannt:

- zum **Staatssekretär (BaL)** Vorsitzender Richter am Landgericht a. D. Otto Rudolf Pulch (25. 10. 1976);
- zum **Regierungsdirektor** Regierungsobererrat (BaL) Heinrich Pflock (1. 11. 1976);
- zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Dieter Franz (1. 10. 1976);
- zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Rainer Schmitt (1. 10. 1976);
- zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Bernd Conradi (1. 10. 1976);
- zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Eberhard Otte (1. 10. 1976);

eingewiesen:

- in die Besoldungsgruppe A 12 Polizeihauptkommissar (BaL) Rainer Donsbach (1. 10. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

- Oberinspektor (BaP) Volkmar Drachsler (11. 10. 1976);

versetzt:

- vom Postamt 1 Wiesbaden Techn. Oberinspektor (BaL) Gerhard Skoruppa (1. 10. 1976);

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstr. 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 27. 9. 1976

Landeskulturamt Hessen
WF 287 — Schmalnau — 16 673/76
StAnz. 46/1976 S. 2031

1480

Flurbereinigung Hosenfeld, Kreis Fulda

Beschluß

Der Beschluß des Landeskulturamtes Hessen vom 6. 2. 1976 (StAnz. S. 401), mit dem die Flurbereinigung für die Gemarkung Hosenfeld angeordnet worden ist, wird aufgehoben.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstr. 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 18. 10. 1976

Landeskulturamt Hessen
F 703 — Hosenfeld — 15 750/76
StAnz. 46/1976 S. 2031

1481

Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstausweises für Forstbeamte

Der von mir am 12. 2. 1974 für Forstmeister Christoph Binnewies, geb. am 29. 4. 1942, ausgestellte Dienstausweis Nr. 40 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 27. 10. 1976

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
III A 1 — 3485 — B 15
StAnz. 46/1976 S. 2031

Personalnachrichten

an die Hochschule der Künste in Berlin Oberinspektor (BaL) Dieter Krämer (1. 5. 1976);

in den **Ruhestand** getreten:

Polizeischulrat Alois Giesing (1. 6. 1976);

in den **einstweiligen Ruhestand** versetzt:

Staatssekretär Heinrich Kohl (25. 10. 1976);

in den **Ruhestand** versetzt:

Ministerialdirigent Joachim Oppenheimer (1. 6. 1976) gemäß § 51 Abs. 3 HBG;
Technischer Amtsrat Walter Rausch (1. 9. 1976) gemäß § 52 in Verbindung mit § 51 HBG.

Wiesbaden, 2. 11. 1976

Der Hessische Minister des Innern
I A 31 — 8 b — P 82
StAnz. 46/1976 S. 2031

Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zu **Oberinspektoren** die Inspektoren (BaL) Udo Hiby, Manfred Reuse, Olaf Schultz (sämtlich 1. 10. 1976);

zur **Oberinspektorin** Inspektorin (BaL) Regina Mohns (1. 10. 1976);

zu **Oberinspektoren** die Inspektoren (BaP) Robert Ehrhardt, Jürgen Götte, Volker Knebes, Falk Peter Müller, Richard Ulbrich (sämtlich 1. 10. 1976);

zu **Oberinspektorinnen** die Inspektorinnen (BaP) Elke Diller, Christa Hesse, Erika Lotz, Elvira Schade (sämtlich 1. 10. 1976);

zum **Techn. Oberinspektor (BaL)** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Wolfgang Köster (1. 10. 1976);

zum **Polizeikommissar** Polizeihauptmeister (BaL) Alfred Marker (1. 10. 1976);

zum **Kriminalkommissar** Kriminalhauptmeister (BaL) Erwin Diederichs (1. 10. 1976);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Reiner Lacher (1. 9. 1976);

zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Elke Schüller (1. 9. 1976);

zu **Inspektoren z. A. (BaP)** die Inspektor-Anwärter (BaW) Artur Meyer (1. 9. 1976), Manfred Thiele (1. 9. 1976), Volkmar Trömmner (24. 8. 1976), Günter Weber (1. 9. 1976);

zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Inspektor-Anwärterin (BaW) Margitta Schweitzer (1. 9. 1976);

zu **Inspektor-Anwärtern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Wilhelm Albrecht, Elke Büchenschütz, Roland Döhler, Martin Dräger, Dagmar Frey, Jutta Hartwig, Brunhilde Heideloff, Bärbel Heppel, Ingrid Martin, Knut Gerald Mette, Annelie Meusel, Ralph Nolte, Herbert Pargen, Heinrich Plücker, Hannelore Parske, Meike Paßelat, Gerald Puchta, Karin Schmidt, Roland Schmidt, Rainer Stahn, Barbara Sczeponek, Sabine Zurek (sämtlich 1. 9. 1976), Waltraud Koch (6. 10. 1976), die Verwaltungspraktikanten Arno Löhle (25. 9. 1976), Wolfram Schäfer (12. 10. 1976);

zum **Obersekretär** Sekretär (BaP) Klaus Peter Viet (1. 10. 1976);

zur **Sekretärin z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellte Barbara Döring (8. 9. 1976);

zum **Oberamtsmeister** Amtsmeister (BaL) Felix Rost (1. 10. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Oberinspektor (BaP) Horst Fehl (9. 10. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Assistent Karl Hambitzer (1. 10. 1976) gemäß § 51 Abs. 1 HBG;

verstorben:

Polizeihauptmeister Walter Winkler (2. 9. 1976).

Kassel, 28. 10. 1976

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 46/1976 S. 2031

D. Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen Oberfinanzdirektion

ernannt:

zum **Finanzpräsidenten** Direktor der Ausbildungs- und Fortbildungsstätte der Hessischen Landesverwaltung (BaL) Otto Kaiser (4. 10. 1976);

zu **Regierungsdirektoren** die Regierungsoberberräte (BaL) Gerd-Curt Bauer, Dr. Jörg-Thieß Dwinger (beide 11. 10. 1976);

zum **Baudirektor** Bauberrat (BaL) Eberhard Schlichting (11. 10. 1976);

zum **Steueramtmann** Steueroberinspektorin (BaL) Irmgard Hick (1. 10. 1976);

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren (BaL) Ingold Haeuber, Karl-Heinz Schreiter (beide 1. 10. 1976);

zum **Steueroberinspektor** Steuerinspektor (BaP) Bernhard Lang (1. 10. 1976);

zum **Steuerinspektor (BaL)** Steuerinspektor z. A. (BaP) Harald Schlegel (1. 9. 1976);

zu **Steuerinspektoren** die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Rainer Hörhold, Karl-Heinz Keith (beide 1. 9. 1976);

zu **Steuerobersekretärinnen** die Steuersekretärinnen (BaP) Gerlinde Dannewitz, Agnes Hansen (beide 1. 10. 1976);

zum **Steuerobersekretär** Steuersekretär (BaP) Jürgen Franke (1. 10. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Steuerinspektor (BaP) Peter Meise (1. 10. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Finanzpräsident Paul Landgrebe (31. 8. 1976);

Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Regierungsdirektoren** die Regierungsoberberräte (BaL) Gerhard Gücker, FA Kassel, Goethestraße, Klaus Walk, FA Ffm.-Höchst (beide 11. 10. 1976);

zu **Regierungsoberberräten** die Regierungsräte (BaL) Peter Kreuzler, FA Ffm., Hamburger Allee, Kurt Schade, FA Kassel, Spohrstraße, Robert Schneider, FA Ffm.-Börse (sämtlich 11. 10. 1976);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Dr. Dirk Krüger, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 10. 1976);

zum **Regierungsrat** Regierungsrat z. A. (BaP) Hans Bu-
mann, FA Langen (3. 9. 1976);

zu **Regierungsräten z. A. (BaP)** die Bewerber Bernd Löhner, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 9. 1976), Klaus Mathes, FA Ffm.-Börse (1. 10. 1976), Reinhard Nothnagel, FA Ffm., Taunustor (16. 8. 1976), Theo Strack, FA Fried-
berg (1. 10. 1976);

zu **Oberamtsräten** die Stellerräte (BaL) Franz Grubmüller, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Edmund Janz, FA Rü-
desheim (beide 1. 10. 1976);

zu **Amtsräten** die Steueramtmänner (BaL) Hans Biebricher, FA Ffm.-Börse, Waldemar Döll, FA Ffm., Stiftstraße, Hans Giese, FA Rotenburg, Claus Heisig, FA Ffm., Taunustor, Horst Pinkert, FA Kassel, Spohrstraße, Hans Ruths, FA Dieburg, Kurt Schantz, FA Groß-Gerau, Peter Schlosser, FA Nidda, Hubert Wienbeck, FA Ffm.-Börse (sämtlich 1. 10. 1976);

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren/innen (BaL) Helmut Albrecht, FA Offenbach-Stadt, Horst Beck, FA Bad Homburg, Ingrid Büchner, FA Darmstadt, Ger-
hard Dittmar, FA Dieburg, Monika Fritzsche, FA Groß-
Gerau, Brigitte Hambitzer, FA Ffm.-Höchst, Horst Holl, FA Rotenburg, Günter Hubl, FA Bad Homburg, Walter Justin, FA Darmstadt, Gunter Kliefoth, FA Ffm.-Börse, Winfried Koch, FA Michelstadt, Heinz-Ditmar Reich, FA Ffm., Stiftstraße, Norbert Rist, FA Dieburg, Klaus Skiba, FA Kassel, Spohrstraße, Manfred Schlicht, FA Ffm.-Börse, Klaus Dieter Schuster, FA Kassel, Spohrstraße, Manfred Vogel, FA Schwalmstadt (sämtlich 1. 10. 1976);

zu **Steuerinspektoren (BaL)** die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Klaus Brüning, FA Bad Homburg, Laszlo Gallai, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Elke Jähnich, FA Ffm., Hamburger Allee, Bernd Klingelhöfer, FA Marburg, Karl-
Wilhelm Söhngen, FA Wetzlar, Hans-Henning Schnörch, FA Kassel, Goethestraße (sämtlich 2. 9. 1976), Gerhard Diet-
rich, FA Darmstadt (6. 9. 1976), Rudolf Gall, FA Ffm.,
Hamburger Allee (7. 9. 1976), Helmut Glitsch, FA Bensheim (29. 9. 1976), Reinhold Göhlmann, FA Bad Homburg (3. 8. 1976), Hanno Gölles, FA Ffm.-Höchst (13. 9. 1976), Wolf-
gang Hahn, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (27. 9. 1976),
Gerald Haß, FA Ffm., Taunustor (1. 9. 1976), Klaus Kilian,
FA Darmstadt (10. 9. 1976), Ansfried Ott, FA Hanau (7. 9. 1976), Klaus Schilling, FA Ffm., Taunustor (1. 9. 1976), Jür-
gen Schröder, FA Hofgeismar (3. 9. 1976), Günter Schupp,
FA Darmstadt (6. 9. 1976), Manfred Werner, FA Hofgeis-
mar (3. 9. 1976), Dieter Wilke, FA Offenbach-Stadt (17. 9. 1976);

zu **Steuerinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP) Gerd Fretschner, FA Darmstadt, Falk Gerke, FA Kassel, Goethestraße, Erwin Klippert, FA Kassel, Goethestraße, Stefan Kranzdorf, FA Ffm.-Höchst, Willi Reinemann, FA Kassel, Spohrstraße, Reinhold Spies, FA Ffm., Taunustor, Manfred Schlosser, FA Gießen, Willfried Schmitt, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Heinz Jürgen Taube, FA Marburg (sämtlich 12. 8. 1976), Heinz Branden-
burg, FA Offenbach-Stadt, Doris Dietrich, Helmut Eckelt, beide FA Ffm., Taunustor, Lothar Hagner, FA Ffm.-Börse, Manfred Knetsch, FA Ffm., Stiftstraße, Burkhard Mundt, Christa Peters, beide FA Ffm.-Börse, Dieter Schwarz,

Anneliese Theumer, beide Ffm., Stiftstraße, Heinz Josef Thoma, FA Ffm.-Börse, Gerd Trautmann, FA Offenbach-Stadt (sämtlich 1. 9. 1976), Hans-Peter von Alt, FA Bad Schwalbach, Hans-Eberhard Brandau, FA Offenbach-Land, Ingeborg Breun, FA Eschwege, Wolfgang Dreier, FA Groß-Gerau, Barbara Hanitsch, FA Offenbach-Land, Vera Heßler, FA Dieburg, Annerose Klein, FA Frankenberg, Hans Georg Kollmann, FA Offenbach-Land, Herbert Lukas, FA Rüdesheim, Astrid Müller, FA Ffm., Taunustor, Gerhard Pritsch, FA Dillenburg, Horst Raabe, FA Bad Homburg, Reinhold Rauch, FA Groß-Gerau, Gudrun Schloßer, FA Ffm., Hamburger Allee, Rosemarie Schmitt, FA Ffm.-Höchst, Susanne Schmitt, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Wolfgang Vohla, FA Ffm., Hamburger Allee, Renate Weiß, FA Gießen, Sigurd Wilfer, FA Wetzlar (sämtlich 2. 9. 1976), Marianne Brenner, FA Darmstadt, Gudrun Caspari, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße, Michael Dietrich, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Heidrun Dombrowski, FA Hanau, Lothar Dunker, FA Ffm.-Börse, Helga Lopez, FA Langen, Reiner Mathuschik, FA Hanau, Gerhard Nedel, FA Langen (sämtlich 13. 9. 1976), Knut Balz, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (7. 9. 1976), Hans-Joachim Barthel, FA Gelnhausen (17. 8. 1976), Annette Blum, Helmut Blum, beide FA Hanau (beide 6. 9. 1976), Manfred Bock, FA Kassel, Goethestraße (20. 9. 1976), Hans-Otto Drevenstedt, FA Kassel, Spohrstraße (3. 9. 1976), Dagmar Gloe, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (18. 8. 1976), Andreas Häfner, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (7. 9. 1976), Gerhard Hartmann, Klaus Henrici, Klaus Dieter Huszarik, sämtlich FA Darmstadt, Judith Kapehl, FA Bad Schwalbach (sämtlich 6. 9. 1976), Heinz Jürgen Klotz, FA Ffm., Taunustor (16. 8. 1976), Gregor Kraus, FA Korbach (3. 9. 1976), Norbert Krieger, FA Gießen (3. 9. 1976), Erika Mager, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (7. 9. 1976), George Pantry, FA Ffm., Taunustor (11. 8. 1976), Michael Pohl, FA Ffm., Stiftstraße (14. 9. 1976), Klaus Post, FA Rüdesheim (3. 9. 1976), Volker Rausch, FA Ffm.-Höchst (4. 9. 1976), Anita Reiser, FA Kassel, Spohrstraße (3. 9. 1976), Dieter Seip, FA Offenbach-Land (7. 9. 1976), Günter Sell, FA Ffm., Stiftstraße, Marianne Schiel, FA Nidda (beide 3. 9. 1976), Gisela Schmidt, FA Darmstadt (6. 9. 1976), Liesel Schmidt, FA Bad Schwalbach (8. 9. 1976), Rüdiger Trebing, FA Ffm.-Börse (16. 8. 1976), Adolf Ufer, FA Dillenburg (15. 9. 1976), Sigune Winter, FA Darmstadt (10. 9. 1976);

zu **Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP)** die Finanzanwärter/innen (BaW) Helga Assenheimer, FA Ffm., Taunustor, Edgar Baritz, FA Kassel, Goethestraße, Hans-Joachim Barthel, FA Fulda, Rolf Barthel, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Ulrich Barton, FA Ffm., Taunustor, Manfred Beck, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Rolf Becker, FA Ffm., Taunustor, Angelika Behrla, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Karlfred Bernhardt, FA Gießen, Gisela Berthel, FA Kassel, Goethestraße, Theodor Blamm, FA Ffm., Taunustor, Heinrich Böth, FA Gießen, Joachim Bornmann, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Heinz Brandenburg, FA Ffm., Taunustor, Norbert Braun, Sigrid Braun, beide FA Gießen, Joachim Breitenstein, FA Schwalmstadt, Jürgen Büttner, FA Ffm., Taunustor, Heike Burk, FA Gießen, Heinrich Degenhardt, FA Darmstadt, Klaus Dörr, FA Fulda, Irene Dombrowsky, Gerda Dorn, beide FA Ffm., Taunustor, Hans-Otto Drevenstedt, FA Kassel, Goethestraße, Lothar Dunker, FA Gießen, Helmut Eckelt, Angelika Ehl, beide FA Ffm., Taunustor, Elke Engel, Marion Fahrenholz, Susanne Fischer, sämtlich FA Kassel, Goethestraße, Heidi Fleck, FA Gießen, Gerd Fretschner, Helmut Frieß, Lothar Fromberg, sämtlich FA Darmstadt, Reinhold Fuhrmann, FA Kassel, Goethestraße, Rainer Gärth-Martin, FA Gießen, Klaus Gaida, FA Darmstadt, Falk Gerke, FA Kassel, Goethestraße, Hans-Joachim Gerlach, FA Gießen, Hans-Joachim Geßner, FA Fulda, Hans-Dieter Glotzbach, Klaus Göbel, beide FA Ffm., Taunustor, Lothar-Richard Hagner, FA Gießen, Irene Halbländer, FA Darmstadt, Ulrich Hammer, FA Gießen, Ellen Heckmann, FA Fulda, Matthias Heilmann, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Edeltraud Hein, FA Ffm., Taunustor, Peter Helbig, FA Fulda, Klaus Henrici, FA Darmstadt, Christiane Herchenröther, FA Ffm., Taunustor, Marion Heß, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Hans Bernd Heusel, FA Darmstadt, Maria-Elisabeth Hucht, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Jürgen-Anton Ilge, FA Gießen, Marion Jacobs, FA Darmstadt, Helmut Jordan, FA Kassel, Goethestraße, Christel Jung, FA Gießen, Jürgen Justi, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Helga Klab, FA Ffm., Taunustor, Erwin Klippert, FA Kassel, Goethestraße, Heinz Jürgen Klotz, Bernhard Kluth, beide FA Gießen,

Uwe Knoll, FA Kassel, Goethestraße, Cornelia Koch, FA Darmstadt, Klaus Koruschowitz, FA Gießen, Barbara Kranzdorf, Stefan Kranzdorf, beide FA Ffm., Taunustor, Paul Kredig, FA Fulda, Elke Kriedemann, FA Darmstadt, Norbert Krieger, FA Gießen, Horst-Heinrich Kubitz, FA Fulda, Klaus-Jürgen Kühle, FA Kassel, Goethestraße, Peter Kunert, FA Darmstadt, Dieter Lang, FA Schwalmstadt, Klaus-Dieter Langbein, FA Ffm., Taunustor, Walter Langefeld, FA Kassel, Goethestraße, Margit Langwasser, FA Fulda, Gerd Lankeit, FA Kassel, Goethestraße, Ingrid Lasser, FA Ffm., Taunustor, Cery Lesemann, FA Kassel, Goethestraße, Hans Moritz Liebau, FA Kassel, Goethestr., Heribert Link, Karl-Heinz Lintner, beide FA Ffm., Taunustor, Toni Lucas, FA Gießen, Ilse Martin, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Lothar Marx, FA Ffm., Taunustor, Erich Maurer, FA Kassel, Goethestraße, Klaus-Dieter Melchior, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Lothar Merz, FA Darmstadt, Karl-Georg Meyer, FA Gießen, Alice Minker, FA Fulda, Birgit Mohr, FA Ffm., Taunustor, Monika Mohr, FA Darmstadt, Renate Mosser, FA Ffm., Taunustor, Roswitha Müller, FA Gießen, Ingrid Müller-Knetsch, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Fritz Nagis, FA Kassel, Goethestraße, Horst Nelius, FA Darmstadt, Bernd Nestvogel, FA Kassel, Goethestraße, Walter Neufingerl, FA Darmstadt, Alfred Palige, FA Fulda, Renate Palige, FA Darmstadt, Georg Pantry, FA Ffm., Taunustor, Ursula Pitz, FA Darmstadt, Michael Pohl, FA Ffm., Taunustor, Klaus Post, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Gerhard Pritsch, FA Darmstadt, Cornelia Rausch, FA Kassel, Goethestraße, Volker Rausch, FA Fulda, Klaus Reibold, FA Darmstadt, Willi Reinemann, FA Kassel, Goethestraße, Brigitte Reul, Volker Reuter, beide FA Ffm., Taunustor, Klaus Peter Richter, FA Schwalmstadt, Gudrun Ritzert, FA Darmstadt, Eva-Maria Rotter, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Richard Sander, FA Kassel, Goethestraße, Jürgen Sauer, FA Fulda, Dieter Seip, FA Gießen, Heinz Seipel, FA Ffm., Taunustor, Anita Sieber, FA Darmstadt, Annegret Sietz, FA Ffm., Taunustor, Reinhold Spies, FA Gießen, Petra Supp, FA Ffm.-Höchst, Lothar Schade, FA Fulda, Gabriele Schäfer, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Wolfgang Schambony, FA Fulda, Werner Scharf, FA Darmstadt, Helmut Schindewolf, FA Fulda, Manfred Schlosser, FA Gießen, Winfried Schmitt, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Wolfgang Schmitt, FA Fulda, Axel Schmetzler, FA Schwalmstadt, Angela Schönborn, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Harald Schulz, FA Ffm., Taunustor, Christel Schwanebeck, FA Kassel, Goethestraße, Christina Stark, Margot Stief, beide FA Ffm., Taunustor, Michael Strozzyk, FA Kassel, Goethestraße, Gerhard Stunz, FA Fulda, Heinz-Jürgen Taube, FA Gießen, Maria Theuer, FA Fulda, Horst-Werner Thiel, Magda Thielmann, beide FA Gießen, Gerd Trautmann, FA Ffm., Taunustor, Rüdiger Trebing, FA Kassel, Goethestraße, Bernhard Trott, FA Fulda, Norbert Vay, FA Darmstadt, Rita Vöckel-Rosenbusch, FA Fulda, Wolfgang Vohla, FA Gießen, Ursula Volz, FA Ffm., Taunustor, Karl-Heinz Weber, FA Gießen, Wilfried Weber, FA Fulda, Sabine Weigler, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Barbara Weller, FA Gießen, Dieter Wielk, FA Fulda, Dieter Wiesner, FA Gießen, Maria Winkler, FA Ffm., Taunustor, Kurt Wollnik, FA Wiesbaden, Mainzer Straße, Horst Wondrejz, FA Darmstadt, Manfred Zemke, FA Kassel, Goethestraße (sämtlich 1. 8. 1976);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaP) Heribert Götz, FA Korbach (27. 8. 1976), Siegfried Herbert, FA Offenbach-Land (20. 8. 1976);

zum **Steuersekretär** Steuersekretär z. A. (BaP) Joachim Kolbe, FA Biedenkopf (6. 9. 1976);

zu/zur **Steuerassistenten/in** z. A. (BaP) Marion Freisinger, FA Gelnhausen, Rudolf Reinhard, FA Gelnhausen, Detlef Szauter, FA Gießen (sämtlich 3. 8. 1976);

zum **Amtsmeister** Hauptamtsgehilfe (BaL) Karl-Heinz Fischer, FA Bad Hersfeld (1. 10. 1976);

zum **Hauptamtsgehilfen (BaL)** Hauptamtsgehilfe z. A. (BaP) Hans-Peter Müller, FA Limburg (1. 10. 1976);

zum **Hauptamtsgehilfen z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Reinhard Blaschke, FA Gießen (2. 9. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Steueroberinspektoren/innen (BaP) Bernd Becker, FA Ffm., Stiftstraße (4. 10. 1976), Ingrid Friedrich, FA Limburg (11. 8. 1976), Elli Schneider, FA Marburg (9. 8. 1976), Erwin Schneider, FA Wetzlar (2. 9. 1976), Gerhard Schwalm, FA Langen (4. 8. 1976), die Steuerinspektoren (BaP) Eber-

hard Böhm, FA Ffm., Hamburger Allee (15. 9. 1976), Manfred Braun, FA Dillenburg (18. 8. 1976), Hans Dieter Burkert, FA Ffm., Hamburger Allee (7. 9. 1976), Harald Fellner, FA Bensheim (6. 9. 1976), Helmut Gotscher, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (21. 9. 1976), Reinhard Herbst, FA Offenbach-Land (2. 9. 1976), Klaus-Georg Hollstein, FA Ffm., Taunustor (1. 9. 1976), Lothar Jost, FA Ffm., Hamburger Allee (16. 8. 1976), Gerd Knüttel, FA Gelnhausen (8. 9. 1976), Eckhard Martiny, FA Ffm., Taunustor (13. 9. 1976), Hans Pitschak, FA Ffm., Taunustor, Werner Schmuck-Soldan, FA Bad Hersfeld (beide 1. 9. 1976), Walter Schulze, Dieter Schwarz, beide FA Ffm., Stiftstraße (beide 13. 9. 1976), Karlheinz Strubel, FA Darmstadt (10. 9. 1976), Hans Thron, FA Eschwege, Udo Zimmermann, FA Kassel, Spohrstraße (beide 1. 9. 1976), der Steueramtsinspektor (BaP) Reinhold Herzberger, FA Gießen (27. 9. 1976), der/die Steuerhauptsekretär/in (BaP) Edeltraut Donhauser, FA Ffm., Stiftstraße (13. 9. 1976), Dieter Lemmer, FA Ffm., Hamburger Allee (29. 9. 1976), die Steuerobersekretäre/innen (BaP) Ulrike Böhm-Wertmüller, FA Fulda (27. 9. 1976), Rolf-Dieter Felske, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (8. 9. 1976), Gisela Hebgen, FA Limburg (24. 8. 1976), Regina Krämling, FA Fulda (6. 8. 1976), Norbert Lang, FA Ffm.-Börse (30. 8. 1976), Herbert Moog, FA Fritzlar (30. 8. 1976), Robert Voigt, FA Ffm., Hamburger Allee (1. 9. 1976), die Steuersekretäre (BaP) Norbert Beyermann, FA Kassel, Spohrstraße (16. 8. 1976), Karl-Heinz Wiegand, FA Kassel, Goethestraße (23. 8. 1976);

versetzt:

von dem FA Duisburg-Süd Steueramtmann (BaL) Dorothea Klare, FA Ffm.-Börse (1. 9. 1976),
von dem FA Tempelhof in Berlin Steuerassistentin z. A. (BaP) Jutta Mätzig, FA Hanau (1. 9. 1976),
an das FA für Körperschaften in Berlin Steuerobersekretärin (BaP) Christa Fritz, FA Ffm., Taunustor (1. 10. 1976);

Staatsbauverwaltung**ernannt:**

zu/zur **Bauberräten/in** die Bauräte/in (BaL) Klaus Feller, StBA Ffm. (14. 10. 1976), Kurt Kriegsmann, StHBA Darmstadt (11. 10. 1976), Sybille Schnabel, StHBA Ffm. (12. 10. 1976);

Verteidigungslastenverwaltung**ernannt:**

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Eckhard Holler, VLA Ffm. (9. 9. 1976).

Berichtigung

In StAnz 1976 S. 1641, linke Spalte, 4. Zeile, muß es unter **Steuerverwaltung**

bei „ernannt:“ zu Steuerassistenten/innen z. A. (BaP) ... anstatt Peter Rübke richtig Peter Röbbke heißen.

Frankfurt (Main), 29. 10. 1976

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 46/1976 S. 2032

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**Ministerium****ernannt:**

zu **Ministerialräten** die Regierungsdirektoren (BaL) Dr. Bernhard Hoffmann, Heinz Schinhammer (beide 1. 10. 1976), Dr. Wolfgang Bobke (4. 10. 1976);
zu **Regierungsdirektoren** die Regierungsoberberräte (BaL) Eckhard Sommer, Hanns Klüber, Hans-Joachim Pfaffendorf, Dr. Wulf Thommel, Josef Pleier (sämtlich 1. 10. 1976);
zum **Regierungsobererrat** Regierungsrat (BaL) Dr. Michael Saenger (1. 10. 1976);
zu **Amtsräten** die Amtmänner (BaL) Peter Limberg, Harry Rusch (beide 1. 10. 1976), Toni Schütz (8. 10. 1976);
zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Monika Hartmann, Adele Nocke, Walter Lenz, Edgar Semler (sämtlich 1. 10. 1976), Alfred Hörling (6. 10. 1976);
zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Rudolf Kannenberg (1. 10. 1976);

verstorben:

Amtsinspektor (BaL) Wilhelm Schaefer (1. 9. 1976);

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Main)**ernannt:**

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** bish. Universitätsdozent der Universität Heidelberg Dr. Hans Bartels (7. 7. 1976), bish. Wiss. Rat und Professor der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe Dr. Johannes Hoffmann (3. 8. 1976);

zum **Studienrat im Hochschuldienst z. A. (BaP)** Lektor (BaW) Joseph Storey Ripplier (23. 8. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Kanzler einer Universität Achaz von Thümen (1. 10. 1976);

entlassen:

Dozent an einer Universität Dr. Klaus Quiring (6. 8. 1976);

Philipps-Universität Marburg (Lahn)**ernannt:**

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** Dr. Friedhelm Schilling (17. 8. 1976), bish. Akademischer Direktor der Universität Mainz Dr. Wolfgang Andres (21. 9. 1976);

zu **Bibliotheksoberberräten** Bibliotheksrate (BaL) Hermann Günzel, Dr. Uwe Bredehorn (beide 1. 6. 1976);

zum **Bibliotheksrat (BaL)** Bibliotheksrat z. A. (BaP) Dr. Gerhard Schneider (18. 8. 1976);

zum **Akademischen Rat (BaL)** Akademischer Rat z. A. (BaP) Dr. Joachim Hengstl (18. 8. 1976);

zum **Akademischen Rat z. A. (BaP)** Dr. Klaus Steinbach (18. 8. 1976);

zu **Studienräten im Hochschuldienst z. A. (BaP)** Dr. Günther Hamel (6. 8. 1976), Dr. Maria Zagar (29. 8. 1976);

entpflichtet:

Professor an einer Universität Dr. Hans Adolf von Stosch (1. 10. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:

Dozent an einer Universität (BaW) Bijan Movaghar Ph. D. (1. 9. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Hauptaufseher Heinrich Walter Schmidt (1. 8. 1976), Betriebsassistent Walter Födisch (1. 9. 1976);

entlassen:

die Dozenten an einer Universität Dr. Manfred Kirchner, Dr. Harald Kahnwald (beide 15. 9. 1976);

Justus-Liebig-Universität Gießen (Lahn)**ernannt:**

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** Samir Fouad Stephanos M. B., CH. Universität Kairo (9. 8. 1976), bish. Professor der Universität Kiel Dr. Werner Kübler (2. 8. 1976), Dr. Arthur Kreuzer (1. 9. 1976);

zu **Akademischen Räten (BaL)** die Akademischen Räte z. A. (BaP) Robert Snipes Ph. D. (21. 7. 1976), Dr. Jürgen Gnittke (2. 9. 1976);

zu **Akademischen Räten z. A. (BaP)** Dr. Peter Probst (3. 8. 1976), Dr. Wolfgang Schultka (1. 8. 1976), Dr. Othmar Walz (28. 7. 1976), Dr. Heinrich Schmitt (29. 7. 1976), Dr. Hans-Joachim Schwandt (29. 7. 1976), Dr. Peter Ganz (29. 7. 1976), Dr. Sarwar Syed Ali (10. 9. 1976), Dr. Karin Leppert (11. 8. 1976), Dr. Ilse Käufer (10. 8. 1976);

zum **Studienrat im Hochschuldienst z. A. (BaP)** Lektor (BaW) Dr. Helmut Winter (28. 7. 1976);

zum **Sekretär** Sekretär z. A. (BaP) Bernd Eder (22. 7. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Sekretär (BaP) Ernst Thiele (16. 8. 1976);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 4 Professor an einer Universität Dr. Konrad Wiedemann (9. 8. 1976);

in die Besoldungsgruppe H 3 Professor an einer Universität Dr. Helmut Löffler (19. 8. 1976);

entlassen:

die Dozenten an einer Universität Dr. Peter Gorsen (1. 9. 1976), Dr. Jens Bockel (16. 8. 1976), Inspektorin (BaL) Sibylle Brall (1. 9. 1976);

Technische Hochschule Darmstadt

ernannt:

zum **Regierungsrat (BaL)** Studienrat z. A. (BaP) Dr. Hans Ulrich Joachim (5. 8. 1976);

entlassen:

Professor an einer Universität Dr. David Parnas (1. 9. 1976);

Gesamthochschule Kassel

ernannt:

zur **Professorin an einer Universität (BaL)** bish. Dozentin der Ruhr-Universität Bochum Dr. Rita Fricker (30. 8. 1976);zum **Dozenten an einer Kunsthochschule (BaL)** Dozent an einer KHS z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Ulrich Schievelbusch (18. 8. 1976);zu **Fachhochschullehrern (BaL)** die FHL z. A. (BaP) Dr. Eberhard Paucksch, Dr. Henning Früchtling (beide 22. 9. 1976);zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** bish. Wiss. Assistent der Universität Heidelberg Dr. Hans-Georg Flickinger (17. 9. 1976), Dr. Christian Richter (21. 9. 1976);zur **Regierungsrätin z. A. (BaP)** Regina Gotthold-Dux (20. 7. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:

Dozent an einer Universität (BaW) Dipl.-Ing. Rainer Meyfahrt (1. 7. 1976);

versetzt:

vom Magistrat der Stadt Immenhausen Sekretär (BaP) Adolf-Georg Keuch (1. 8. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Professor an einer FHS in einer GHS Dipl.-Ing. Werner Kopper (1. 9. 1976);

Fachhochschule Gießen

ernannt:

zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** Dr. Manfred Claßen (16. 9. 1976), Dipl.-Ing. (TH Prag) Jan Pesek (22. 9. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Professor an einer FHS Dr. Georg Lang (1. 9. 1976);

Fachhochschule Frankfurt (Main)

ernannt:

zum **Fachhochschullehrer z. A. (BaP)** Dr. Heinrich Fichter (16. 9. 1976);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 Professor an einer FHS Dipl.-Ing. Justus Hollmann (1. 10. 1976);

Fachhochschule Fulda

ernannt:

zu **Fachhochschullehrern (BaL)** die FHL z. A. (BaP) Dr. Günther Stückmann (16. 9. 1976), Dr. Gert Gekeler (22. 9. 1976);zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** Klaus Bochmann M. B. A. (24. 9. 1976), Studienrat z. A. Dipl.-Päd. Josef Dehler (23. 9. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Professor an einer FHS Rudolf Wöfl (1. 9. 1976);

Fachhochschule Darmstadt

ernannt:

zum **Fachhochschullehrer (BaL)** FHL z. A. (BaP) Dr. Peter Fischer (27. 9. 1976);zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** Dr. Walter Klug, Dr. Rolf Kruse (beide 1. 9. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Jugendleiterin im Schuldienst Helene Rohde (1. 8. 1976);

Fachhochschule Wiesbaden

ernannt:

zu **Fachhochschullehrern (BaL)** die FHL z. A. (BaP) Dr. Herbert Sabel, Dipl.-Ing. Rolf Schönenberg, Dr. Dieter Fladung (sämtlich 16. 9. 1976), Dr. Rolf Steiner (21. 9. 1976);zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** Dr. Manuela du Bois-Reymond (1. 9. 1976), Dipl.-Päd. Ernst Müller (15. 9. 1976);zum **Verwaltungsdirektor bei einer Fachhochschule** Regierungsobererrat (BaL) Dr. Johann Gädeke (1. 10. 1976);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe H 3 Professor an einer FHS Dr. Otto Mildenerger (1. 10. 1976);

Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt (M.)

ernannt:

zum **Professor an einer Kunsthochschule (BaL)** Professor an einer KHS z. A. (BaP) Joachim Volkmann (3. 9. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Professor an einer Kunsthochschule Friedrich Zipp (1. 10. 1976);

Verwaltung der Staatl. Schlösser und Gärten Bad Homburg

verstorben:

Hauptwart (BaL) Wolfgang Hubrich (7. 7. 1976);

Landesamt für Denkmalpflege Hessen in Wiesbaden

ernannt:

zur **Konservatorin z. A. (BaP)** Dr. Hilka Steinbach (1. 9. 1976);**Hess. Staatsarchiv Marburg (Lahn)**

versetzt:

in den Dienst der Landeshauptstadt München Archivrat z. A. (BaP) Dr. Helmut Stahleder (1. 9. 1976).

Wiesbaden, 1. 11. 1976

Der Hessische Kultusminister

I A 4.5 — 050/35 — (201)

StAnz. 46/1976 S. 2034

Regierungspräsident in Kassel

in den Ruhestand getreten:

Ltd. Regierungsschuldirektor Dr. Georg Rüth (1. 9. 1976).

Kassel, 28. 10. 1976

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 46/1976 S. 2035

Berufliche Schulen im Regierungsbezirk Kassel

ernannt:

zum **Oberstudiendirektor** Studiendirektor (BaL) Friedrich Reck, Bad Wildungen (1. 4. 1976);zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Klaus Solf, Fritzlar, Walter Dienstbach, Kirchhain, Günther Griesel, Kassel, Marlies Maurer, Melsungen, Hermann Hoffmann, Kassel (sämtlich 1. 4. 1976), Klaus Fenner, Marburg (5. 4. 1976), Heinrich Gille, Korbach (5. 4. 1976), Erwin Müller, Fulda (20. 4. 1976), Norbert Weber, Fulda (21. 4. 1976), Gerhard Halbauer, Kassel, Hedwig Wiegand, Fulda (beide 26. 4. 1976);zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Jürgen Simon, Schwalmstadt, Wolfgang Ellert, Witzenhausen, Heinz-Jürgen Göpel, Kassel (sämtlich 1. 4. 1976);zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Erika Koppelkamm, Marburg, Regine Glänzer, Marburg, Gerlinde Wolf, Fulda (sämtlich 1. 2. 1976), Rotraut Werner, Kassel (4. 2. 1976), Irmgard Höpfl, Fulda (6. 2. 1976), Monika Schmidt, Bad Hersfeld (16. 2. 1976), Dr. Wolfgang Stemmler, Kassel (21. 2. 1976), Gabriele Menzler, Frankenberg (1. 3. 1976), Eva Rempel, Marburg (21. 3. 1976), Dieter Schneider, Schwalmstadt (24. 3. 1976), Reinhard Reuss, Eschwege, Ruth Verroen, Kirchhain (beide 26. 4. 1976), Winfried Prokasky (19. 5. 1976), Jürgen Rödiger (21. 5. 1976), Josef Hoppe, sämtlich Kassel (30. 5. 1976), Margrit Rödiger, Hofgeismar (4. 6. 1976), Dieter Seitz, Bad Hersfeld (27. 6. 1976), Alfred Ackermann, Eschwege (30. 6. 1976), Otto Steinmetz, Eschwege (26. 7. 1976), Günter Kilian, Korbach (28. 7. 1976), Winfried Lebek, Fulda (28. 7. 1976), Christa Heibaum, Kassel (28. 7. 1976), Joachim Kutschke, Marburg (31. 7. 1976), Lore Losekamp, Kassel, Helga Günzgerich, Frankenberg (beide 1. 8. 1976), Sebastian Hild, Bad Hersfeld (4. 8. 1976), Gerhard Appel, Biedenkopf (29. 8. 1976), Dieter Behling, Marburg, Brigitte Hauswaldt-Windmüller, Marburg, Rainer Sander, Kassel (sämtlich 1. 8.

1976), Eberhard Kliem, Fritzlar (3. 9. 1976), Richard Schomber, Biedenkopf (6. 9. 1976), Dr. Anneliese Schilling, Kassel (22. 9. 1976);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Studienreferendare/innen (BaW) Günter Gehrman, Siegfried Etz, beide Bad Hersfeld, Helmuth Heid, Fulda, Helmut Fey, Bad Hersfeld, Rudolf Göppner, Fulda, Edgar Vorndran, Hünfeld, Ludwig Henkel, Bad Hersfeld, Roger Kaltenbach, Bebra, Eberhard Höck, Fulda, Hans-Joachim Schülbe, Dietmar Brockmann, beide Bad Hersfeld, Margit Engelbertz, Fulda, Maria Beinhauer-Kreissl, Hünfeld, Kurt Endres, Kassel, Ingo Herde, Kirchhain, Christel Beyer-Hofmann, Kassel, Ulrich Engelbertz, Fulda, Rainer Glanz, Schwalmstadt, Bernd Leuckefeld, Kassel, Hans-Dieter Limpinsel, Marburg, Rainer Nöding, Kassel, Ulrike Stumm, Kirchhain, Wolfgang Schröder, Schwalmstadt, Annegret Schmidt, Kassel, Hannelore Renk-Javurek, Biedenkopf, Christel Otterbach, Marburg, Karl-Heinz Zahn, Kassel, Mariies Holland-Jopp, Schwalmstadt, Bernd Rüdiger Weiss, Leonore Göbelsmann, beide Witzenhausen, Michael Brode, Bad Wildungen, Jürgen Burow, Gerald Widdig, Renate Rosine, Klaus Köhler, Karin Jones, sämtlich Korbach, Wilfried Janssen, Hans-Joachim Müller-Greif, beide Kassel, Verena von Hagke, Kirchhain, Bernd Eckart, Fulda, Axel Altmeyer, Bebra (sämtlich 1. 2. 1976), Janos Kertes (19. 2. 1976), August Jäger, Hartmut Platte, Gerhard Wenzel, sämtlich Kassel, Erhard Stippich, Marburg, Gunther Hiller, Marburg, Peter Lauber, Hans-Rudolf Limmeroth, beide Biedenkopf, Bernward Zurwehme, Frankenberg, Otto Ortelbach, Fritzlar, Udo Wittekindt, Kirchhain, Ursula Hilbert, Schwalmstadt, Helmut Kehr, Schwalmstadt, Eva Müller, Schwalmstadt, Peter Kaul, Klaus Oetting, beide Kassel, Peter Falkowski, Fulda, Helmut Rosenberger, Marburg, Georg Sippel, Eschwege, Siegfried Bock, Joachim Meißner, Thomas Lachmund, Manfred Zindel, sämtlich Eschwege, Hans-Eugen Schwabe, Hofgeismar, Ingrid Kaul, Karl-Werner Hildebrand, Wolfgang Löwer, sämtlich Korbach, Peter Schneider, Bad Wildungen, Wolfgang Focke, Witzenhausen, Helmut Doppelhammer, Jochen Schmidt, Baldur Gerhart, Klaus Franke, Reinhard Zahn, sämtlich Kassel, Reinhard Noll, Eckhard Schaum, Klaus Fraatz, Voranart Boonyaprasop, Herbert Busch, sämtlich Fulda, Wilfried Bierschenk, Ernst-Georg Winkelhardt, Heinz Hohmann, sämtlich Bad Hersfeld, Heino Kirchhof, Karl-Dieter Zimmermann, beide Bebra (sämtlich 1. 8. 1976);

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** Bernhard Kress, Bad Hersfeld, Gerhard Siebert, Melsungen, Peter Kollmann, Fulda, Gerhard Rimbach, Hünfeld, Elke Schade-Oehm, Eschwege, Burghart Schoer, Fulda, Peter Preiss, Bebra, Ernst Thiel, Kassel, Thomas Trost, Bad Hersfeld, Friedhelm Vollmer, Hünfeld, Siegfried Krieg, Fulda, Wolfgang Krahn, Marburg, Ralph Zeiler, Eschwege, Heinrich Werner, Bad Hersfeld, Rolf Tönges, Fulda, Klaus-Willi Sturm, Fulda, Hans Schwab, Bad Hersfeld, Hans Ulrich Schiffner, Fulda, Heribert Hahner, Bebra, Hans-Jürgen Hahn, Bebra, Helmut Hutterer, Fulda, Egon Immerheiser, Fulda, Matthias Jipp, Kassel, Peter Kannler, Fulda, Karl Langer, Bad Hersfeld, Rolf-Günter Geier, Fulda, Engelbert Gabriel, Fulda, Klaus-Detlef Fiedler, Bebra, Manfred Dieckhoff, Fulda, Hans-Jürgen Cloodt, Fritzlar, Volker Busche, Kassel, Erwin Braun, Fulda, Hans-Jürgen Berg, Eschwege, Christoph Bauer, Melsungen, Harald Appel, Fulda, Rudolf Lenz, Bebra, Wolfgang Nowak, Bad Hersfeld, Günter Richter, Kassel, Alfred Schwarz, Fulda, Jörg Günther, Bebra, Bernd Musial, Hofgeismar (sämtlich 1. 2. 1976), Günter Ruß, Kassel, Klaus Mund, Schwalmstadt, Wolfgang Vollkopf, Kassel, Eva Stille, Marburg, Manfred Kaufmann, Gerhard Freier, beide Kassel, Reinhold-Reiner Fiddicke, Frankenberg, Heinrich Damer, Kassel, Roland Bödicker, Fritzlar, Manfred Zacharias, Kassel, Paul-Rudolf Völlmecke, Korbach, Artur Schilling, Kassel, Hans-Albert Schneider, Marburg, Gerd Schäfer, Witzenhausen, Klaus Gellert, Hofgeismar, Karl-Wilhelm Döring, Korbach, Heinrich Berg, Christoph Leyer, Norbert Hecker, sämtlich Kassel, Günther Gontek, Melsungen, Klaus Hirsch, Melsungen, Rolf Sündermann, Schwalmstadt, Manfred Kitz, Kassel, Brigitte Ruth Zickendraht, Marburg, Carola Machemer, Kassel (sämtlich 1. 8. 1976), Dr. Rüdiger Bocksch, Schwalmstadt (1. 9. 1976);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Günter Dix, Witzenhausen (11. 2. 1976), Winfried

Ehrlich, Melsungen (16. 2. 1976), Erwin Meskauskas, Frankenberg (20. 2. 1976), Klaus Diether Werner, Melsungen (23. 2. 1976), Heinz Schönfelder, Hofgeismar (25. 2. 1976), Peter Kaul, Kassel (29. 2. 1976), Karl Oehlmann, Kirchhain (1. 3. 1976), Helga Purkl, Bebra (5. 3. 1976), Barbara Sack, Fulda (6. 3. 1976), Helga Rohmann, Marburg (7. 3. 1976), Kurt Weiland, Eschwege (10. 3. 1976), Ludwig Käsemann, Eschwege (11. 3. 1976), Hannelore Büttner, Fulda (11. 3. 1976), Ingrid Rüger, Bad Hersfeld (12. 3. 1976), Marianne Marckwort, Frankenberg (17. 3. 1976), Ursula Rüter, Kassel (26. 3. 1976), Holger Skolinowski, Korbach (26. 3. 1976), Erhard Dangel, Fulda (26. 5. 1976), Helga Czichowski (21. 7. 1976), Henry Kulle (22. 8. 1976), Karlheinz Finis, sämtlich Kassel (28. 8. 1976), Horst Gustke, Hünfeld (28. 8. 1976), Erich Wicke, Eschwege (2. 9. 1976), Wilfried Schlemm, Schwalmstadt (6. 9. 1976), Ingeborg Conz, Kassel (9. 9. 1976), Horst Flüge, Hofgeismar (24. 9. 1976), Marianne Wettengl, Eschwege, Erika Woloschin, Hofgeismar (beide 30. 9. 1976);

zu **Fachlehreranwärterinnen für arbeitstechnische Fächer (BaW)** Christa Schenke, Kassel, Gisela Bierschenk, Bebra (beide 1. 2. 1976);

zu **Studienräten (BaP)** die Studienräte z. A. (BaP) Volker Becker, Gerhard Guicking, beide Korbach (beide 30. 4. 1976), Ekkehard Nozulak, Melsungen, Helmut Pfeiffer, Bad Hersfeld (beide 14. 5. 1976), Bernd Hartwich, Bad Hersfeld (26. 5. 1976), Karl-Friedrich Schwarz, Hünfeld (8. 6. 1976), Roger Kaltenbach, Bebra (8. 9. 1976);

zu **Studienräten (BaL)** die Studienräte (BaP) Hans-Peter Gerlach, Kassel (16. 6. 1976), Erich Brenne, Korbach (29. 8. 1976), Karl-Heinz Eisenberg, Korbach (30. 8. 1976);

zum **Studienrat z. A. (BaP)** Angestellter Dr. Manfred Zimmer, Eschwege (22. 4. 1976);

versetzt:

aus Niedersachsen Studiendirektor (BaL) Joachim Deegener, Marburg (1. 6. 1976),

aus Bremen Studienrätin z. A. (BaP) Hanna Lipp-Thoben, Kassel,

vom RP Detmold Oberstudienrat (BaL) Winfried Weber-Fahr, Fulda (beide 1. 8. 1976);

zum RP Detmold Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer (BaL) Franz Johlen, Schwalmstadt (1. 2. 1976), zum RP Düsseldorf Studienrat (BaP) Reinhard Mohn, Marburg, nach Nordrhein-Westfalen Studienrat z. A. (BaP) Michael Brode, Bad Wildungen (beide 1. 8. 1976);

in den Ruhestand getreten:

die Studiendirektoren (BaL) Karl Schreiber, Bad Hersfeld, Werner Wolf, Kirchhain, Oberstudienrat (BaL) Kurt Feldmann, Fulda (sämtlich 1. 2. 1976), Studiendirektor (BaL) Oswald Hübner, Hünfeld, Oberstudienrätin (BaL) Hildegard Bolt, Korbach (beide 1. 8. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudienrätin (BaL) Leni Krüger, Fritzlar, Oberstudienrat (BaL) Heinrich Oxe, Korbach (beide 1. 2. 1976), Oberstudienrätin Thekla Weißenbach, Biedenkopf (1. 8. 1976) sämtlich gem. § 51 Abs. 1 HBG, Oberstudienrat (BaL) Werner Götting, Eschwege, Studiendirektor (BaL) Horst Meinung, Kassel, Oberstudienrat (BaL) Gerhard Pinnow, Kassel, Oberstudienrätin (BaL) Gertrud Schramm, Fulda (sämtlich 1. 2. 1976), Studiendirektor (BaL) Heinz Lorch, Bad Hersfeld, Oberstudienrat (BaL) Georg Kornemann, Bebra (beide 1. 8. 1976) sämtlich gemäß § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Studienreferendar (BaW) Diethard Ande, Fulda (14. 2. 1976), Fachlehrer z. A. (BaP) Willy Frank, Kirchhain (31. 7. 1976);

verstorben:

Oberstudienrat (BaL) Wolfgang Jordan, Bad Hersfeld (19. 2. 1976), Studienrat (BaL) Alfred Prokein, Fulda (17. 7. 1976).

Kassel, 28. 10. 1976

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 46/1976 S. 2035

Berichtigung

In StAnz. 1976 S. 1551 und 1796 muß unter

Der Regierungspräsident in Darmstadt

— **Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen** —

bei „in den R u h e s t a n d getreten:“

Konrektorin einer Grundschule Ruth Nitschke das versehentlich zweimal falsch abgedruckte Aushändigungsdatum anstatt (31. 1. 1976) und (13. 7. 1976) richtig (31. 7. 1976) heißen.

Die Redaktion

StAnz. 46/1976 S. 2037

I. Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Regierungspräsident in Kassel

— **Forstverwaltung** —

ernannt:

zum **Ltd. Forstdirektor** Forstdirektor (BaL) Klaus Ruppert (1. 10. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Oberinspektor (BaP) Werner Liphardt (3. 10. 1976).

Kassel, 28. 10. 1976

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 46/1976 S. 2037

Hessische Forstliche Versuchsanstalt Hann. Münden

ernannt:

zum **Forstamtmann** Forstoberinspektor (BaL) Hans-Joachim Jungbluth (18. 10. 1976).

Hann. Münden, 1. 11. 1976

Hessische Forstliche Versuchsanstalt

B 47 — 02 If/Ro

StAnz. 46/1976 S. 2037

1483 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Schlitz, Stadtteil Rimbach, Vogelsbergkreis

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Schlitz, Vogelsbergkreis, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110, 1386), zuletzt geändert durch das Vierte Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 26. 4. 1976 (BGBl. I S. 1109), in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69, 177), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. 9. 1974 (GVBl. I S. 361), für deren Trinkwassergewinnungsanlage im Stadtteil Rimbach ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage, das sich auf Teile der Gemarkungen Rimbach und Queck erstreckt, wird in folgende Zonen eingeteilt:

- Zone I (Fassungsbereich),**
- Zone II (engere Schutzzone),**
- Zone III (weitere Schutzzone).**

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und dem dazugehörigen Plan (Katasterplan i. M. 1 : 5000), in dem diese drei Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = grüne Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

I. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Flur 7 Nr. 63 der Gemarkung Rimbach (südwestlicher Teil — im Nordosten durch eine Gerade, die von der östlichen Seite — 23 m nordöstlich des südöstlichen Eckpunktes — zu der westlichen Seite des Flurstückes — 50 m nordöstlich des südwestlichen Eckpunktes — verläuft, begrenzt).

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkung Rimbach:

Flur 1 Flurstücke Nrn. 160/3, 161, 162 und 163,

Wege Nrn. 298 und 300,

Graben Nr. 342,

Flur 7 Flurstücke Nrn. 21, 22, 23, 25, 26/1, 26/2, 53—56, 57/1, 57/2, 57/3, 57/4, 57/5, 57/6, 57/7, 57/8, 57/9, 61/1, 61/2, 62/1, 62/2, und 63 (mit Ausnahme des Fassungsbereiches) Flurstücke Nrn. 64, 65, 66/1, 66/2 und 67,

Wege Nrn. 111—117,

Gräben Nrn. 130—136.

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Rimbach und Queck:

Gemarkung R i m b a c h

Flur 1 Flurstücke Nrn. 143, 144, 157, 158/1, 158/2, 159, 164/1, 164/2, 164/4, 170—178, 179/1, 181/1, 183, 184 und 185,

Weg Nr. 299/4 (westlicher Teil — im Osten durch die in südlicher Richtung verlängerte westliche Seite des Weges Nummer 297/1 begrenzt),

Weg Nr. 301/3 (südlicher Teil — im Norden durch die in westlicher Richtung verlängerte nördliche Seite des Flurstückes Nr. 164/4 begrenzt),

Wege Nrn. 304, 306 und 311,

Graben Nr. 339 (im Osten durch die in nördlicher Richtung verlängerte östliche Seite des Flurstückes Nr. 143 begrenzt), Gräben Nrn. 341 und 343,

Flur 7 südlicher Teil (mit Ausnahme des Fassungsbereiches und der engeren Schutzzone — im Norden bzw. Nordwesten durch die südliche Seite des Weges Nr. 99,

die Südwestseite des Weges Nr. 76/1 und

die Südwestseite des Weges Nr. 81

begrenzt).

Gemarkung Q u e c k

Flur 1 nordwestlicher Teil

im Osten durch die westlichen Seiten der Wege Nrn. 328 und 330 einschließlich deren Verlängerung über den Weg Nr. 329, im Südosten durch

die Nordwestseite des Weges Nr. 331,

die südliche Seite des Weges Nr. 320,

die Nordwestseite des Weges Nr. 316 einschließlich deren Verlängerung über den Weg Nr. 315 und

die Nordwestseite des Weges Nr. 313 und

im Südwesten durch die Nordostseite des Weges Nr. 299/2 begrenzt),

Flur 9 nördlicher Teil (im Süden durch die Nordostseiten der Wege Nrn. 90 und 94 begrenzt),

Flur 10 nördlicher Teil (im Süden durch die südliche Seite des Weges Nr. 54 einschließlich deren Verlängerung in westlicher Richtung begrenzt),

Flur 16 Flurstücke Nrn. 39, 40/1, 40/2, 41, 42, 43, 44, 50/2, 50/3, 50/4 und 50/5,

Wege Nrn. 55/1 und 56 (nordöstlicher Teil — im Südwesten durch die verlängerte südliche Seite des Weges Flur 10 Nr. 54 begrenzt),

Weg Nr. 59.

§ 3 Verbote

Im Bereich des Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

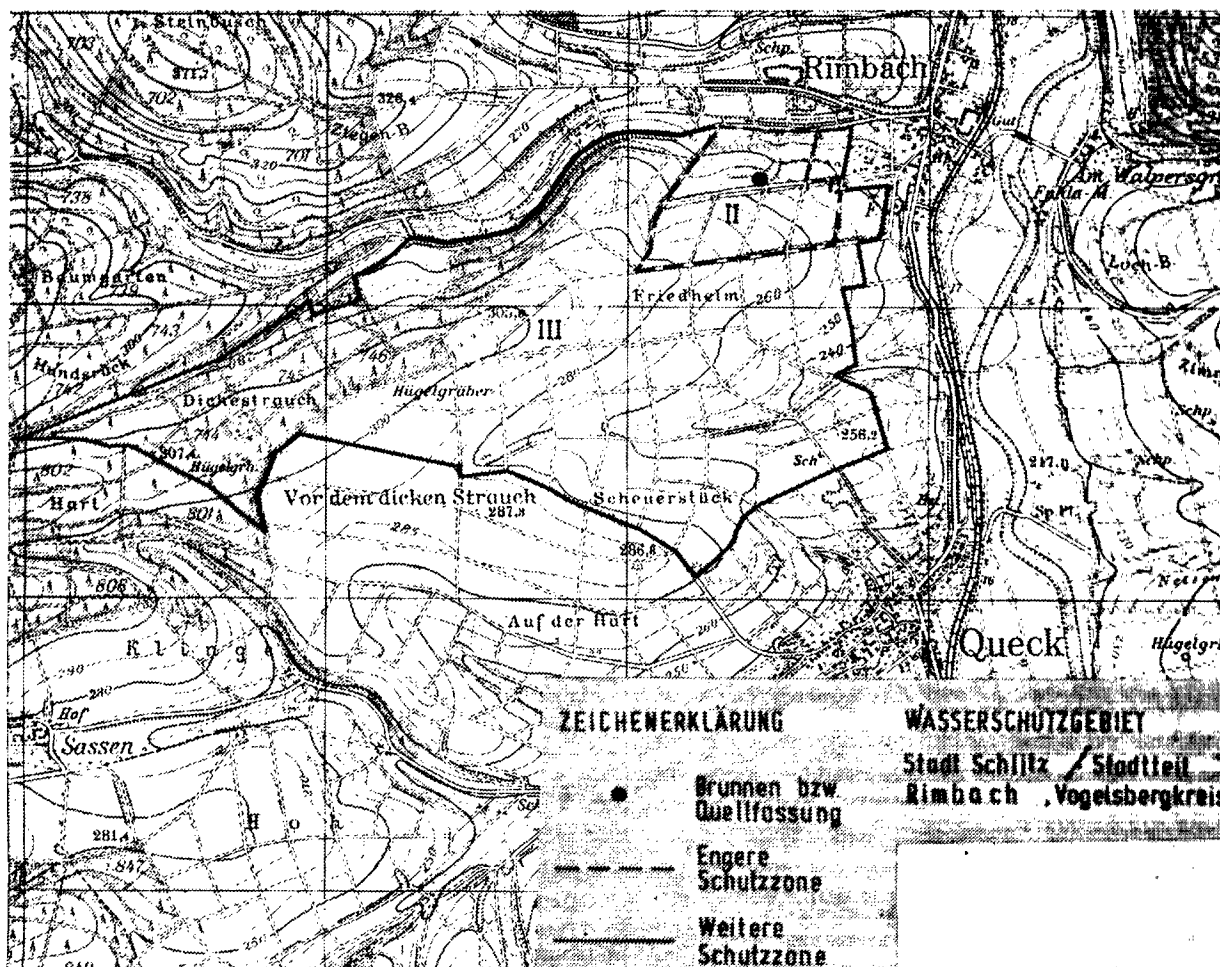
Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I). Die Verbote der engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz gegen weitreichende Beeinträchtigungen, insbesondere gegen nicht oder schwer abbaubare chemische und radioaktive Verunreinigungen, gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung,
- b) das Versenken und Versickern von radioaktiven Stoffen, Kühlwasser und Abwasser einschließlich des von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen abfließenden Wassers, die Untergrundverrieselung, Sandfiltergräben und Abwassergruben,
- c) Abwasserreinigungsanlagen (Kläranlagen),
- d) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- e) das Ablagern und Aufhalten von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen oder deren Beseitigung durch Einbringen in den Untergrund, z. B. Gifte, auswaschbare, beständige Chemikalien, Öl, Teer, Phenole, chemische Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungsmittel-, Schädlingsbekämpfungsmittel- und Wachstumsregulierungsmittel, Rückstände von Erdölbohrungen,
- f) das offene Lagern und Anwenden boden- oder wasserschädigender chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfungsmittel-, Schädlingsbekämpfungsmittel- und Wachstumsregulierungsmittel,
- g) das Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen das Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch und Dieselöl für den landwirtschaftlichen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden,
- h) Umschlags- und Vertriebsstellen für wassergefährdende und radioaktive Stoffe,
- i) Fernleitungen für wassergefährdende Stoffe,
- j) Betriebe, die radioaktive oder wassergefährdende Stoffe verwenden oder abstoßen,
- k) das Verwenden von wassergefährdenden, auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau (z. B. Teer, manche Bitumina und Schlacken),
- l) Kernreaktoren,
- m) Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der weiteren Schutzzone hinausgeleitet wird,
- n) Abfall-, Müll-, Schuttkippen und -deponien, Lagerplätze für Autowracks und Kraftfahrzeugschrott,
- o) das Neuanlegen von Friedhöfen,
- p) Rangierbahnhöfe,
- q) Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren und Notabwurfplätze des Luftverkehrs,
- r) Manöver und Übungen von Streitkräften und anderen Organisationen,
- s) militärische Anlagen,
- t) die Massentierhaltung,
- u) Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und



Übersichtskarte zur Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Schlitz/Stadteil Rimbach, Vogelsbergkreis.

keine ausreichende oder dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann,

- v) Bohrungen zum Aufsuchen und Gewinnen von Erdöl, Erdgas, Kohlensäure, Mineralwasser, Salz, radioaktiven Stoffen und zum Herstellen von Kavernen.

2. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone soll den Schutz vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zu der Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

Verboten sind insbesondere:

- a) die Bebauung, insbesondere gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe, Stallungen und Gärfuttermieten,
- b) Baustellen und Baustofflager,
- c) Straßen, Bahnlinien und sonstige Verkehrsanlagen, Güterumschlaganlagen und Parkplätze,
- d) Friedhöfe,
- e) Campingplätze und Sportanlagen,
- f) das Zelten und Lagern,
- g) der Badebetrieb an oberirdischen Gewässern,
- h) Wagenwaschen und Ölwechsel,
- i) Kies-, Sand-, Torf- und Tongruben, Einschnitte, Hohlwege, Steinbrüche und jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschichten vermindert werden,
- j) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen schützender Deckschichten oder zu Einmündungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- k) Sprengungen,
- l) Intensivbeweidung, Viehansammlungen und Pferche,
- m) die organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,
- n) die Überdüngung,
- o) das offene Lagern und unsachgemäße Anwenden von Mineraldünger,
- p) Gärfuttermieten,
- q) Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
- r) das Lagern von Heizöl und Dieselöl,
- s) der Transport radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe,
- t) das Durchleiten von Abwasser,
- u) Gräben und oberirdische Gewässer, die mit Abwasser oder wassergefährdenden Stoffen belastet sind,
- v) Dräne und Vorflutgräben,
- w) Fischteiche.

3. Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Diese Fläche soll in das Eigentum der Begünstigten übergeführt werden und im Eigentum der Begünstigten verbleiben, solange die Anlage der öffentlichen Wasserversorgung dient.

Zulässig sind die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so durchzuführen, daß das Grundwasser nicht beeinträchtigt wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Verletzen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) die landwirtschaftliche Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) Fahr- und Fußgängerverkehr,
- f) das Anwenden chemischer Pflanzenschutz-, Aufwuchsbekämpfung-, Schädlingsbekämpfung- und Wachstumsregelmittel,
- g) die organische Düngung.

§ 4 Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet, zu dulden, daß Beauftragte der Stadt Schlitz und der zuständigen staatlichen Behörden

- a) die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
- b) Beobachtungsstellen einrichten,
- c) Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
- d) Mulden und Erdaufschlüsse mit einwandfreiem Material auffüllen,
- e) schädliche Ablagerungen beseitigen,
- f) Anlagen, Straßen und Wege mit den notwendigen Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der engeren Schutzzone versehen,
- g) an den in dem Fassungsgebiet und in der engeren Schutzzone vorhandenen Straßen und Wegen Vorkehrungen zur Verhinderung von Ölunfällen oder zur Minderung der Folgen solcher Unfälle treffen,
- h) Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an eine Kanalisation anschließen,
- i) das Gelände vor Überschwemmung schützen.

Soweit diese Maßnahmen die normale Nutzung der betroffenen Grundstücke dauernd oder vorübergehend beeinträchtigen, sind sie den Betroffenen mindestens drei Wochen vorher anzuzeigen.

§ 5

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt. Auf die Vorschriften der Verordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten (VLWF) vom 7. 9. 1967 (GVBl. I S. 155), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung der VLWF vom 1. 10. 1973 (GVBl. I S. 392), wird besonders hingewiesen.

§ 6

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Vogelsbergkreises als unter Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 HWG) Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 3 und 4 dieser Verordnung zulassen, soweit nicht kraft gesetzlicher Bestimmungen eine andere Behörde hierfür zuständig ist.

§ 7

Zuwiderhandlungen gegen die Verbote des § 3 dieser Verordnung können gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 100 000,— DM geahndet werden.

§ 8

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat —, Rheinstraße 62, 6100 Darmstadt,
2. dem Landrat des Vogelsbergkreises — untere Wasserbehörde —, 6420 Lauterbach,
3. dem Kreis Ausschuss des Vogelsbergkreises — Bauaufsichtsbehörde —, 6420 Lauterbach,
4. dem Kreis Ausschuss des Vogelsbergkreises — Kreisgesundheitsamt —, 6420 Lauterbach,
5. dem Hess. Landesamt für Bodenforschung Leberberg 9, 6200 Wiesbaden,
6. dem Wasserwirtschaftsamt Friedberg, Burg 13, 6360 Friedberg,
7. dem Katasteramt Lauterbach, 6420 Lauterbach,
8. dem Magistrat der Stadt Schlitz, 6407 Schlitz,

9. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt,
Aarstraße 1, 6200 Wiesbaden.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im
Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 26. 10. 1976

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher

StAnz. 46/1976 S. 2037

1484

Einziehung einer Teilstrecke der Kreisstraße 851 in der Gemarkung Ostheim der Stadt Nidderau, Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt

Nach Verkehrsübergabe des neugebauten Anschlusses der Kreisstraße 851 an die neue Landesstraße 3347 ist die in der Gemarkung Ostheim der Stadt Nidderau im Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene alte Teilstrecke der Kreisstraße 851

von km 3,429 alt (bei km 3,429 der L 3347 neu)

bis km 3,554 alt (bei km 3,554 der K 851 neu) = 0,125 km

für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1976 eingezogen (§ 6 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntmachung schriftlich oder zur Niederschrift bei meiner Behörde Widerspruch erhoben werden.

Darmstadt, 1. 11. 1976

Der Regierungspräsident

IV/1 — 66 a 02/03 (4) — 18/76

StAnz. 46/1976 S. 2040

1485

Vorhaben der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt (Main)

Die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Frankfurt (M.), 6000 Frankfurt (Main), Friedberger Straße 430, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Müllverbrennungsanlage auf dem Grundstück in Frankfurt (M.), Flur 32, Flurstück 260/5 u. a., Grundbuch Gemarkung Seckbach, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721) i. V. m. § 1 Abs. (1) Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungspflichtige Anlagen nach dem BImSchG vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485) i. d. F. vom 19. 1. 1976 (GVBl. I S. 28) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Die mit dem Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung eingereichten Pläne und sonstigen Unterlagen liegen in der Zeit vom 16. Nov. 1976 bis 17. Jan. 1977 zwischen 9.00 und 15.30 Uhr bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen. Als Erörterungstermin, an dem die formgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erho-

ben haben, erörtert werden, wird der 1. Febr. 1977, 9.00 Uhr, bestimmt. Er findet in Frankfurt (M.), Kleiner Kasinosaal, Mainzer Landstraße 323, statt.

Ich weise gem. § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 500 Zustellungen vorzunehmen sind.

Gemäß § 10 Abs. (3) BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungsfrist vom 16. Nov. 1976 bis zum 17. Jan. 1977 bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Darmstadt, 20. 10. 1976

Der Regierungspräsident

IV 5 — 53 e 201

Frankf. Berufsgen. Unfallklinik — 3

StAnz. 46/1976 S. 2040

1486

KASSEL

Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraßen 35 und 44 in der Gemarkung Vellmar, Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel

Nach Fertigstellung und Verkehrsübergabe der Neubaustrecken im Zuge der Landesstraße 3386 und der Kreisstraße 35 sind die in der Gemarkung Vellmar im Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel, gelegenen alten Teilstrecken der Kreisstraße 35

von km 0,282 alt

bis km 0,298 alt (bei km 1,557 der L 3386 neu) = 0,016 km

und

von km 0,324 alt (bei km 1,582 der L 3886 neu)

bis km 0,511 alt (bei km 0,511 der K 35 neu) = 0,187 km

sowie der Kreisstraße 44

von km 1,204 alt (bei km 0,460 der K 35 alt)

bis km 1,220 alt (bei km 0,441 der K 35 neu) = 0,016 km,

von km 1,229 alt (bei km 0,429 der K 35 neu)

bis km 1,359 alt (bei km 1,813 der L 3386 neu) = 0,130 km

und

von km 1,398 alt (bei km 1,852 der L 3386 neu)

bis km 1,510 alt (bei km 4,492 der L 3386 alt) = 0,112 km

für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. November 1976 eingezogen (§ 6 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, 3500 Kassel, Widerspruch erhoben werden. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

Kassel, 12. 10. 1976

Der Regierungspräsident

III/4a — 66 k 04-01 B/3

StAnz. 46/1976 S. 2040

Buchbesprechungen

Arbeitssicherheit. Von Krause/Pillert/Sander. Handbuch für Unternehmensleitung, Betriebsrat und Führungskräfte. 2. bis 9. Ergänzungslieferung. Je Lieferung rd. 150 S., Seitenpreis 0,12 DM. Rudolf-Haufe-Verlag, 7800 Freiburg im Breisgau.

Das Handbuch für Arbeitssicherheit, dessen Grundwerk im Jahre 1972 erschienen ist, richtet sich insbesondere an die Betriebsleitungen, die Betriebsräte und die Führungskräfte in den Unternehmen. Die Humanisierung der zunehmend technisierten und mechanisierten Arbeitswelt erfordert, daß schon beim Planen von Produktionsabläufen, beim Einrichten neuer Arbeitsplätze ebenso wie beim Umgestalten bestehender Arbeitsmethoden mehr und mehr der Mensch mit seinen naturgegebenen Fähigkeiten als Maßstab in den Mittelpunkt gesetzt wird. Die Sicherheit am Arbeitsplatz bildet unter diesen Gesichtspunkt eine Führungsaufgabe. Die Arbeitssicherheit wird vielfach noch als eine Aufgabe von Spezialisten angesehen. Nicht selten wird die Meinung vertreten, hierfür seien allein Konstrukteure, Architekten und Ingenieure zuständig. Diese ein-

seitige Betrachtung ist abzulehnen. Arbeitssicherheit im umfassenden Sinne ist vielmehr heute ein integrierter Bestandteil unternehmerischer Tätigkeit, die von eingefahrenen Gleisen abgeht und zu einem rationalen Vorgehen führt.

Das Lösen dieser Aufgabe ist nicht nur eine große humanitäre Aufgabe, sondern auch volkswirtschaftlich von hoher Bedeutung. Moderne Gesetze unterstützen diese Bestrebungen, insbesondere das neue Betriebsverfassungsgesetz und das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Sie geben jedoch nur einen Rahmen, der aber ausgefüllt werden kann, wenn die in der Praxis stehenden verantwortlichen Mitarbeiter über die Problematik und über geeignete Ansatzpunkte zu ihrer Lösung informiert sind.

Einen Beitrag dazu will dieses Handbuch leisten. Zahlreiche Fachleute aus verschiedenen Fachrichtungen haben daran mitgewirkt, den Komplex Arbeitssicherheit aus verschiedener Richtung zu betrach-

ten und so darzustellen, daß der Leser Antwort auf Detailfragen findet und ebenso einen Gesamtüberblick vermittelt bekommt.

In der Zwischenzeit sind 9 Ergänzungslieferungen erschienen, die 9. Ergänzungslieferung im Juli 1976. In der 2. Ergänzungslieferung wurden die „Zusammenstellungen und Tabellen für die tägliche Praxis“ durch eine umfassende Übersicht über gefährliche Arbeitsstoffe ergänzt. Mit dem Aufsatz „Zur Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe“ werden Erläuterungen zu den einzelnen Abschnitten, zu ihrem rechtlichen Hintergrund und speziell zu den Änderungen gegenüber der bisherigen Lösemittel-Verordnung gegeben. Der Abschnitt Rechtliche Grundlagen/Gruppe 11 wird erweitert um den vorangehenden Überblick „Die Gewerbeordnung“.

Durch die 3. Ergänzungslieferung wurden insbesondere wichtige Gesetze und Verordnungen im Wortlaut in die Sammlung einbezogen, so das Gesetz über technische Arbeitsmittel, die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über technische Arbeitsmittel und das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Ferner wird das Arbeitssicherheitsgesetz kommentiert und ein sehr ausführlicher Beitrag „Erfassung, Auswertung und Darstellung des Unfallgeschehens“ aufgenommen.

Durch die 4. Ergänzungslieferung werden die Texte des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über das Zusammenwirken der Technischen Aufsichtsbeamten der Träger der Unfallversicherung einerseits mit den Betriebsvertretungen und andererseits mit den Gewerbeaufsichtsbehörden eingefügt. Die Aufgaben des Betriebsrates auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes, wie sie sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz des Jahres 1972 ergeben, werden ausführlich erläutert.

Die 5. Ergänzungslieferung enthält die Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe, darüber hinaus interessante Beiträge über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung sowie über die Frage, wer für die Arbeitssicherheit verantwortlich ist.

Die nächsten Ergänzungslieferungen enthalten u. a. die Verordnung über Arbeitsstätten sowie die Arbeitsstättenrichtlinien. Diese wichtige Verordnung ist im übrigen durch einen besonderen Beitrag ausführlich erläutert worden. Schließlich sind ausführliche Beiträge über die Technischen Überwachungsvereine und über die Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit aufgenommen worden, die über deren Aufgaben und Aktivitäten informieren.

Insgesamt gesehen, ist diese umfangreiche Sammlung als gelungener Versuch zu werten, die unmittelbar am Arbeitsprozeß Beteiligten, nämlich Arbeitgeber, betriebliche Führungskräfte und Betriebsräte umfangreich und ausführlich über die Fragen des Arbeitsschutzes zu informieren. Dadurch erhält gerade dieser wichtige Personenkreis die erforderlichen Grundlagen, um sich in noch stärkerem Maße an den Bemühungen um mehr Arbeitssicherheit zu beteiligen. Darüber hinaus kann das Werk aber auch allen Behörden und Organisationen, die mit Fragen des Arbeitsschutzes zu tun haben, empfohlen werden.

Gesetz über das Kreditwesen ...
gänzender Vorschriften von Heinz Beck, Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Düsseldorf, Fachanwalt für Steuerrecht. Gesamtwerk einschl. 13. Erg.-Lieferung 199,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Wiesbaden-Dotzheim.

Die 13. Ergänzungslieferung bringt die Sammlung auf den Stand von Mai 1976. Sie enthält die Kommentierung der §§ 39 (Bezeichnung „Bank“ und „Bankier“), 40 (Bezeichnung „Sparkasse“), 41 (Ausnahmen), 42 (Entscheidung des Bundesaufsichtsamtes). Der Anhang wird u. a. ergänzt durch den 2. Teil des Wettbewerbsberichtes der Bundesregierung und im übrigen auf den neuesten Stand gebracht.

Das zwischenzeitlich ergangene Zweite Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen vom 24. 3. 1976 (BGBl. I S. 725), das z. T. grundlegende Änderungen gebracht hat, und die Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über das Kreditwesen vom 3. 5. 1976 (BGBl. I S. 1121) sind eingefügt. Damit sind nunmehr die Voraussetzungen für eine zügige Vervollständigung der Kommentierung gegeben. Der der Kommentierung der einzelnen Paragraphen vorausgeschickte Gesetzestext bezieht sich noch auf die bisherige Gesetzesfassung.

Regierungsdirektor A p p e l

Besonderes Verwaltungsrecht. Hrsg. von Ingo von Münch, 4. Aufl., 1976, XXI/786 S., 56,— DM, Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin. Das nunmehr in der 4. Auflage vorliegende Lehrbuch „Besonderes Verwaltungsrecht“ beruht in seiner Grundkonzeption auf der Zusammenarbeit von 11 Autoren aus 11 Universitäten.

Das Resultat ist, wie bei den Voraufgaben, auch jetzt wieder ein Lehrbuch, das notwendigerweise die Vielfalt der Meinungen besser wiedergibt, als das bei vergleichbaren Werken, die von einem Autor allein verfaßt werden, der Fall sein kann.

Die vorgenannte Konzeption der Zusammenarbeit mehrerer Autoren ist dem Besonderen Verwaltungsrecht, als einem Rechtsgebiet, das aus sehr verschiedenen Teilgebieten besteht und durch die unterschiedlichen Regelungen der einzelnen Landesgesetze eine weitere Dimension der Differenzierung erfährt durchaus angemessen. Mit der vorliegenden 4. Auflage wird das Werk auf den neuesten Stand gebracht. Der Abschnitt Sozialverwaltungsrecht ist auf Grund der in der letzten Zeit erfolgten starken gesetzgeberischen Aktivitäten auf diesem Gebiet völlig umgeschrieben worden.

Am 1. 1. 1976 ist der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches in Kraft getreten (BGBl. I 1975 S. 3015). Er soll ein erster Schritt auf dem Weg sein, das Sozialrecht nach einheitlichen Grundsätzen zusammenzufassen und seine Anwendung durch Verwaltung und Rechtsprechung zu erleichtern. Zugleich soll das Rechtsverständnis des Bürgers und sein Vertrauen in den sozialen Rechtsstaat gefördert, Rechtssicherheit gewährleistet und einer Entfremdung zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und Recht entgegen gewirkt werden. Der Abschnitt Sozialverwaltungsrecht der vorliegenden Neuauflage trägt der modernen Entwicklung des Sozialrechts in vorbildlicher Weise Rechnung und erschließt dem interessierten Leser durch umfangreiche Quellenhinweise die ganze Breite des hierzu bereits entwickelten Schrifttums.

Neben dem Sozialverwaltungsrecht bedurfte vor allem der Abschnitt Wirtschaftsverwaltungsrecht der Aktualisierung. Mit der Neuauflage ist dies umfassend und gründlich geschehen. Die Verfasser verweisen im übrigen dankenswerter Weise in allen einschlägigen Zusammenhängen auf bevorstehende Rechtsänderungen, die zum Zeit-

punkt der Neuauflage des Lehrbuches noch nicht in Kraft getreten, aber doch voraussehbar waren. Auch soweit Gesetzesänderungen noch nicht absehbar, aber bereits in der Diskussion sind, werden sie von den Autoren berücksichtigt.

So z. B. der „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes“, der von der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren des Bundes und der Länder am 20. Juni 1975 erstmals vorgelegt wurde und inzwischen durch Beschluß dieses Gremiums vom 11. Juni 1976 seine vorläufig letzte Fassung gefunden hat.

Dem Herausgeber kann bescheinigt werden, daß er mit der 4. Auflage des vorliegenden Lehrbuches dem Lernenden wie auch dem Praktiker eine übersichtliche und gleichzeitig gründliche Orientierung zu den Fragen des besonderen Verwaltungsrechts ermöglicht. Die Neuauflage bestätigt erneut die Richtigkeit der Grundkonzeption des Werkes und verdient das Interesse all derer, denen es um eine straffe, aber gleichwohl umfassende Information über die Fragen des besonderen Verwaltungsrechts zu tun ist.

Regierungsrat z. A. P a r a v i c i n i

Arbeitsstätten. Arbeitsstätten-Verordnung mit ausführlichen Erläuterungen, Arbeitsstätten-Richtlinien, sonstige für Arbeitsstätten wichtige Vorschriften, Regeln und Normen. Herausgegeben von Ministerialrat Dipl.-Ing. Rainer Oppermann und Regierungsgewerbedirektor Dipl.-Ing. Dr. Wilhelm Streit, Lose-Blattsammlung DIN A 5, Plastikordner, 2. Ergänzungslieferung, Gesamtwerk einschl. 2. Ergänzungslieferung 99,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun & Co. KG, Mainz—Wiesbaden.

Die Sammlung „Arbeitsstätten“—dies den Wortlaut der Arbeitsstätten-Verordnung, die amtliche Begründung, die Entscheidung des Bundesrates zur Verordnung, eine umfangreiche Einführung in die Arbeitsstätten-Verordnung, ausführliche Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen der Verordnung enthält und jeweils um die bekanntgemachten Arbeitsstätten-Richtlinien erweitert wird und eine umfangreiche Sammlung der Rechtsvorschriften, die im Zusammenhang mit Arbeitsstätten Bedeutung haben, beinhaltet, stellt eine umfassende Information über die Anforderungen des Arbeitsschutzes an Arbeitsstätten dar.

Durch die 2. Ergänzungslieferung, die u. a. die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in den Ausgaben Juni und September 1976 des Bundesarbeitsblatts, Fachtteil Arbeitsschutz, veröffentlichten vier neuen Arbeitsstätten-Richtlinien und die in der Zwischenzeit notwendig gewordenen Berichtigungen einiger bisher bekanntgegebener Arbeitsstätten-Richtlinien berücksichtigt, wurde das Handbuch auf den neuesten Erkenntnisstand gebracht. Wie bereits in der 1. Ergänzungslieferung sind die Arbeitsstätten-Richtlinien zur Interpretation und zur ergänzenden Erläuterung mit Anmerkungen versehen.

Neu mit aufgenommen wurden in der 2. Ergänzungslieferung die z. Z. vorliegenden Zuständigkeitsverordnungen der Länder. Das Bauordnungsrecht ist um zwei Landesbauordnungen und die Geschäftshausverordnung dreier Länder — u. a. Geschäftshausverordnung des Landes Hessen vom 4. Juni 1973 — weiter vervollständigt worden.

Durch das mitgelieferte Daumenregister wird die Übersichtlichkeit der Sammlung erhöht und das Aufsuchen einzelner Bestimmungen und Erläuterungen erleichtert.

Gewerberat Dr. F i s c h b a c h

Rechtsgrundlagen der Rehabilitation. Von Jung/Preuß. 5. Ergänzungslieferung, Stand: 1. 4. 1976 — Verlag R. S. Schulz A-Reha, BVG i. d. F. d. Bekanntmachung vom 22. 6. 1976, BSHG i. d. F. d. Bekanntmachung vom 13. 2. 1976.

Die Gesetzgebung im sozialen Bereich kennt keinen Stillstand. Dementsprechend sind die Gesetzessammlungen laufend dem neuesten Stand anzupassen. Die 5. Ergänzungslieferung enthält die neue Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter (A-Reha) vom 31. 7. 1975, das BVG und das BSHG in der Form der seit 1976 geltenden Bekanntmachungen sowie einige geänderte Ausführungsgesetze der Länder zum BSHG, Landesblindengeldgesetze, Landeskrankenhausgesetze sowie die Landesverordnung Rheinland-Pfalz über Anforderungen an bestimmte häusliche Anlagen zugunsten von Müttern mit Kleinkindern, von Behinderten und alten Menschen.

Ministerialrat Dr. R e n d s c h m i d t

Menschenführung als Aufgabe. Von Ernst Korff, 5. Auflage, 1976, 93 S., 8,— DM. I. H. Sauer-Verlag GmbH, Heidelberg.

Die schon weit verbreitete Schrift des Verfassers des inzwischen verstorbenen Diplom-Psychologen Ernst Korff ist in allen Ausführungen unverändert aktuell. In der nun vorliegenden 5. Auflage wurden unwesentliche Einzelheiten neu gefaßt und im Schrifttumsverzeichnis die Neuerscheinungen berücksichtigt.

Wie die Höhe der bisherigen Auflagen beweist, dürfte das Thema der Schrift einem echten Bedürfnis der Führungskräfte entsprechen. Der Verfasser war der Hoffnung, daß die Schrift die Führungskräfte veranlaßt, in Arbeitsbesprechungen und Mitarbeitergesprächen Fragen der Menschenführung zu erörtern, um die Mitarbeiter für ihre Arbeit zu motivieren und zu freier und offener Aussprache zu befähigen. Die Mitarbeiter sollen stärker als bisher mit ihrer Aufgabe identifiziert werden, um nicht nur ihre Pflichten zu erfüllen, sondern sich auch aktiv beteiligen, mitdenken, mitberaten und mitverantworten. Die Bereitschaft zum Um- und Neuernen in allen Arbeitsbereichen wird vorausgesetzt. Organisationen können lebendig und zum Wohle aller ihren Zweck erfüllen, wenn Dynamik, Organisation und Führungsstil aufeinander abgestimmt sind. Das Taschenbuch gibt eine Einführung, eine systematische Zusammenfassung und ein kurzgefaßtes Schulungswerk für Vorgesetzte aller Rangstufen, für den Nachwuchs und alle, die „Menschenführung als Aufgabe“ zu betreiben haben.

Regierungsobererrat B e c h l i n g e r

Das neue Bundesbaugesetz. Leitfaden für die Praxis. Von Bielenberg/Dyong. 344 S., 36,— DM. Verlag für Verwaltungspraxis, Franz Rehm, München.

Rechtzeitig zum Inkrafttreten der auf dem Änderungsgesetz vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2221) beruhenden Neufassung des Bundesbaugesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) am 1. Januar 1977 erscheint der von den maßgeblichen Bearbeitern beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau herausgegebene Leitfaden, der knapp, aber doch eingehend über die eintretenden Änderungen unterrichtet.

In Teil A des Leitfadens wird der gesamte neue Text des Bundesbaugesetzes dem bis zum 31. Dezember 1976 geltenden Text gegenübergestellt. Hierdurch erlangt der Leser einen schnellen Überblick über die Änderungen. Dies wird dadurch unterstützt, daß die Änderungen drucktechnisch besonders hervorgehoben sind.

Teil B bringt einen kurzen Überblick über den Gang des Gesetzgebungsverfahrens, die Grundzüge des Änderungsgesetzes sowie die wesentlichen Änderungen des Bundesbaugesetzes, des Städtebauförderungsgesetzes und sonstiger Gesetze und gibt einen Ausblick auf weitere Entwicklungen des Städtebaurechts, insbesondere auf eine zweite Gesetzesnovelle und eine Überarbeitung der Baunutzungsverordnung.

In Teil C sind die Änderungen im einzelnen erläutert. Die Erläuterungen beschränken sich nicht auf die Wiedergabe der Gesetzesbegründung und des Berichtes des federführenden Bundestagsausschusses, sondern gibt darüber hinaus und in erster Linie wesentliche Hinweise für die Praxis der Gesetzesanwendung. Sie beziehen auch — jeweils bei den einzelnen Teilbereichen des Gesetzes behandelt — die Überleitungsvorschriften ein und geben insbesondere genaue Auskunft über die Anwendung der neuen Vorschriften in laufenden Verfahren.

Die besondere Eignung des Leitfadens zur schnellen, aber umfassenden Information macht ihn für Gemeinden, Bauaufsicht und sonstige Verwaltung, aber auch für alle an der Bauplanung und am Baugeschehen Beteiligten empfehlenswert.

Ministerialrat Fritz Heinz Müller

Bundesversorgungsgesetz — Soldatenversorgungsgesetz. 18. Ergänzungslieferung, Stand August 1976, 370 S., 15,80 DM; Grundwerk rd. 1220 S., in Plastikordner, 29,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Seitdem die letzte Ergänzungslieferung vor etwas mehr als einem Jahr erschienen ist (StAnz. 1975 S. 2060), haben sechs Gesetze das Bundesversorgungsgesetz geändert. Die Änderungen des Gesetzestextes sind in der hier regelmäßig besprochenen Vorschriftensammlung eingearbeitet. Die Übergangsvorschriften des besonders wichtigen 8. Anpassungsgesetzes und des Haushaltsstrukturgesetzes sind unter den Nummern 9 f und 203 abgedruckt. Wegen der vielen Änderungen des Soldatenversorgungsgesetzes mußte dessen Textabdruck voll ausgetauscht werden.

Neu sind der Sammlung eingefügt die (11.) Anrechnungsverordnung 1976/77 (Nr. 37) und das Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (Nr. 170).

Neu ist auch der Allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches (Nr. 11), der einen Überblick über die Rechtsquellen der sozialen Rechte bringt und Allgemeines über die Sozialleistungen und Leistungsträger regelt. Ein weiterer Abschnitt des Sozialgesetzbuches bietet ge-

meinsame Vorschriften für alle Sozialleistungsbereiche. Sie sind mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz abgestimmt und bilden neben der neuen Abgabenordnung eine der drei Säulen des Verwaltungsverfahrensrechts. Das Sozialgesetzbuch hat u. a. auch das Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegspopferversorgung (Nr. 70) den neuen Verfahrensgrundsätzen angepaßt, so daß die Neufassung des Gesetzes notwendig war.

Mit diesen und weiteren Änderungen befindet sich die Textsammlung auf dem Stand vom August 1976.

Ministerialrat Dr. Reuß

Bundesbaugesetz. Kommentar von Ernst/Zinkahn/Bielenberg. 20. Lieferung, 280 S., 32,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die 20. Lieferung des als Loseblattsammlung geführten Kommentars zum Bundesbaugesetz, die zugleich die 3. Ergänzungslieferung zur 2. Auflage darstellt, enthält im wesentlichen die vollständige Überarbeitung der Erläuterungen zum Sechsten Teil des Gesetzes, d. h. zu den Vorschriften über die Erschließung und den Erschließungsbeitrag. Anlaß hierzu gab die umfangreiche, sich rasch fortentwickelnde Rechtsprechung zu diesem Rechtsgebiet und eine Vielzahl neuer Erkenntnisse, die teilweise eine Neubearbeitung der Erläuterungen aus den Jahren 1969 und 1970 erforderlich machten.

Die überarbeitete Fassung gibt den Rechtszustand vom Mai 1976 wieder; sie berücksichtigt daher noch nicht die — allerdings nur geringen — Änderungen, die der Sechste Teil durch das Gesetz zur Änderung des Bundesbaugesetzes vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2221) erfahren hat.

Im übrigen bringt die Lieferung Ergänzungen der Kommentierung der §§ 38 und 160. Im Textteil ist die Änderung durch das Gesetz über den Bau und den Betrieb von Versuchsanlagen zur Erprobung von Techniken für den spurgeführten Verkehr vom 29. Januar 1976 (BGBl. I S. 241) berücksichtigt.

Ministerialrat Fritz Heinz Müller

Dienst-, Sozial- und Steuerrecht im öffentlichen Dienst (DIESO) — Tarifrecht. Loseblatt-Tarifsammlung. Herausgegeben von Dr. Georg Bretschneider, Vizepräsident des Bundesrechnungshofes a. D. unter Mitarbeit von Ltd. Min.-Rat Dr. Karlheinz Kiefer, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Bonn. 41. und 42. Ergänzungslieferung, 188 bzw. 148 Seiten; Gesamtwerk in 2 Kunstledersammelordnern 42,— DM. Hermann Luchterhand-Verlag, 8458 Neuwied/Rhein.

Die im August dieses Jahres erschienene 41. Ergänzungslieferung dient vornehmlich der Einarbeitung der am 17. Mai dieses Jahres vereinbarten Vergütungs- und Lohnarbeitsverträge. Im übrigen werden mit beiden Ergänzungslieferungen Änderungen und Ergänzungen verschiedener tarifvertraglicher Vorschriften berücksichtigt; hierbei ist besonders der 11. Änderungstarifvertrag vom 11. Februar 1976 zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer kommunaler Verwaltungen und Betriebe zu erwähnen.

Das Gesamtwerk ist besprochen in StAnz. 1973 S. 527. Auf die Möglichkeit, sich die umfassende Tarifsammlung für 4 Wochen kostenlos und unverbindlich vom Verlag zusenden zu lassen, darf erneut hingewiesen werden.

Regierungsobererrat Ramdohr

Preußischer Adler und Hessischer Löwe

Dokumentarischer Rückblick auf die
hundertjährige wechselvolle Vergangenheit
des Regierungsbezirks Wiesbaden
Von Regierungsvizepräsident Dr. Müller †

Als Geschenk empfohlen!

Umfang 440 Seiten und 48 Seiten Abbildungen
auf Kunstdruckpapier im Format 17 × 23,7 cm.
1/2-Leinendecke mit Gold- und Farbprägung
Mehrfarbiger Schutzumschlag, zweiseitig cellophanisiert.
Preis 24,50 DM (zuzügl. Verpackung und 5,5% MwSt.).



Bestellungen durch Ihre Buchhandlung oder beim Verlag
Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG.
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon: Sammelnummer 39671

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1976

MONTAG, 15. NOVEMBER 1976

Nr. 46

Veröffentlichungen

4874

Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises

Der Dienstaussweis Nr. 9 für den Hilfspolizeibeamten Reinhold Mehrfeld, geboren am 27. 1. 1945, ausgestellt vom Magistrat der Stadt Hofheim am Taunus im Jahre 1973, wird hiermit für ungültig erklärt.

6238 Hofheim (Taunus), 28. 10. 1976

Der Magistrat

Gerichtsangelegenheiten

4875

VIII 119: Herrn Rechtsbeistand Dr. Heinz Klonka, Buchweg 1, 6079 Buchschlag, habe ich das Auftreten in mündlicher Verhandlung vor dem Amtsgericht Langen gestattet.

6100 Darmstadt, 1. 11. 1976

Der Präsident des Landgerichts

4876

371 Ea — 11 — 6: Herrn Steuerberater Dr. Klaus Lippmann, geb. am 17. 12. 1940 in Hartha, Schloßborner Weg 9, 6246 Glashütten/Ts. 1, wurde die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung und der Einziehung fremder oder zu Einziehungszwecken abgetretener Forderungen mit Ausnahme auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht, Zwangsvollstreckung sowie Konkurs- und Vergleichsverfahren erteilt mit der Auflage, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

6000 Frankfurt (Main), 1. 11. 1976

Der Präsident des Landgerichts

4877

371a E — 1.1407 — Erlaubnisurkunde: Herr Dr. jur. Erich Hermann Dietsch, geb. am 25. 3. 1913 in Plauen, wohnhaft Hamburger Straße 36—38, 6236 Eschborn, Büro Brentanostraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1, wird auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten mit Ausnahme des Gebiets der gesetzlichen Sozialversicherung erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. AusfVO zum Rechtsberatungsgesetz vom 3. 4. 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand“ erlaubt. Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Frankfurt am Main.
6000 Frankfurt (Main), 1. 11. 1976

Der Präsident des Amtsgerichts

Güterrechtsregister

4878

GR 1660 — 5. 10. 1976: Artur Josef Rudolf Hammerl, Zimmermeister, und Ingrid Maria Hammerl geb. Bröckl, beide in Oberursel/Ts.

Durch Vertrag vom 13. 8. 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

6380 Bad Homburg v. d. H., 2. 11. 1976

Amtsgericht

4879

GR 416 — Neueintragung — 28. Oktober 1976: Die Eheleute Kaufmann Hans Peter Amann und Renate geb. Kreuder, Eichendorffstraße 25, 3568 Gladenbach, haben durch Ehevertrag vom 20. 8. 1976 Gütertrennung vereinbart.

3560 Biedenkopf, 27. 10. 1976

Amtsgericht

4880

3 GR 265: Eheleute Kaufmann Dr. Friedrich Anton Heinemeyer und Agnes Heinemeyer geb. Stumpf, Kirchhainer Str. 19, Amöneburg-Mardorf.

Durch notariellen Vertrag vom 8. April 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

3575 Kirchhain, 25. 10. 1976

Amtsgericht

4881

8 GR 759 — Neueintragung — 26. Oktober 1976: Eheleute Malermeister Bernd Strehler, geb. am 12. 6. 1942, und Sigrid Heide-rose Strehler, geb. Kühner, geb. am 26. 9. 1942, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus), Stadtteil Oberhöchstadt.

In der notariellen Urkunde vom 26. 8. 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

6240 Königstein, 2. 11. 1976

Amtsgericht

4882

GR 949 — Neueintragung — 29. Oktober 1976: Horst Wilhelm Fett, Dipl.-Volkswirt, und Annemarie Fett geb. Henkel, beide Am Richtsberg 2, Marburg (Lahn).

Durch notariellen Vertrag vom 1. Oktober 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

3550 Marburg (Lahn), 29. 10. 1976

Amtsgericht

4883

GR 362 — Neueintragung — 18. 10. 1976. Eheleute Peter-Michael Sarp, kaufmännischer Angestellter in Rüdesheim a. Rhein, Friedrichstraße 38, und Maritta Margarete Sarp, geb. Zimmer.

Durch Vertrag vom 4. September 1976 ist Gütertrennung vereinbart und auf bisher evtl. entstandene Ansprüche auf Ausgleich des Zugewinns für die Vergangenheit verzichtet.

6220 Rüdesheim (Rhein), 18. 10. 1976

Amtsgericht

4884

GR 3616 — 1. 10. 1976: Berger, Hans-Joachim, geb. Stoffel, und Gudrun Berger, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 3. August 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3617 — 5. 10. 1976: Heiter, Kurt Conrad, kaufmännischer Angestellter, und Heidi, geb. Cipriano, in Wiesbaden-Igstadt.

Durch Ehevertrag vom 27. August 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3618 — 5. 10. 1976: Albrecht, Reinhard, Polizeihauptmeister, und Waltraud, geb. Schneider, Lochsaalleiterin, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 9. März 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3619 — 11. 10. 1976: Wollenweber, Günter, Handelsvertreter, und Edeltraud, geb. Krüger, Angestellte, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 8. September 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3620 — 19. 10. 1976: Lerch, Helmut, Radio- und Fernstechniker, und Birgitta, gen. Birgit, geb. Prösdorf, Sekretärin, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 27. Januar 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3621 — 18. 10. 1976: Knoll, Dieter, Postoberschaffner, und Ingrid, geb. Bork, kaufmännische Angestellte, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 18. Juni ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3622 — 19. 10. 1976: Schmidt, Kuno, Kaufmann, und Regina, geb. Hasselbach, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 18. Juli 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3623 — 18. 10. 1976: Kreß, Joachim, Kaufmann, und Karin, geb. Fischer, Kauf-
frau, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 15. September 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3624 — 18. 10. 1976: Fischer, Manfred, Architekt, und Karin, geb. Zimmermann, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 28. September 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3625 — 25. 10. 1976: Zimmermann, Bernd Otto, kaufmännischer Angestellter, und Christiane Johanna Emmi, geb. Schmidt, Stewardesse, in Wiesbaden-Biebrich.

Durch Ehevertrag vom 29. Juni 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3626 — 29. 10. 1976: Longen, Klaus-Herbert, Student, und Brigitte Traude Longen-Meister, geb. Meister, Diplom-Psychologin, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 30. Januar 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3627 — 1. 11. 1976: Schlicht, Klaus-Jürgen, Tankwart, und Anne Marie, geb. Ewig, in Wiesbaden-Biebrich.

Durch Ehevertrag vom 13. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3628 — 4. 11. 1976: Weiß, Hans Johann Adam, Architekt, und Margarete Martha Johanna, geb. Gottschalk, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 1. September 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 499 A — 6. 10. 1976: Fillbach, Adolf, Kaufmann, und Maria, geb. Michel, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 11. September 1976 ist Gütertrennung aufgehoben und Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

6200 Wiesbaden, 4. 11. 1976

Amtsgericht, Abt. 22

Vereinsregister

4885

VR 418 — Neueintragung — 5. 11. 1976: Christusträger-Schwesternschaft, Bensheim.

6140 Bensheim, 5. 11. 1976

Amtsgericht

4886

6 VR 358 — Neueintragung — 28. Oktober 1976: Förderverein der Bildungsstätte „Deutschland-Seminar“ Altenburschla/Obersuhl, Eschwege.

3440 Eschwege, 28. 10. 1976

Amtsgericht

4887

Der Verein Motor-Sport-Club 70 Fuldabrück e. V. im ADAC in Fuldabrück ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation.

Die Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche gegen den Verein bis zum 31. 1. 1977 bei den nachstehend aufgeführten Liquidatoren anzumelden.

Wilfried Tilgner, Am Schützenhof 23, 35 Kassel.

Manfred Heyser, Parkstraße 11, 3501 Fuldabrück 2.

Jürgen Hess, Berliner Straße 2, 3501 Fuldabrück 2.

3501 Fuldabrück, 5. 10. 1976

H.-J. Hess

4888

VR 322 — Neueintragung — 3. November 1976: Fußball-Werbung, Herborn. Sitz: 6348 Herborn.

Die Satzung ist am 3. Juni 1976 errichtet.

6348 Herborn, 3. 11. 1976

Amtsgericht

4889

VR 146: Alten- und Krankenpflege Homberg, Homberg Bez. Kassel.

3588 Homberg Bez. Kassel, 1. 11. 1976

Amtsgericht

4890

6 VR 559 — Neueintragung — 3. 11. 1976: Arbeitsgemeinschaft Essen auf Rädern, Goddelau-Wolfskehlen.

6080 Groß-Gerau, 3. 11. 1976

Amtsgericht

4891

8 VR 529 — Neueintragung — 1. November 1976: Verein Gemeinschaft für vernünftige Verkehrsführung e. V. in Kronberg (Taunus) — Stadttteil Oberhöchstädt.

6240 Königstein, 1. 11. 1976

Amtsgericht

4892

4 VR 343 — Neueintragung: Briefmarkensammlerverein Langen, Langen.

6070 Langen, 28. 10. 1976

Amtsgericht

4893

5 VR 959 — Neueintragung — 18. 10. 1976: Kleingärtner-Verein Offenthal-Süd, Sitz: Offenbach a. M.

6050 Offenbach (Main), 2. 11. 1976

Amtsgericht, Abt. 5

4894

VR 306 — Neueintragung — 1. 9. 1976: Rassegeflügel-Zuchtverein 1936 (RGZV).

Sitz: Rüdesheim am Rhein.

6220 Rüdesheim (Rhein), 29. 10. 1976

Amtsgericht

4895

VR 239 — 28. 10. 1976: Turn- und Spielverein Eschbach 1901, Sitz: Eschbach.

6390 Usingen, 28. 10. 1976

Amtsgericht

4896

VR 373 — Neueintragung — 1. November 1976: Turn- und Sportverein 1898 Winkels in Mengerskirchen-Winkels.

6290 Weilburg (Lahn), 1. 11. 1976

Amtsgericht

4897

VR 857 — Neueintragung: Der Verein „Tennisclub Garbenheim“ in Garbenheim ist heute unter Nr. 857 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Wetzlar eingetragen worden.

Die Satzung ist am 27. August 1976 errichtet.

6330 Wetzlar, 1. 11. 1976

Amtsgericht

4898

VR 1865 — 24. 9. 1976: Männergesangsverein „Frohsinn“ 1859 Wiesbaden-Bierstadt e. V., Wiesbaden.

VR 1866 — 27. 9. 1976: Nauroder Tennis-Club, Naurod/Ts.

VR 1867 — 28. 9. 1976: Wiesbadener Künstlerhaus, Wiesbaden.

VR 1868 — 6. 10. 1976: Verein für soziale Lebensgestaltung, Wiesbaden.

VR 1869 — 12. 10. 1976: Verein für Lohnsteuerhilfe deutscher und ausländischer Arbeitnehmer, Wiesbaden.

VR 1871 — 25. 10. 1976: Club der Wassersportfreunde e. V. Wiesbaden, Wiesbaden.

VR 1506 — 26. 10. 1976: Verband der Brot- und Backwarenindustrie Hessen, Wiesbaden.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 11. Mai 1976 ist der Verein aufgelöst.

6200 Wiesbaden, 4. 11. 1976

Amtsgericht, Abt. 22

Vergleiche — Konkurse

4899

81 N 136/75 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Chemie-Technik Ges. mbH, Ostparkstraße 25—29, 6000 Frankfurt (Main), wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 14. Januar 1977, vormittags, 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (M.), I. Stock, Zimmer 137, Gebäude B, anberaumt.

6000 Frankfurt (Main), 2. 11. 1976

Amtsgericht, Abt. 81

4900

81 N 476/76 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Wilfried Hecker, Mainstraße 39, 6234 Hattersheim-Okriftel, Inh. der nicht eingetragenen Firma Hecker u. Co., Datenerfassung, gleiche Anschrift, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt (§ 204 KO).

6000 Frankfurt (Main), 4. 11. 1976

Amtsgericht, Abt. 81

4901

4 N 8/76: Über das Vermögen der Kaufrau Ruth Otto, Valterweg 1, Bremthal, wird heute, am 4. November 1976, 8.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Schuldnerin, wie sich aus der Antragschrift des Finanzamts in Frankfurt-Höchst vom 29. 3. 1976, in Verbindung mit der Stellungnahme derselben vom 11. 10. 1976 ergibt, zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Berger in Idstein.

Konkursforderungen sind bis zum 3. 12. 1976 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung angemeldeter Forderungen am Mittwoch, dem 15. 12. 1976, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstraße 1, 6270 Idstein, I. Stockwerk, Zimmer 15.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 2. 12. 1976 anzeigen.

Post- und Telegrafensperre wird angeordnet. Zur Hinterlegungsbank wird die Nassauische Sparkasse, Hauptzweigstelle Idstein, bestimmt.

6270 Idstein, 4. 11. 1976

Amtsgericht

4902

65 N 128/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Armaturenfabrik H. Schubart & Co. Kommanditgesellschaft, Emmerichstraße 13—15, Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 22. Februar 1977, 8.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Straße 9, Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

3500 Kassel, 29. 10. 76

Amtsgericht, Abt. 65

4903

65 N 93/76 — Konkurs: Über das Vermögen des Möbelkaufmanns Jürgen Wagentrotz, Wilhelmshöher Allee 176, 3500 Kassel, jetzt Fohlenackerweg 5, bei Weiß, ist am 4. November 1976, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Ziegler, Ständeplatz 2, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar 1977 beim Gericht — zweifach — anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 15. Dezember 1976, 8.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 16. März 1977, 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß).

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. November 1976 anzeigen.

3500 Kassel, 4. 11. 1976

Amtsgericht, Abt. 65

4904

65 N 116/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Frau Inge Fröhlich, geb. Vierfuß**, Inhaberin der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Inge Fröhlich, Haushaltswaren, Korbacher Straße 81, 3500 Kassel, ist Termin zur Beschlussfassung der Gläubigerversammlung über den Widerruf der Bestellung zum Mitgliede des Gläubigerausschusses, eintretendenfalls zur Wahl von Mitgliedern des Gläubigerausschusses, auf den 21. Dezember 1976, 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

3500 Kassel, 3. 11. 1976

Amtsgericht, Abt. 65

4905

65 VN 4/76: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des **Schreiners Adolf Böttcher, Hans-Böckler-Straße 4, 3501 Niestetal-Sandershausen**, ist aufgehoben, nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß der Schuldner den im Termin am 24. August 1976 angenommenen und mit Beschluß vom 31. 8. 1976 bestätigten Vergleich erfüllt hat (§ 96 Abs. IV Vgl. O.).

3500 Kassel, 25. 10. 1976

Amtsgericht, Abt. 65

4906

5 N 19/74: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der **Frau Anna Berta Charlotte Münchow geb. Kuratis**, zuletzt wohnhaft gewesen in 3576 Rauschenberg, ist Schlußtermin gemäß § 162 KO auf den 15. Dezember 1976, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3575 Kirchhain, Saal 20, bestimmt.

Weitere Tagesordnung: Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an den Konkursverwalter. Eine Schlußverteilung findet nicht statt.

3575 Kirchhain, 2. 11. 1976

Amtsgericht

4907

5 N 18/72: In dem Nachlaßkonkurs über das Vermögen der am 5. 10. 1971 verstorbenen **Rosa Kress**, letzter Wohnsitz: Wildscheuerweg 8, Buchschlag, Inhaberin des Schuhsalons „Dagmina“, Offenbach/M., ist Schlußtermin bestimmt auf Mittwoch, den 15. Dezember 1976, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, 6070 Langen, Saal 20.

Der Termin dient der Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und der Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Ein verfügbarer Massebestand besteht nicht mehr. Das Schlußverzeichnis liegt bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht auf.

6070 Langen, 4. 11. 1976

Der Konkursverwalter:
Dr. Gerhard Hödl
Rechtsanwalt

4908

7 N 2/76 — **Beschluß**: In dem Anschluß-Konkursverfahren über das Vermögen der **TAPA Gaststättenbetriebs GmbH in Marburg/Lahn**, vertr. d. i. Geschäftsführer Ernst Schuldes, Carl-Strehl-Str. 8, 3550 Marburg/Lahn, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, ggfs. zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Anhörung über

die Festsetzung der Vergütung des Konkursverwalters, Termin auf den 10. Dezember 1976, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Universitätsstraße 48, Marburg/Lahn, III. Stock, Zimmer 351, bestimmt.

3550 Marburg (Lahn), 15. 10. 1976

Amtsgericht, Abt. 7

4909

N 30/76: Über das Vermögen der im Handelsregister des Amtsgerichts Seligenstadt unter Nr. HR B 579 eingetragenen Firma „**Utronic**“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung **W. Schilling**, Daimlerstraße 15/17, 6051 Weiskirchen, wird heute, am 2. November 1976, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Klaus Siebicke, Chemnitzer Straße 16, 6051 Weiskirchen.

Konkursforderungen sind bis zum 1. 12. 1976 2fach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am Montag, dem 13. 12. 76, 9.00 Uhr, Prüfungstermin am Montag, dem 17. 1. 77, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Giselstraße 1, Seligenstadt, Erdgeschoß, Saal 1.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 25. 11. 1976 ist angeordnet.

6453 Seligenstadt, 2. 11. 1976

Amtsgericht

4910

62 N 93/76 — **Beschluß**: Über das Vermögen des Betriebswirts grad. **Rolf Heinz Habermehl**, Faakerstraße 15, 6200 Wiesbaden, wird heute, am 2. November 1976, 13.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner zahlungsunfähig ist und einen entsprechenden Antrag gestellt hat.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Kurt Joachim, Oranienstraße 52, 6200 Wiesbaden.

Konkursforderungen sind bis zum 16. Dezember 1976 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung angemeldeter Forderungen am Mittwoch, dem 29. Dezember 1976, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstraße 2, Wiesbaden, II. Stockwerk, Zimmer 243.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 16. Dezember 1976 anzeigen. Es wird Postsperrung angeordnet.

6200 Wiesbaden, 2. 11. 1976

Amtsgericht

4911

62 N 125/75 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 7. 8. 1975 verstorbenen **Kauffrau Hildegard Elise Oberauer geb. Hohl**, zuletzt wohnhaft gewesen in Friedenstr. 38, 6200 Wiesbaden — Konkursverwalter: Hans von Briel, Kaiser-Friedrich-Ring 47, 6200 Wiesbaden —, wird die Gläubigerversammlung auf Mittwoch, den 1. Dezember 1976, 14.30 Uhr, auf Saal 243, des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung: 1. Bericht des Konkursverwalters, 2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen, 3. Verschiedenes.

6200 Wiesbaden, 3. 11. 1976

Amtsgericht

4912

62 N 59/68 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Kramsta-Methner und Frahne AG i. L., Wilhelminenstr. 22, 6200 Wiesbaden**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6200 Wiesbaden, 27. 10. 1976

Amtsgericht

4913

62 N 40/76 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 3. Februar 1976 in Wiesbaden verstorbenen, zuletzt Schiersteiner Str. 4, 6200 Wiesbaden, wohnhaft gewesen **Georg Cotaé**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 5. Januar 1977, 9.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 500,— DM (Fünfhundert) Deutsche Mark, die zu erstattenden Auslagen werden auf 50,— DM festgesetzt.

6200 Wiesbaden, 2. 11. 1976

Amtsgericht

4914

62 N 21/76 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der **Gastwirtin Artrid Drumm, Marcobrunner Str. 9, Wiesbaden**, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6200 Wiesbaden, 27. 10. 1976

Amtsgericht

4915

62 N 103/75: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des **Malermalers Hermann Cohn, Gartenstr. 2, Wiesbaden-Sonnenberg**, ist Schlußtermin auf Mittwoch, den 8. Dezember 1976, 14.00 Uhr, Zimmer 243, vor dem Amtsgericht Wiesbaden, bestimmt.

Die Summe der angemeldeten Forderungen beläuft sich auf DM 61 150,96. Zur Verteilung gelangt ein Betrag von etwa DM 1 300,00.

6200 Wiesbaden, 29. 10. 1976

Der Konkursverwalter:
gez. Friczewsky
Rechtsanwalt

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen las-

sen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

4916

K 9/75: Das im Grundbuch von Brauerschwend, Band 12, Blatt 533, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Brauerschwend, Flur 1, Flurstück 175/2, Hof- und Gebäudefläche, Rainröder Straße 4, Größe 19,22 Ar, soll am 10. Februar 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Amthof 12, 6320 Ailsfeld, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 12. 5. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Marlies Dietz, Kindergärtnerin, Rainröder Straße 4, Schwalmtal, Ortsteil Brauerschwend.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 139 220,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6320 Ailsfeld, 26. 10. 1976 **Amtsgericht**

4917

K 40/74: Das im Grundbuch von Mansbach, Band 28, Blatt 778, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mansbach, Flur 21, Flurstück 46/22, Hof- und Gebäudefläche, Neue Ellerstraße Haus Nr. 20, Größe 7,56 Ar,

soll am 12. Januar 1977, 9.00 Uhr, im Sitzungssaal der Zivilabteilung im Gebäude Im Vogelgesang 2 a, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 1. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Elisabeth Salomo geb. Bock in Hohenroda/OT Mansbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 26. 10. 1976 **Amtsgericht**

4918

6a K 57/76: In der Veröffentlichung Nr. 4672 vom 1. 11. 1976 muß es richtig heißen:

lfd. Nr. 4, ... Hof- und Gebäudefläche, Dietigheimer Straße 21 ... (nicht 12).

6380 Bad Homburg, 1. 11. 1976 **Redaktion**

4919

6a K 22/75 — **Beschluß:** Das im Wohnungs-Grundbuch von Dornholzhausen, Band 21, Blatt 625, eingetragene Wohnungseigentum, 26,11 Tausendstel Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dornholzhausen, Flur 4, Flurstück 71/15, Hof- und Gebäudefläche, Landwehrweg 1 Größe 17,16 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 012 bezeichneten Wohnung im 1. Obergeschoß am Treppenhaus I, links,

— Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen (Band 21, Blätter 619 bis 648 und Band 22, Blätter 649 bis 658) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums wird auf die Eintragungsbewilligung vom 14. 6. 1971 Bezug genommen —

soll am 10. Februar 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12,

6380 Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. April 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Angestellte Beate Pohl, geborene Augustin, Bad Homburg v. d. H.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 120 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. H., 26. 10. 1976 **Amtsgericht**

4920

6a K 64 bis 69/76 — **Beschluß:** Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen folgende im Wohnungsgrundbuch von Ober-Erlenbach, Band 56, eingetragenen Miteigentumsanteile an dem Grundstück

Gemarkung Ober-Erlenbach, Flur 9, Flurstück 2/9, Hof- und Gebäudefläche, Emmerichshohl 7, 9, 11, 13, 15 und 17, Größe 38,66 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum gemäß Aufteilungsplan an den nachstehenden Räumlichkeiten und beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte (eingetragen in den Blättern 2444 bis 2484),

am 26. Januar 1977, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 1. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werner Freitag Kommanditgesellschaft in Bad Homburg v. d. H.

Blatt 2455: 27,237/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 8 im Erdgeschoß rechts Haus 9 und dem dazugehörigen Kellerraum,

Blatt 2456: 27,384/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 7 im Erdgeschoß links Haus 9 und dem dazugehörigen Kellerraum,

Blatt 2457: 27,237/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 10 im 1. Obergeschoß rechts Haus 9 und dem dazugehörigen Kellerraum,

Blatt 2458: 27,384/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 9 im 1. Obergeschoß links Haus 9 und dem dazugehörigen Kellerraum,

Blatt 2459: 27,237/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 12 im 2. Obergeschoß rechts Haus 9 und dem dazugehörigen Kellerraum,

Blatt 2460: 27,384/1000 Miteigentumsanteil mit Wohnung Nr. 11 im 2. Obergeschoß links Haus 9 und dem dazugehörigen Kellerraum.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG jeweils auf DM 85 000,— festgesetzt.

Wegen des Gegenstandes und des Inhalts des Sondereigentums ist auf die Teilungserklärung vom 25. 10. 1971 Bezug genommen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. H., 7. 10. 1976 **Amtsgericht**

4921

6a K 76/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Weißkirchen, Band 51, Blatt 1388, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weißkirchen, Flur 26, Flurstück 2906, Ackerland, Über der Belzlach, 2. Gew., Größe 15,61 Ar,

soll am 9. Februar 1977, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut Nr. 10—12 Bad Homburg v. d. H., Saal 2 (I. Obergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Spengler und Installateur Johannes Keller, Bergstraße 9, Hattersheim,

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 900,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6380 Bad Homburg v. d. H., 22. 10. 1976 **Amtsgericht**

4922

5 K 35/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Watzhahn, Band 2, Blatt 53, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 58, Gemarkung Watzhahn, Flur 1, Flurstück 15, Hof- und Gebäudefläche, Gründchen 7, Größe 9,79 Ar,

soll am 25. April 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Am Kurpark 12, 6208 Bad Schwalbach, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 4. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Emma Bodenheimer, geb. Kugelstadt, Taunusstein-Watzhahn.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 45 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 13. 10. 1976 **Amtsgericht**

4923

K 39/76: Das im Grundbuch von Mornshausen a. S., Band 3, Blatt 107 A, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Mornshausen a. S., Flur 3, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 88, Größe 4,18 Ar,

soll am Freitag, dem 7. Januar 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hainstraße 72, Biedenkopf/Lahn, Zimmer 110, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. Oktober 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Former Wilhelm Schmidt und dessen Ehefrau Katharina Schmidt geborene Simon in Mornshausen — je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 27. 10. 1976 **Amtsgericht**

4924

K 18/75: Das im Grundbuch von Breidenbach, Band 38, Blatt 1385, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Breidenbach, Flur Nr. 1, Flurstück 794, Hof- und Gebäudefläche, Leipziger Straße 1, Größe 9,38 Ar,

soll am Freitag, dem 28. Januar 1977, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hainstraße 72, Biedenkopf/Lahn, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. April 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ingenieur Lothar Lauber, Ockerstraße Nr. 15, Vienenburg.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 2. 11. 1976 **Amtsgericht**

4925

K 17/76: Das im Grundbuch von Bottenhorn, Band 18, Blatt 697, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bottenhorn, Flur Nr. 13, Flurstück 158, Ackerland, in den Hoheeheln, Größe 9,73 Ar,

soll am Freitag, dem 14. Januar 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hainstr. 72, Biedenkopf/Lahn, Zimmer 110, zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. Juni 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks): die ledige Hilda Regina Balzer in Bottenhorn.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 27. 10. 1976 **Amtsgericht**

4926

2 K 98/75: Das im Grundbuch von Gedern, Band 65, Blatt 2998, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Gedern, Flur 1, Flurstück 626/3, Wasserfläche, auf der Kälberweide, Größe 10,68 Ar,

soll am Montag, dem 21. Februar 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schloßgasse Nr. 22, 6470 Büdingen, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Februar 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dankwart Warnat und dessen Ehefrau Ellen Warnat, geb. Grebe, Gedern, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 21 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 28. 9. 1976 **Amtsgericht**

4927

61 K 144/74: Die im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk VI, Band 156, Blatt 5951, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur Nr. 41, Flurstück 61, Hof- und Gebäudefläche, Illigweg 46, Größe 1,12 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur Nr. 41, Flurstück 62, Gartenland, daselbst, Größe 3,02 Ar,

sollen am 27. Januar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, 6100 Darmstadt, Saal 504, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. 11. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe Edith Hartmann, geb. Hochstätter, Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 22. 7. 1976 **Amtsgericht, Abt. 61**

4928

31 K 8/76: Das im Grundbuch von Nieder-Roden, Band 136, Blatt 5028, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Roden, Flur 7, Flurstück 753/3, Hof- und Gebäudefläche, Max-Planck-Str. 19, Größe 12,40 Ar,

soll am Mittwoch, dem 5. Januar 1977, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstr. Nr. 31, 6110 Dieburg, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. Februar 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helmut Wilhelm Vollrath, Nieder-Roden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 182 000,— DM.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin $\frac{1}{10}$ ihres Bargebotes als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 4. 11. 1976 **Amtsgericht**

4929

31 K 3/76: Das im Grundbuch von Ober-Roden, Band 82, Blatt 3908, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Ober-Roden, Flur Nr. 8, Flurstück 272, Hof- und Gebäudefläche, Wingerstraße 34, Größe 9,66 Ar,

soll am Mittwoch, 5. Jan. 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstr. 31, 6110 Dieburg, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Februar 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Silvia Schweizer, geb. Fey, Ober-Rodens-Messenhausen.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 360 000,— Deutsche Mark.

Bieter müssen damit rechnen, im Termin $\frac{1}{10}$ ihres Bargebotes als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 4. 11. 1976 **Amtsgericht**

4930

3 K 5/76: Die im Grundbuch von Kiedrich, Band 63, Blatt 1873, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Kiedrich, Flur 18, Flurstück 129/2, Hof- und Gebäudefläche, Maria-Hilf-Straße 17, Größe 4,77 Ar,

Flur 18, Flurstück 129/3, Bauplatz, Hohlweg, Größe 3,85 Ar,

Flur 18, Flurstück 129/4, Bauplatz, Hohlweg, Größe 3,79 Ar,

soll am Dienstag, dem 15. Februar 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schwalbacher Straße 40, 6228 Eltville, Zimmer 11, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. April 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1 a) kaufmännischer Angestellter Johann Hopf, Kiedrich,

b) Lagerverwalter Paul Hermann Hopf, Kiedrich,

— zu je $\frac{1}{3}$ —,

2 a) Anton Joseph Hopf, geboren 30. 3. 1925, Wiesbaden-Schierstein,

b) Paul Hermann Hopf, geboren 9. 12. 1920,

c) Johann Hopf, geboren 15. 9. 1918, Kiedrich,

— zu 2, a, b, c: in ungeteilter Erbgemeinschaft zu $\frac{1}{3}$ —.

Bieter haben damit zu rechnen, wenigstens 10 v. H. ihres Bargebotes in barem Geld als Sicherheit hinterlegen zu müssen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6228 Eltville (Rhein), 3. 11. 1976 **Amtsgericht**

4931

84 K 37/76 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 51, Band 82, Blatt 2715, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung 51, Flur 15, Flurstück 532/106, Hof- und Gebäudefläche, Fachfeldstraße 51, Größe 3,20 Ar,

soll am Freitag, dem 11. Februar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, Frankfurt (Main), Zimmer 160, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 3. 1976/14. 9. 1976 (Versteigerungsvermerke):

Kauffrau Sala Rakocz geb. Altmann, Frankfurt (Main),

Kaufmann Hersz Szymon Jammer, Frankfurt (Main), je zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 240 000,— DM (jede Hälfte auf 120 000,— DM).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 28. 10. 1976 **Amtsgericht, Abt. 84**

4932

84 K 169/76 — Zwangsversteigerung: Der im Wohnungsgrundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 37, Band 86, Blatt 2952, eingetragene 195/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung 37, Flur 22, Flurstück 61/4, Hof- und Gebäudefläche, Güntherstraße Nr. 28—30, Größe 10,37 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 14 bezeichneten, im I. Geschoß liegenden Wohnung nebst Kellerabteil; das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte (insgesamt eingetragen in Blätter 2941 bis 2987) beschränkt;

soll am Montag, dem 14. März 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (Main), Zimmer 137, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 6. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Ferdinand W. Stang und Gisela K. Stang, geb. Bühren, Ffm., zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Miteigentumsanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 47 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 2. 11. 1976 **Amtsgericht, Abt. 84**

4933

84 K 126/76 — Zwangsversteigerung: Die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 37, Band 89, Blatt 3060, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 37, Flur 23, Flurstück 2/1, Bauplatz, Güntherstraße, Größe 2,11 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 37, Flur 23, Flurstück 2/2, Hof- und Gebäudefläche, Güntherstraße 3—5, Größe 4,98 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung 37, Flur 23, Flurstück 2/3, Hof- und Gebäudefläche, Güntherstraße 3—5, Größe 1,42 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung 37, Flur 23, Flurstück 2/4, Hof- und Gebäudefläche, Güntherstraße 3, Größe 3,26 Ar,

sollen am 28. April 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (Main), Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 5. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Nilly Lipinsky, geb. Hellermann, 6000 Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

lfd. Nr. 1	95 000,— DM,
lfd. Nr. 2	2 322 500,— DM,
lfd. Nr. 3	662 200,— DM,
lfd. Nr. 4	1 520 300,— DM,
insgesamt:	4 600 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 28. 10. 1976
Amtsgericht, Abt. 84

4934

84 K 225/74 — Zwangsvolleistung: Das im Grundbuch von Sossenheim des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 74, Blatt 2084, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Sossenheim, Flur Nr. 41, Flurstück 51/1, Hof- und Gebäudefläche, im mittleren Sand, Größe 4,62 Ar,

soll am Freitag, 18. Februar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (Main), Zimmer 260, II. Stock, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 8. 1974 (Versteigerungsvermerk):

1. Friedrich Biermeier, sen. Maschinist,
 2. Friedrich Biermeier, jun., Maschinist, beide in Frankfurt am Main zu je $\frac{1}{2}$.
- Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 260 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 26. 10. 1976
Amtsgericht, Abt. 84

4935

84 K 45/76 — Zwangsvolleistung: Das im Wohnungsgrundbuch von Frankfurt am Main-Höchst, Bezirk Nied, Band 108, Blatt 3033, eingetragene Wohnungseigentum bestehend aus 4,57/1000 Miteigentumsanteil an dem bisher im Grundbuch von Nied, Blatt 2725 verzeichneten Grundstück, Flur 28, Flurstück 2059/13, Hof- u. Gebäudefläche, Birminghamstr. 95—97, Größe 6,02 Ar,

Flur 28, Flurstück 2059/14, Hof- u. Gebäudefläche, Birminghamstr. 95—97, Größe 13,09 Ar,

Flur 28, Flurstück 2059/15, Hof- u. Gebäudefläche, Birminghamstr. 95—97, Größe 5,71 Ar,

Flur 28, Flurstück 2059/16, Hof- u. Gebäudefläche, Birminghamstr. 95—97, Größe 3,76 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit 63 bezeichneten Wohnung. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den übrigen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt (Wohnungsgrundbuch von Nied Blatt 2971—3145), soll am Freitag, 25. Februar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (Main), II. Stock, Zimmer Nr. 260, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 6. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Hinz, Hans Jürgen, Wolfgang/Hanau.
Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 27. 10. 1976
Amtsgericht, Abt. 84

4936

84 K 96/76 — Zwangsvolleistung: Das im Grundbuch von Frankfurt am Main, Bezirk 13, Band 25, Blatt 1007, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 1, Flur 143, Flurstück 15, Hof- u. Gebäudefläche, Mauerweg 26, Größe 8,94 Ar,

soll am 17. März 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt (Main), Zimmer 137, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 3. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Inter-Wohnungsbau Hermann Scherer KG, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 460 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 28. 10. 1976
Amtsgericht, Abt. 84

4937

84 K 36/76 — Zwangsvolleistung: Die im Grundbuch von Frankfurt/Main, Bezirk 34, Band 150, Blatt 5537, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung 34, Flur 6, Flurstück 74/3, Hofraum, Kleine Seestraße 1, Größe 0,21 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung 34, Flur 6, Flurstück 75/2, Hof- und Gebäudefläche, Kleine Seestraße 1, Größe 2,16 Ar,

sollen am 24. März 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 3. 1976 (Versteigerungsvermerk):

1. Dipl.-Ing. Henryk Kapitanski;
2. Jadwiga Kapitanski geb. Mintz, beide Frankfurt (Main) je zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 94 800,— DM, je $\frac{1}{2}$ = 47 400,— DM,

für Grundstück Nr. 1 auf 8400,— DM je $\frac{1}{2}$ = 4200,— DM,

für Grundstück Nr. 2 auf 86 400,— DM je $\frac{1}{2}$ = 43 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (Main), 25. 10. 1976
Amtsgericht, Abt. 84

4938

K 102/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Kempfenbrunn, Band 38, Blatt 866, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kempfenbrunn, Flur 6, Flurstück 35, Grünland, Ackerland, Neuen Äcker, Größe 23,10 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kempfenbrunn, Flur 6, Flurstück 109, Grünland Bäckersacker, Größe 90,36 Ar,

sollen am Freitag, dem 28. Januar 1977, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Philipp-Reis-Straße 9, Gelnhausen, Zimmer 11, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. Dezember 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fischer, Adam, geb. am 29. 6. 1908, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 89,

Meister, Dorothea Elisabeth geb. Rohmann, in New Jersey, 134 Elm Street, USA,

Krauss, Maria geb. Lindenberger, in Dörnigheim, Bahnhofstraße 4,
Lindenberger, Edgar Friedrich Heinrich geb. am 1. 10. 1940 in Kempfenbrunn, Haus Nr. 46 $\frac{1}{3}$,

Lindenberger, Marliese Susanne, geb. am 10. 2. 1944, in Lohr, Grabengasse 457,

Henss, Maria geb. Rohmann, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 42 $\frac{1}{2}$,

Rohmann, Johannes, Arbeiter, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 105,

Fischer, Margaretha geb. Rohmann, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 35,

Amend, Anna Maria geb. Rohmann, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 104,

Krug, Magdalena geb. Rohmann in Lohrhaupten, Haus Nr. 88 $\frac{1}{4}$,

Rohmann, Karl, Maurer in Kempfenbrunn, Haus Nr. 96,

Bonhard, Luise geb. Rohmann, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 42 $\frac{1}{2}$,

Ott, Dorothea Elisabetha geb. Rohmann, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 86,

Rohmann, Johann Hermann, Holzhauer, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 86,

Otto, Maria Margarete Luise in Eschersheim, Zehnmorgenstraße 6,

Amend, Anna Maria geb. Rohmann, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 102,

Rohmann, Friedrich, Hausmeister, in Kempfenbrunn, Haus Nr. 11,

Weiss, Martha Maria Pauline geb. Rohmann, in Frankfurt Main-Zeilsheim,

— in ungeteilter Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 25. 10. 1976
Amtsgericht

4939

42 K 64/76 — Beschluß: Die in Erbengemeinschaft zu $\frac{1}{2}$ eingetragenen Grundstückshälften im Grundbuch von Winnen, Band 10, Blatt 315, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Winnen, Flur 3, Flurstück 277/20, Lieg.-B. 92, Ackerland, Am Wegelsgraben, Größe 57,52 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Winnen, Flur 3, Flurstück 18, Ackerland, Unter dem Valentinsrain, Größe 85,12 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Winnen, Flur 1, Flurstück 320/52, Ackerland und Grünland, Auf dem mittelsten Bohnenlande, Größe 50,91 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Winnen, Flur 1, Flurstück 335/116, Ackerland, Im Katzenwinkel, Größe 217,35 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Winnen, Flur 3, Flurstück 367/21, Ackerland und Grünland, Auf'm Wegelswiesen, Größe 233,87 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Winnen, Flur 3, Flurstück 379/70, Bebauter Hofraum und Garten, Im Dorf Haus Nr. 11, Größe 35,16 Ar,

sollen am 28. 1. 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, Gießen, Zimmer 208, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 9. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Katharina Elisabeth Dort geb. Dörr in Daubringen,

b) Johann Heinrich Dörr in Winnen,

c) Witwe Maria Dörr geb. Lutz in Ffm.-Unterriederbach,

in ungeteilter Erbengemeinschaft zu $\frac{1}{3}$;

2. Johann Heinrich Dörr in Winnen Nr. 11 — zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 28. 10. 1976
Amtsgericht

4940

42 K 1/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Birklar, Band 26, Blatt 944, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Birklar, Flur 1, Flurstück 263/2, Lieg.-B. 693, Hof- und Gebäudefläche, Muschenheimer Straße 16, Größe 7,84 Ar,

soll am 3. Februar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleichstraße 1, 6300 Gießen, Zimmer 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 1. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Klaus Gabriel-Jürgens, Weißbinder, Lich-Birklar,

b) dessen Ehefrau Hannelore, geb. Orywal, geb. 22. 7. 1951, daselbst, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 176 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6300 Gießen, 1. 11. 1976 **Amtsgericht**

4941

2 K 18/76: Das im Grundbuch von Ginsheim, Band 11, Blatt 814, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Ginsheim, Flur 4, Flurstück 97/44, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Ebert-Straße 29, Größe 3,27 Ar, soll am 27. Januar 1977, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Oppenheimer Str. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 3. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Friedrich Nagel, Zimmermann, Ginsheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 1. 11. 1976 **Amtsgericht**

4942

64 K 92/76: Das im Grundbuch von Wahlershausen, Band 106, Blatt 2936, eingetragene Grundstück Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 8, Gemarkung Wahlershausen, Flur 6, Flurstück 24/26, Lieg.-B. 2337, Hof- und Gebäudefläche, Kohlenstraße 121, Größe 8,04 Ar,

Flurstück 24/27, Hof- und Gebäudefläche, Kohlenstraße 121, Größe 18,09 Ar,

soll am 16. Februar 1977, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Frankfurter Straße Nr. 9, Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 4. 76 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Malermeister Kurt Landgrebe.

b) Ehefrau Maria Landgrebe geb. Erhard,

je zur Hälfte, beide in Kassel.

Über das Vermögen des Malermeisters Kurt Landgrebe in Kassel ist am 6. 2. 1976 durch das Amtsgericht Kassel — Az. 65 N 10/76 — das Konkursverfahren eröffnet.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 26. 10. 76 **Amtsgericht, Abt. 64**

4943

64 K 90/76: Das im Grundbuch von Wahlershausen, Band 106, Blatt 2936, eingetragene Grundstück. Bestandsverzeichnis.

lfd. Nr. 7, Gemarkung Wahlershausen, Flur 6, Flurstück 24/24, Lieg.-B 2337, Hof-

und Gebäudefläche, Kohlenstraße, Größe 0,32 Ar,

Flur 6, Flurstück 24/25, Hof- und Gebäudefläche, Kohlenstraße 121, Größe 0,90 Ar,

soll am 16. Februar 1977, 14.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Frankfurter Straße Nr. 9, Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 4. 1976 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Malermeister Kurt Landgrebe,

b) dessen Ehefrau Maria Landgrebe geb. Erhard, beide in Kassel — je zur Hälfte.

Über das Vermögen des Malermeisters Kurt Landgrebe in Kassel ist am 6. 2. 1976 durch das Amtsgericht Kassel — Az. 65 N 10/76 — das Konkursverfahren eröffnet worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3500 Kassel, 26. 10. 1976 **Amtsgericht, Abt. 64**

4944

7 K 14/76: Das im Grundbuch von Lampertheim, Band 131, Blatt 6065, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lampertheim, Flur Nummer 6, Flurstück 419/3, Hof- und Gebäudefläche, Ringstraße 99, Größe 9,84 Ar, soll am Mittwoch, dem 26. 1. 1977, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 2. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Fritz Rose, Kaufmann in Stuttgart.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 1. 11. 1976 **Amtsgericht**

4945

15 K 21/75: Das im Grundbuch von Langen, Band 291, Blatt 12283, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langen, Flur 23, Flurstück 575/5, Hof- und Gebäudefläche, Größe 12,56 Ar, Grünfläche, Voltastraße, Größe 4,45 Ar,

soll am 14. Januar 1977, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Darmstädter Straße 27, 6070 Langen, Zimmer 20, I. Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. Mai 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hilde Lev, geb. Jäger, in Langen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 100 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 15. 10. 1976 **Amtsgericht**

4946

3 K 46/74: Die im Grundbuch von Dreieichenhain, Band 105, Blatt 4293, eingetragenen Grundstücke,

a) Nr. 1, Gemarkung Dreieichenhain, Flur 5, Flurstück 23/26, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Str. 54, Größe 69,65 Ar,

b) Nr. 2, Gemarkung Dreieichenhain, Flur 5, Flurstück 23/27, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 29,96 Ar,

c) Nr. 3, Gemarkung Dreieichenhain, Flur 5, Flurstück 23/25, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 7,13 Ar,

d) Nr. 4, Gemarkung Dreieichenhain, Flur 5, Flurstück 23/28, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 110,76 Ar,

sollen am 21. Januar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Darmstädter Str. 27, 6070 Langen, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. 12. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Ingenieur Konstantin Pjassetzky offene Handelsgesellschaft in Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

zu a)	1 515 000,— DM,
zu b)	755 000,— DM,
zu c)	230 000,— DM,
zu d)	2 500 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6070 Langen, 20. 10. 1976 **Amtsgericht**

4947

K 3/75 — **Zwangsvollstreckung:** Das im Grundbuch von Lauterbach, Band 41, Blatt Nr. 1785, eingetragene Erbbaurecht an dem Grundstück Gemarkung Lauterbach,

Flur 6, Nr. 305/5, Hof- und Gebäudefläche, Weserstr. 4, Größe 6,38 Ar, Wert: 48 000,— DM,

soll am Mittwoch, dem 16. März 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königsberger Straße 8, 6420 Lauterbach, Zimmer 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 2. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Statistiker Kurt v. Heyden, Siegfriedstraße 14, 6384 Schmitten 3,

2. Ulrich Roland v. Heyden, Hochstraße Nr. 29, 6320 Alsfeld,

3. Volker Heinrich v. Heyden, Weserstr. Nr. 4, Lauterbach,

4. Gudrun Ulrike v. Heyden, jetzt verheiratete Barnwell, in Amerika, Box 915 Rtl, Swannanoa, North Carolina 28778, USA,

5. Gerlinde Elise v. Heyden, Rieserweg, 6300 Gießen-Wieseck.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach, 26. 10. 1976 **Amtsgericht**

4948

7 K 46/75 — **Beschluß:** Die ideelle Hälfte des Volkmar Wruck an dem im Grundbuch von Limburg, Band 120, Blatt 3761, eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Limburg, Flur 53, Flurstück 154, Bauplatz, Robert-Koch-Str., Größe 6,00 Ar,

soll am Mittwoch, dem 12. Januar 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Bauingenieur Volkmar Wruck und

b) dessen Ehefrau Ursula geb. Sebus in Limburg zu je 1/2.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg (Lahn), 6. 9. 1976 **Amtsgericht**

4949

7 K 35/75 — 7 K 19/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Erbach, Band 41, Blatt Nr. 1428, eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 1, Gemarkung Erbach, Flur 9, Flurstück 116, Hof- u. Gebäudefläche, Schillerstr. 20, Größe 8,51 Ar, lfd. Nr. 2, Gemarkung Erbach, Flur 12, Flurstück 304/6, Hof- und Gebäudefläche, Kapellenstraße, Größe 5,55 Ar, sollen am 26. Januar 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 8. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Fliesenlegermeister Paul Wecker und Aloisia, geb. Heun, in Erbach, je zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

- a) für das Grundstück lfd. Nr. 1 = 163 950,— DM,
- b) für das Grundstück lfd. Nr. 2 = 208 375,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg (Lahn), 14. 9. 1976

Amtsgericht

4950

7 K 5/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Dietkirchen, Band 16, Blatt 496 A, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietkirchen, Flur Nr. 7, Flurstück 101, Lieg.-B. 317, Ackerland, in der Au, Größe 20,54 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dietkirchen, Flur Nr. 6, Flurstück 64, Gartenland, in den Gärten, Größe 2,21 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 2. Februar 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schiede 14, Zimmer 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 12. April 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks): Geflügelzüchterin Ruth Schubert, geb. Sebastian, in Birlenbach bei Diez/Lahn.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

- auf 6000,— DM für das Grst. Nr. 1 und auf 600,— DM für das Grst. Nr. 3

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6250 Limburg (Lahn), 26. 10. 1976

Amtsgericht

4951

7 K 35/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bieber, Band 144, Blatt 5296, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bieber, Flur 13, Flurstück 54, LB 2565, Hof- und Gebäudefläche, Heinrich-Krumm-Straße 19, Größe 25,00 Ar,

am Montag, dem 10. Januar 1977, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal Nr. 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin zur Zeit des Versteigerungsvermerks (7. 4. 1976):

Firma Jahns und Gramberg GmbH und Co. KG, Offenbach/Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 700 000,00 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 2. 11. 1976

Amtsgericht

4952

7 K 68/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Offenbach/M., Band 498, Blatt 14 818, eingetragene 335,86/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Offenbach/M., Flur 23, Flurstück 173/1, LB 6719, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstraße 38, Größe 7,68 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 3.18 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte, am 1. 2. 1977, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Geb. D, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 5. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bauingenieur Svetozar Vojinovic in Offenbach/Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 54 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 1. 11. 1976

Amtsgericht

4953

7 K 27/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bürgel, Band 104, Blatt 3936, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bürgel, Flur 9, Flurstück 39/4, LB 1773, Hof- und Gebäudefläche, Scheffelstraße 33, Größe 4,60 Ar,

am 3. 2. 1977, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Geb. D, Luisenstraße 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 3. 75 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Adolf Heinz Dieter Wetzels und Margit Maria geb. Bergner, Offenbach/M., zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 292 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 4. 11. 1976

Amtsgericht

4954

7 K 42/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Dietzenbach, Band 112, Blatt 4612, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dietzenbach, Flur Nr. 31, Flurstück 231, LB 3076, Hof- und Gebäudefläche, Berliner Straße 44, Größe 6,56 Ar, und

lfd. Nr. 6, Gemarkung Dietzenbach, Flur Nr. 31, Flurstück 230/1, LB 3076, Hof- und Gebäudefläche, Berliner Straße 42, Größe 4,59 Ar,

am Montag, dem 17. 1. 1977, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (10. 4. 1975):

a) Architekt Wilfried Bastian, Dietzenbach,

b) dessen Ehefrau Gertrud Bastian, geb. Gänsicke, daselbst,

zu a) und b): in Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf insgesamt 982 000,— DM festgesetzt (wirtschaftliche Einheit).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 3. 11. 1976

Amtsgericht

4955

7 K 198/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Offenbach/M., Band 384, Blatt 11 379, eingetragene Grundstück;

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach/M., Flur 1, Flurstück 370, LB 1847, Hof- und Gebäudefläche, Luisenstraße 16, Größe 13,02 Ar,

am Donnerstag, dem 13. 1. 1977, 10.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Geb. D, Luisenstraße 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 10. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Wolf Wiener, Frankfurt/M., jetzt Eigentümerin: Frau Rozica Antonia — genannt Susanne — Wiener geb. Klein, Frankfurt/M.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2 600 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 19. 10. 1976

Amtsgericht

4956

7 K 62/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Offenbach/M., Band 500, Blatt 14 873, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Offenbach/M., Flur 13, Lieg.-B. 3899,

lfd. Nr. 4, Flurstück 12/4, Hof- und Gebäudefläche, Neusalzer Str., Größe 3,56 Ar und

lfd. Nr. 5, Flurstück 12/5, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 68,68 Ar,

am Dienstag, dem 18. 1. 1977, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Geb. D, Luisenstraße 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 4. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Ernst Ludwig Werkmann in Offenbach/M. zu 1/2,

b) Adam Gerhard Werkmann daselbst, zu 1/2,

c) die zu a) und b) Genannten in Erbengemeinschaft zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf zusammen 1 500 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 19. 10. 1976

Amtsgericht

4957

7 K 100/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bürgel, Band 83, Blatt 3304, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bürgel, Flur 3, Flurstück 590, Lieg.-B. 2163, Hof- und Gebäudefläche, Brandenburger Straße 49, Größe 7,13 Ar,

am Donnerstag, dem 20. Januar 1977, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal Nr. 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (14. 7. 1976):

a) Friseur Arno Schleicher, Offenbach-Bürgel,

b) Frau Irene Schleicher geb. Zimmermann, daselbst, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 367 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach (Main), 20. 10. 1976

Amtsgericht

4958

7 K 10/74: Im Wege der Zwangsvolleistung sollen die im Grundbuch von Obertshausen, Band 101, Blatt 3666, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Obertshausen, Flur 3, Flurstück 505, LB 1669, Grünland, Haferwiesen, Größe 34,90 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Obertshausen, Flur 3, Flurstück 543, LB 1669, Grünland, Im Kreuzloch, Größe 32,13 Ar,

am Mittwoch, dem 26. 1. 1977, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal Nr. 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin zur Zeit des Versteigerungsvermerks (18. 2. 1974):

Fa. Grundstücks- und Wohnungsbau AG, Ffm.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

192 000,— DM für lfd. Nr. 1,
225 000,— DM für lfd. Nr. 2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach 13. 10. 1976

Amtsgericht

4959

K 12/76 — **Beschluß:** Die Hälfte des im Grundbuch von Obersuhl, Band 31, Blatt Nr. 361, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Obersuhl, Flur 4, Flurstück 348/3, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße, Haus Nr. 7, Größe 6,46 Ar,

soll am 25. Februar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg a. d. F., Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. Juli 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Technischer Angestellter Hans Luckhardt, Obersuhl — zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 20 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 27. 10. 1976

Amtsgericht

4960

K 4/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Richelsdorf, Band 14, Blatt 266, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Richelsdorf, Flur Nr. 5, Flurstück 12, Lieg.-B. 374, Hof- und Gebäudefläche, Kirchrain 2 und 2a, Größe 2,11 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Richelsdorf, Flur Nr. 5, Flurstück 65, Gartenland, Kirchrain Nr. 2 und 2a, Größe 20,53 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Richelsdorf, Flur Nr. 5, Flurstück 10/2, Hof- und Gebäudefläche, Kirchrain 2 und 2a, Größe 10,37 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Richelsdorf, Flur Nr. 5, Flurstück 8/3, Gartenland, Im Dorf, Größe 61,09 Ar,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Richelsdorf, Flur Nr. 5, Flurstück 13/5, Hof- und Gebäudefläche, Kirchrain 2 und 2a, Größe 23,47 Ar,

sollen am 21. Januar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weidenberggasse 1, Rotenburg (Fulda), Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Februar 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Thur, Annegret, geb. Rose, geb. 13. 12. 1933, Geschäftsfrau, Steinkaute 39, Wild-
eck-Richelsdorf.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Best.-Verz. lfd. Nr. 6	5 000,— DM,
Best.-Verz. lfd. Nr. 7	9 000,— DM,
Best.-Verz. lfd. Nr. 9	13 000,— DM,
Best.-Verz. lfd. Nr. 12	38 000,— DM,
Best.-Verz. lfd. Nr. 15	435 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 26. 10. 1976

Amtsgericht

4961

K 17/75 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Lisenhausen, Band 28, Blatt 935, eingetragene Grundstückshälfte des Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lisenhausen, Flur 11, Flurstück 12/16, Lieg.-B. 617, Hof- und Gebäudefläche, Jahnstr. 6, Größe 5,42 Ar,

soll am 28. Januar 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weidenberggasse 1, 6442 Rotenburg (Fulda), Großer Sitzungssaal, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Juni 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe Anneliese Schneider, geb. Kahl, in Lisenhausen — zur Hälfte —.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 27 250,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 26. 10. 1976

Amtsgericht

4962

2 K 48/75 — **Beschluß:** Der im Grundbuch von Anspach, Band 84, Blatt 2969, eingetragene 1/2 Grundstücksteil der Gertraud Jensong geb. Schirmer an dem eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Anspach, Flur 4, Flurstück 56/8, Hof- und Gebäudefläche, Kurt-Schumacher-Straße 20, Größe 7,90 Ar,

soll am Donnerstag, dem 10. Februar 1977, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weilburger Straße 2, Usingen/Ts., Zimmer 16, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. August 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks) bezüglich des beschlagnahmten 1/2 Grundstücksteils:

Gertraud Jensong geb. Schirmer in Frankfurt/Main.

Der Wert des 1/2 Grundstücksteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 123 300,25 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 29. 10. 1976

Amtsgericht

4963

2 K 57/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Oberreifenberg, Band 24, Blatt Nr. 814, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Oberreifenberg, Flur 9, Flurstück 60/3, Hof- und Gebäudefläche, Siegfriedstraße 1, Größe 2,12 Ar,

soll am Donnerstag, dem 13. Januar 1977, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weilburger Straße 2, 6390 Usingen/Ts., Zimmer 16, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. Dezember 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Bankkaufmann Rainer Appel in Frankfurt/Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 44 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 4. 11. 1976

Amtsgericht

4964

2 K 43/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Arnoldshain, Band 15, Blatt 593, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Arnoldshain, Flur Nr. 9, Flurstück 75/3, Hof- und Gebäudefläche, Am Lanzenboden 26, Größe 13,20 Ar, Grünland, Größe 12,51 Ar,

soll am Donnerstag, dem 3. Februar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weilburger Straße Nr. 2, 6390 Usingen/Ts., Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Karlheinz Wilmy in Frankfurt/Main, jetzt in Arnoldshain.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 653 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 27. 9. 1976

Amtsgericht

4965

2 K 37/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kransberg, Band 3, Blatt 64, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kransberg, Flur Nr. 2, Flst. 44, Hof- und Gebäudefläche, Höhenstraße 1, Größe 7,16 Ar,

soll am Donnerstag, dem 17. Februar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weilburger Straße 2, 6390 Usingen/Ts., Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Juni 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Werbeberater Martin Murnigkeit in Usingen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 402 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 19. 10. 1976

Amtsgericht

4966

K 57/74: Das im Grundbuch von Runkel, Band 29, Blatt 1002, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 235, Hof- und Gebäudefläche, Obertorstr. 6, Größe 1,89 Ar,

soll am 12. Januar 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mauerstraße 25, 6290 Weilburg, Zimmer 24, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 1. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ludwig Hugo Garzinsky in Runkel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 28. 10. 1976

Amtsgericht

4967

61 K 39 75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Medenbach, Band 32, Blatt 880, eingetragene Grundstück, Gemarkung Medenbach,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 163, Hof- und Gebäudefläche, Gartenfeldstraße 2, Größe 6,11 Ar,

soll am 18. Januar 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. Mai 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Arnim Kloth in Medenbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 439 650,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 28. 10. 1976 **Amtsgericht**

4968

61 K 107/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Schlierstein, Blatt 4872, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 13, Flurstück 628/12, Hof- und Gebäudefläche, Zellstraße 23, Größe 4,53 Ar,

soll am 4. Januar 1977, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Wiesbaden, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eigentümer: Elisabeth Greiff, Erwin Dadtscheck, Ernst Dadtscheck und Erika Rühl — in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 27. 10. 1976 **Amtsgericht**

4969

Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Abraham-Lincoln-Straße 38–42, Wiesbaden

Infolge der Regierungsumbildung hat sich die Zusammensetzung des Aufsichtsrates wie folgt geändert:

1. Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik
Heinz-Herbert K a r r y
2. Hessischer Minister der Finanzen
Heribert R e i t z
3. Hessischer Minister des Innern
Ekkehard G r i e s
4. Chef der Staatskanzlei
Reinhart B a r t h o l o m ä i
5. Herbert K r u s c h
6. Uwe H o f f m a n n

6200 Wiesbaden, 2. 11. 1976

Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH
Die Geschäftsführung

4970

Zusammensetzung des Aufsichtsrates der HLT Gesellschaft für Forschung, Planung, Entwicklung mbH, Abraham-Lincoln-Straße 38–42, Wiesbaden

Infolge der Regierungsumbildung hat sich die Zusammensetzung des Aufsichtsrates wie folgt geändert:

1. Hessischer Minister für Wirtschaft und Technik
Heinz-Herbert K a r r y
2. Hessischer Minister der Finanzen
Heribert R e i t z
3. Hessischer Minister des Innern
Ekkehard G r i e s
4. Chef der Staatskanzlei
Reinhart B a r t h o l o m ä i
5. Dr. Helmut E h r e t
6. Wolfgang K i s s e l e r

6200 Wiesbaden, 2. 11. 1976

HLT Gesellschaft für Forschung, Planung, Entwicklung mbH
Die Geschäftsführung

4971

Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden für das Haushaltsjahr 1976

1. Haushaltssatzung

Auf Grund des § 22 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. 12. 1969 (GVBl. S. 304 ff.) in Verbindung mit §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103, 164), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 161) und der Satzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden hat der Verwaltungsrat des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Wiesbaden am 28. August 1975 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

Andere Behörden und Körperschaften

§ 1

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1976 wird im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	8 232 300 DM,
in der Ausgabe auf	8 232 300 DM,

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	88 500 DM,
in der Ausgabe auf	88 500 DM

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Kassenkredite werden nicht beansprucht.

§ 5

Es gilt der vom Verwaltungsrat am 28. August 1975 beschlossene Stellenplan.

6200 Wiesbaden, 2. 11. 1976

Kommunales Gebietsrechenzentrum
Wiesbaden
Der Direktor
gez. R e t z l a f f

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1976 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §§ 22 und 23 des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. S. 304) erforderliche Genehmigung der Hessischen Landesregierung ist nach Maßgabe der Kabinettsvorlage des Hessischen Ministers der Finanzen vom 16. 9. 1976 erteilt.

Der Haushaltsplan und die Maßgaben liegen zur Einsichtnahme vom 15. 11. bis 19. 11. 1975 und vom 22. 11. bis 24. 11. 1976 während der Dienststunden im Dienstgebäude des KGRZ Wiesbaden, 6200 Wiesbaden, Konrad-Adenauer-Ring 60, 3. Stock, Zimmer 303, öffentlich aus.

6200 Wiesbaden, 2. 11. 1976

Kommunales Gebietsrechenzentrum
Wiesbaden
Der Direktor
gez. R e t z l a f f

4972

Widmung der Neubastrecke „Köpferner Talweg“ zur Kreisstraße 767 im Hochtaunus- und Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt

Der zwischen der Bundesstraße 456 (bei Wehrheim) und der Bundesstraße 455 (bei Köppern) im Hochtaunus- und Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute „Köpferner Talweg“

von km 0,003 neu (bei km 21,173 der B 456)

bis km 6,690 neu (bei km 7,960 der B 455) = 6,687 km

wird mit Wirkung vom 1. November 1976 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßen-

gesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Er erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird als Kreisstraße 767 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Rechtsmittelbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt/M., Schumannstraße 2, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift beim Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist der Kreisaußschuß des Hochtaunuskreises in Bad Homburg v. d. H., Louisenstraße 86—90) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

6330 Bad Homburg v. d. H., 21. 10. 1976

Hochtaunuskreis
Der Kreisaußschuß

gez. Herr
Landrat

gez. Voitel
Erster Kreisbeigeordneter

4973

Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Königstein nach Frankfurt (Main)

Der Kleinbahn AG, Frankfurt a. M.—Königstein, Rudolfstr. Nr. 26, 6000 Frankfurt am Main, wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Königstein nach Frankfurt am Main

über Neuenhain — Bad Soden — Kreiskrankenhaus Bad Soden — Main-Taunus-Zentrum — Mammolshain — Schwalbach — Niederhöchstädt — Eschborn — Ffm.-Rödelheim, bis zum 30. September 1984 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht der Genehmigungsbehörde (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 21. 9. 1976

Der Regierungspräsident
IV 2 — 66 f 02/05 — K — (4)

4974

Erweiterung des Linienverkehrs innerhalb des Stadtgebietes Bad Hersfeld

Die dem Unternehmen Hersfelder Kreisbahn, Bad Hersfeld, am 22. 12. 1970 (StAnz. 1971 S. 183) erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gem. § 42 PBefG von Bad Hersfeld nach Heringen habe ich heute innerhalb des Stadtgebietes Bad Hersfeld auf den Streckenabschnitt Bismarckstraße — Obersberg — ST. Petersberg (Abzw.) erweitert.

3500 Kassel, 5. 10. 1976

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-07 B

4975

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen in Bad Orb

Der Verkehrsunternehmerin Rosina Müller, Kanalstr. 1, 6482 Bad Orb, wird nach § 42 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Bad Orb/Kurparkstraße nach Cafe Haberstal über Kurparkstraße — Rotahorn Allee — Haberstalstraße bis zum 30. 9. 1984 erteilt.

Der Verkehr wird nur in der Zeit vom 15. März bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres betrieben.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrats des Main-Kinzig-Kreises (§ 54 PBefG).

6100 Darmstadt, 23. 9. 1976

Der Regierungspräsident
IV 2 — 66 f 02/07 — M — (2) —

4976

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Melsungen nach Eschwege

Der Deutschen Bundesbahn habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gem. § 42 PBefG von Melsungen nach Eschwege

über Melsungen — Melsungen (Abzw. ST. Obermelsungen — Melsungen/ST. Adelshausen — Spangenberg/ST. Mörshausen — ST. Bergheim/Abzw. Spangenberg (Schule — Firma Braun — Schützenhaus) — ST. Pfielke — ST. Bischofferode — Waldkappel/ST. Hetzerode — ST. Mäckelsdorf — ST. Friemen — ST. Schemmern — ST. Burghofen — Waldkappel/Bf. — ST. Bischhausen — Wehretal/OT Oetmannshausen — OT Reichensachsen/Bf. — B 27 — Eschwege/ST. Niddawitzhausen — ST. Eltmannshausen — Bf. West/Tunneleingänge B 27 — West/Krug — Flugplatz oder von Wehretal/OT Oetmannshausen üb. OT Reichensachsen

befristet bis zum 31. Oktober 1984 erteilt.

3500 Kassel, 6. 10. 1976

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-03 B

4977

Haushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Haushaltsjahr 1977

Gemäß § 97 Abs. 2 HGO wird der Entwurf der Haushaltssatzung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen für das Haushaltsjahr 1977 und ihrer Anlagen vom 18. bis 26. November 1976 während der Dienststunden in der Hauptverwaltung Kassel, Ständeplatz 6—10, Zimmer 335, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

3500 Kassel, 28. 10. 1976

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Der Verwaltungsausschuß
gez. Pfeil
Landesdirektor

4978

Jahresrechnung des Wasserverbandes Kinzig

— Körperschaft des öffentlichen Rechts —
Frankfurt (Main)

Auf Grund des § 114 Abs. 2 HGO wird hiermit öffentlich bekanntgemacht, daß die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kinzig in der Sitzung am 18. Oktober 1976 nach Abschluß des Prüfungsverfahrens die Jahresrechnung für das Jahr 1975 — Aufgabenbereich Hochwasserschutz und Abflußregelung — beschlossen und dem Vorstand Entlastung erteilt hat.

Die Jahresrechnung 1975 mit Erläuterungsbericht des Verbandes wird ab dem Tage der Veröffentlichung im Staatsanzeiger am Sitz des Verbandes

Dominikanerplatz 3, 6000 Frankfurt (Main), Zimmer 46, eine Woche lang öffentlich ausgelegt.

6000 Frankfurt (Main), 21. 10. 1976

WASSERVERBAND KINZIG
Der Vorstandsvorsteher
gez. Krull

4979

Widmung einer Neubaustrecke zur Kreisstraße 94 in der Gemarkung Rüdigheim der Stadt Amöneburg, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Kassel

Die in der Gemarkung Rüdigheim der Stadt Amöneburg im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Verbindungsstrecke zwischen der neuen Umgehungsstraße Rüdigheim und der alten Landesstraße 3073

von km 0,011 neu (bei km 5,482 der L 3073 neu) bis km 0,106 neu (bei km 5,494 der L 3073 alt) = 0,095 km

wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1976 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengeset-

zes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I Seite 437). Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Bestandteil der Kreisstraße 94.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreis-ausschuß des Landkreises Marburg-Biedenkopf in 3550 Marburg 7, Im Lichtenholz 60, Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

3550 Marburg, 28. 10. 1976

**Der Kreis Ausschuß
des Landkreises Marburg-Biedenkopf**
K 20/651-30/94
gez. Dr. Sorge, Landrat

4980

Öffentliche Ausschreibungen

Schotten: Die Bauleistungen für den Neubau der Wannbachbrücke bei Lautertal-Meiches im Zuge der L 3163 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 300 cbm Baugrubenaushub
- ca. 350 cbm Bauwerkshinterfüllung
- ca. 170 cbm Beton- und Stahlbeton
- ca. 12 t Betonstahl
- ca. 210 qm Sohl- und Böschungspflaster

Bauzeit: 120 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 30. 11. 1976 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die nicht zurück-erstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 393 12 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 7. 12. 1976 um 11 Uhr im Hess. Straßenbauamt, Vogelsbergstraße 51, 6479 Schotten.

Zuschlags- und Bindefrist: 4 Wochen.

6479 Schotten, 1. 11. 1976

Hessisches Straßenbauamt

4981

Kassel: Bauleistung: Durchführung von Entwässerungsarbeiten an der BAB A 7, Kassel—Frankfurt (Westseite) km 353 + 750 und km 356 + 000 in der Gemarkung Neuenstein.

Leistungen u. a.:

- ca. 150 cbm Boden für offene Gräben lösen
- ca. 40 cbm Boden für Leitungsgräben
- ca. 12 m Entwässerungsrohrleitung ϕ 800 mm
- ca. 400 qm Betonhartrasenplatten verlegen
- ca. 14 Stück Grabenabstürze mit bauseits vorhandenen Schutzplanken herstellen.

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: März 1977 bis Mai 1977.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragsumme. Die Zahlung erfolgt entsprechend der ZVB-StB 75, Ziff. 45—47.

Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von den Bewerbern Nachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A § 8, Abs. 3, anzufordern. Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 8. 11. 1976 schriftlich anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Fall zurück-erstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Kassel, Konto-Nr. 67 45-608 PSchA Ffm. zugunsten des Straßenbauamtes Hessen-Nord mit dem Vermerk: „Entwässerungsarbeiten an der BAB A 7 (Westseite), km 353 + 750 und km 356 + 000“.

Eröffnungstermin: 14. 12. 1976 im Straßenbauamt Hessen-Nord, Kölnische Straße 69, 3500 Kassel.

Zuschlags- und Bindefrist: 11. 1. 1977.

3500 Kassel, 1. 11. 1976

Straßenneubauamt Hessen-Nord

4982

Bad Homburg v. d. H.: Die Kanal- und Straßenbauarbeiten in Kirdorfer Straße, 6380 Bad Homburg v. d. H., sollen vergeben werden.

Zur Ausführung kommen:

a) Kanalbau:

- ca. 160 lfd. m ϕ 600 SBW-Rohre
- ca. 150 lfd. m ϕ 500 SBW-Rohre

b) Straßenbau:

- ca. 6000 cbm Erdbewegung
- ca. 7000 qm Fahrbahndecke
- ca. 3000 qm Verbundsteinpflaster
- ca. 1500 lfd. m Hochbordsteine.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 35,— DM abgegeben. Diese können — soweit der Vorrat reicht — ab Donnerstag, den 11. 11. 1976, gegen Vorlage der Einzahlungsquittung im Tiefbauamt, Marienbader Platz 1, 3. OG, 6380 Bad Homburg v. d. H. abgeholt werden.

Der Betrag ist unter dem Kennwort „Kanal- und Straßenbauarbeiten Kirdorfer Straße“ bei der Stadtkasse Bad Homburg, Postscheckkonto Frankfurt/M. 25 12-609 unter Angabe der Haushaltsstelle 6300.1550 einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 3. Dezember 1976, 10 Uhr, Tiefbauamt, Marienbader Platz 1, 6380 Bad Homburg v. d. H., III. OG.

6380 Bad Homburg v. d. H., 3. 11. 1976

Der Magistrat
der Stadt Bad Homburg v. d. H.
gez.: Dipl.-Ing. Kattenborn
Stadtbaurat

4983

Darmstadt — Brückenbauarbeiten: Für das Bauwerk K 534 Unterführung der B 45 (alt) Umgehung Dieburg in Bau-km 20,5 + 43,029 sollen folgende Bauleistungen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 250 cbm Erdaushub
- 1300 cbm Stahlbeton
- 145 t Stahl St. 42/50

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 225 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis 18. 11. 1976 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 33,00 DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt (Main): Nr. 355 99—602, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 17. 12. 1976 um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer (Nr. 206) des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Schot-tener Weg 5, Darmstadt.

Zuschlags- und Bindefrist: 1. 2. 1977.

6100 Darmstadt, 4. 11. 1976

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

4984

Hanau: Die Bauleistungen für Landesstraße 3271 — Ausbau (AR) zwischen B 40 (Langensfeld) und B 43, von Bau-km 0+000 (= km 0,592) bis Bau-km 0+755 (= km 1,350), Main-Kinzig-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 1 Stück Behelfsbrücke
- 1 Stück Kinzigbrücke beseitigen
- 250 m Flußbettregulierung
- 15 000 cbm Fahrbahndammanschüttung
- 5 000 cbm Frostschutzmaterial
- 4 000 t bit. Tragschicht
- 1 500 t Asphaltbinder
- 1 300 t Asphaltbeton

Bauzeit: 190 Werkstage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 18. November 1976 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., Postscheckkonto 68 21-601 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für L 3271 — Ausbau zw. B 40 (Langensfeld) und B 43“.

Eröffnungstermin: Mittwoch, den 1. Dezember 1976, 10.30 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6450 Hanau, 5. 11. 1976

Hessisches Straßenbauamt

4985

Hanau: Die Bauleistungen für Bundesstraße 457 — Ausbau zwischen Gründau, Ortsteil Lieblos und Bauamtsgrenze bei Str.-km 68,458 bis Str.-km 68,758, Main-Kinzig-Kreis, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 3000 qm Oberboden-Abtrag
- ca. 400 cbm Bodenabtrag
- ca. 1400 cbm Dammschüttungsmaterial
- ca. 670 t Frostschutzmaterial
- ca. 290 t bit. Tragschicht
- ca. 265 t Asphaltbinder
- ca. 265 t Asphaltbeton
- ca. 2000 qm Sauberkeitsschicht für Wirtschaftswege

Bauzeit: 75 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 18. November 1976 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt a. M., Postscheckkonto 68 21-601 beim Postscheckamt Frankfurt a. M., mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für B 457 — Ausbau zw. Gründau/Lieblos und Bauamtsgrenze“.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 7. Dezember 1976, 10.00 Uhr, im Verhandlungsraum.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6450 Hanau, 5. 11. 1976

Hessisches Straßenbauamt

4986

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der B 519 in Hofheim zwischen Bahnhof und Rathaus von km 0,000—0,118 und von km 3,144—3,216 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- ca. 1000 cbm Erdaushub einschl. Straßenaufbruch;
- ca. 350 cbm Frostschutzmaterial einbauen;
- ca. 1500 qm bit. Tragschicht einbauen;
- ca. 1500 qm Asphaltbinder einbauen;
- ca. 1500 qm Mastiphalt einbauen sowie verschiedene Nebenarbeiten.

Bauzeit: 60 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 15. 11. 76 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von DM 30,—, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheck-Kt.: Frankfurt/M. Nr. 6830/602 (Bankleitzahl 500 10060) zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerks: „B 519 — Ausbau in Hofheim“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 11. 11. 1976 in der Zeit von 9.00

bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt, Wiesbaden, Welfenstr. 3 b, Zimmer 302.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Welfenstr. 3 b, Zimmer 403, am 19. November 1976, 10.30 Uhr. Zugelassen sind nur die Bieter und ihre Bevollmächtigten.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage. Bei Zuschlagserteilung sind 5% der Auftragssumme als Sicherheit zu leisten.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6200 Wiesbaden, 26. 10. 1976

Hessisches Straßenbauamt

4987

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Ausbau der K 90 zw. Flieden und der K 82 (Schwimmbad), km 0,020—1,240 — vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 18 000 cbm Erdbewegung
- rd. 6 000 t gebrochenes Naturgestein d. K. 0/45 mm als Frostschutzschicht
- rd. 3 200 t Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm
- rd. 7 500 qm Teer-asphaltbeton d. K. 0/16 mm, 4 cm dick sowie sonstige Nebenarbeiten.

Die Bauarbeiten sollen im Januar 1977 bei günstiger Witterung bzw. im Frühjahr 1977 begonnen werden und müssen bis zum 15. Dezember 1977 beendet sein. Die Deckenbauarbeiten sind jedoch bis zum 30. Sept. 1977 fertigzustellen.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 30,— DM — die in keinem Fall zurückerstattet werden — abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSchKto. Ffm. Nr. 67 53-609 mit obiger Angabe einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.30 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 30. Nov. 1976 — 10.00 Uhr — im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 31. Januar 1977 — 24.00 Uhr.

6400 Fulda, 29. 10. 1976

Hessisches Straßenbauamt

4988

Kassel: Die Bauleistungen für den Neubau der Bundesstraße 7 zwischen Eschenstruth und Fürstenhagen, von Bau-km 13,820 bis 16,114, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 7 500 cbm Oberboden
- ca. 61 000 cbm Bodenabtrag
- ca. 14 000 cbm Frostschutz
- ca. 33 000 qm bit. Tragschicht
- ca. 30 000 qm Asphaltbinder
- ca. 33 000 qm Asphaltbeton

sowie Entwässerungs- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: Januar 1977—Dezember 1977.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragssumme.

Die Zahlung erfolgt entsprechend der ZVB-StB 75 Ziff. 45—47. Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von Bewerbern Nachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A, § 8, Abs. 3, anzufordern. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis zum 16. 11. 76 schriftlich zu bestellen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 60,— DM, die in keinem Fall zu-

Vielen hat das Glück geantwortet.
Dazu gehört die genaue Adresse
auf dem Spielschein.



Spielen Sie mit — gewinnen Sie mit

HESSEN TOTO LOTTO RennQuintett

rückerstattet werden, ist beizufügen, Einzahlungen bei der Staatskasse Kassel, Konto-Nr. 87 45/608, PSA Ffm. zugunsten des Straßenneubauamtes Hessen-Nord mit dem Vermerk: „B 7 Eschenstruth-Fürstenhagen“.

Eröffnungstermin: 9. 12. 1976, 11.00 Uhr, im Straßenneubauamt Hessen-Nord, Kölnische Str. 69, 3500 Kassel.

Zuschlags- und Bindefrist: 31. 1. 1977.

3500 Kassel, 28. 10. 1976

Straßenneubauamt Hessen-Nord

4989

DSK

DEUTSCHE STADTENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

— ORGAN DER STAATLICHEN WOHNUNGSPOLITIK —

Entwicklungsträger und Treuhänder der Stadt Dietzenbach

Am Weingarten 25, 6000 Frankfurt am Main 90
Telefon 06 11 / 77 06 41

Öffentliche Ausschreibung von Bauarbeiten

Zur Erschließung des neuen Wohngebietes „B-Plangebiet 35, 1. Bauabschnitt“ in 6057 Dietzenbach (Kreis Offenbach), werden folgende Tiefbau- und Straßenbauarbeiten öffentlich ausgeschrieben:

Gewerk 7: Freilegung des Baufeldes:

Abschieben des Mutterbodens
ca. 2500 cbm

Gewerk 8: Entwässerung:

Erd-, Beton- und Maurerarbeiten, Rohrlieferung und Verlegung von Rohren ϕ 30–70 cm auf eine Länge von ca. 1700 m

Gewerk 9: Wasserversorgung:

Erdarbeiten ca. 1500 cbm

Gewerk 11: Verkehrsanlagen I (vorl. Herstellung):

Erd- und Entwässerungsarbeiten, Tragschichten und Randbefestigungen, Straßenflächen ca. 7000 qm

Gewerk 12: Verkehrsanlagen II (Fertigstellung):

Erd- und Entwässerungsarbeiten, Beläge für Wohn- und Gehwege (Fläche ca. 7000 qm), Deckenarbeiten (Straßenfläche ca. 3600 qm)

Angebote können nur für alle Gewerke gemeinsam abgegeben werden. Eine Teilung der Gewerke und eine Vergabe an verschiedene Bieter ist nicht vorgesehen, bleibt jedoch vorbehalten.

Ausführungszeit: 100 Arbeitstage für die Gewerke 7, 8, 9, 11. Für das Gewerk 12 ist eine Bauzeit nicht festgelegt.

Vorgesehener Baubeginn: unmittelbar nach Auftragserteilung.

Die Verdingungsunterlagen (Vertragsbedingungen und Leistungsbeschreibung in einfacher, Preisverzeichnis [Angebot] in doppelter Ausfertigung) können ab 15. November 1976 bei der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Am Weingarten 25, 6000 Frankfurt am Main 90, gegen eine Unkostenvergütung von 25,— DM angefordert werden. Der Betrag ist auf das Konto Nr. 206 593 600 beim Postscheckamt Frankfurt (Main), mit dem Vermerk „Ausschreibung Erschließung 1. Bauabschnitt, B-Planbereich 35, 10. Dezember 1976“ einzuzahlen. Der Einzahlungsbeleg ist der Anforderung beizufügen. Die Unkostenpauschale wird nicht zurückvergütet.

Planunterlagen und Bodengutachten können vom 15. November 1976 an bei der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Am Weingarten 25, 6000 Frankfurt am Main 90, eingesehen werden.

Die Angebote müssen bis zum Eröffnungstermin, am 10. Dezember 1976, um 10.00 Uhr, bei der DSK Deutsche Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Am Weingarten 25, 6000 Frankfurt am Main 90, eingehen. Bei der Angebotseröffnung können die Bieter oder deren Bevollmächtigte anwesend sein. Die Bieter sind bis zum 22. Januar 1977 an ihre Angebote gebunden.

4990

Schotten: Die Bauleistungen für den Um- und Ausbau des Knotens B 254/L 3140 (Bahnhofstraße) in Lauterbach sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

1050 cbm	Boden lösen
5000 t	Frostschutzmaterial
2000 t	Bit. Tragschicht
5200 qm	Asphaltbinder d. K. 0/16 mm
5200 qm	Asphaltbeton d. K. 0/8 mm
500 m	Bordsteine setzen
40 cbm	Beton Bn 150
10 cbm	Beton Bn 250

Bauzeit bis 26. 8. 1977.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 16. 11. 1976 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 15,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 393 12 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 23. 11. 1976 um 11 Uhr im Hess. Straßenbauamt, Vogelsbergstraße 51, 6479 Schotten.

Zuschlags- und Bindefrist: 17. 12. 1976.

6479 Schotten, 3. 11. 1976

Hessisches Straßenbauamt

4991

Bei der Kreis- und Kurstadt Bad Schwalbach/Taunus sind zum frühestmöglichen Termin folgende Stellen zu besetzen:

Leiter des Städtischen Bauamtes

Gesucht wird ein Bauingenieur (Tiefbau) mit Verwaltungserfahrung oder gleichwertigen Kenntnissen, der über ausreichende Berufserfahrung verfügen sollte.

Bezahlung nach Vergütungsgruppe BAT III mit Aufstiegsmöglichkeit.

Gruppenleiterin im Städtischen Kindergarten

(halbtags vormittags)

Gesucht wird eine geprüfte Kinderpflegerin.

Bezahlung nach Vergütungsgruppe BAT VIII mit Aufstiegsmöglichkeit.

Geboten werden: Trennungentschädigung und Umzugskosten nach den gesetzlichen Bestimmungen, Beihilfe zum Mittagstisch, gleitende Arbeitszeit, Hilfe bei der Beschaffung einer Wohnung oder eines Baugrundstücks zur Errichtung eines Einfamilienhauses.

Bad Schwalbach ist Kreisstadt des Untertaunuskreises und des künftigen Rheingau-Taunuskreises (9011 Einwohner) sowie Hessisches Staatsbad. Es liegt in landschaftlich besonders reizvoller, walddreicher Gegend.

Zur Landeshauptstadt Wiesbaden bestehen halbstündige und nach Schlangenbad mit seinen Thermalbädern (6 km) einstündige Busverbindungen.

In Bad Schwalbach und seiner nächsten Umgebung gibt es Höhere Schulen.

Bewerbungen nur von qualifizierten Kräften mit den üblichen Unterlagen und einem Lichtbild aus neuester Zeit werden bis spätestens 3 Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige erbeten an den

MAGISTRAT
der Stadt Bad Schwalbach
Brunnenstraße 53, Rathaus
6208 Bad Schwalbach 1

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 22,00 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Abonnementkündigung jeweils 12 Wochen zum Quartalsende möglich. Herausgeber Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 2229, 6200 Wiesbaden. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 153 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71 (Telefonische Anfragen zu Anzeigen: Telefon 06122/60 71). Fernschreiber 04 186 448. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 5,90. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß 11 Tage vor Erscheinen (jeweils Donnerstag für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe; maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 13 vom 1. 7. 1976.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.